DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 18 34 02

76 8. JAHRGANG Januar '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

ÖKOBANK

Ein eigenes Finanzierungsinstrument für selbstverwaltete und ökologisch orientierte Betriebe zu haben, war das Ziel vieler InitiatorInnen der Ökobank. Nach zweieinhalb Jahren Geschäftsbetrieb sehen sich viele in der Betriebsszene von der Praxis der alternativen Bank enttäuscht – Kritik wird schon seit geraumer Zeit laut. Burghard Flieger von der Redaktion Genossenschaften faßt in seinem Beitrag »Kundennähe will gelernt sein« diese Kritik zusammen, Roswitha Beck vom Ökobank-Vorstand bezieht hierzu Stellung aus der Sicht der Bank.
Ein Anfang einer Auseinandersetzung zwischen Bank und KundInnen soll hiermit gemacht werden.
Näheres siehe Seite 13.

PERSPEKTIVE SOZIOKULTUR

Eine zunehmende Etablierung der Soziokultur konstatierte Norbert Sievers vom Hagener »Fonds Soziokultur« in seinem Vortrag auf der Hamburger Kulturtagung »Hauptsache Kultur«. Bedeutet dies einen Perspektivenwechsel in der Kulturpolitik? Inwieweit weicht die Praxis der alternativen Kulturarbeit der 80er und 90er Jahre von der Theorie der 70er, in denen sie ihre Wurzeln hat, ab? Eine Diskussion, die in den folgenden Ausgaben der CONTRASTE fortgeführt werden soll.
Siehe Seite 3.

BAG-NETZWERKE

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke hat Ende letzten Jahres ihre Arbeit eingestellt. Das Engagement der Netzwerke für die BAG reichte nicht aus, ihre Dienstleistungsangebote wurden von der Basis nicht genutzt. Gibt es mit einer anderen Zielsetzung noch neue Möglichkeiten für die BAG?
Eine neue, breitere Basis als »Interessenvertretung der Alternativen Ökonomie« ?
Beiträge auf der Seite 6.

NEUE FACHREDAKTION

In dieser Ausgabe stellt sich die neue Fachredaktion »Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften« vor. Die Diskussion über kommunitäre Lebensformen soll damit wieder einen festen Platz im Themenspektrum der CONTRASTE bekommen.
Ein erster Beitrag von Roman Schweidlenka beschäftigt sich mit der Sehnsucht nach Spiritualität bei den Gemeinschaftssuchenden.
Siehe Seite 2.

INTIFADA

Drei Jahre dauert die Intifada, der Volksaufstand der Palästinenser, nun schon an, die Unterdrückung und Gewalt gegen das palästinensische Volk durch die israelischen Besatzer wird immer brutaler. Eine Lösung des Konfliktes ist nicht in Sicht.
Roger Hasenbein beschreibt in seinem Beitrag über die Intifada die Strukturen, die die Palästinenser für ihren Widerstand aufgebaut haben.
Siehe Seite 10.

AUSSERDEM:

- »Massive Gewalt und eine ständige Bedrohung«
  Ein Bericht über Neonazis in Dresden auf Seite 5.
- »Vorschläge für die Neuordnung der Heiligkeit«
  Anregungen für den Abschied von orthodoxen Selbstverwaltungskriterien.

und

- »Alternative Ökonomie und Netzwerk auf getrennten Wegen«
  Ein Bericht vom Herbstseminar des TAKAÖ auf Seite 7.

IMMIGRANTiNNEN IN DER BRD

Deutsche Kulturnation oder Multikultur?

Eine Massenflucht aus den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion sehen viele auf uns zukommen, Angst vor Überfremdung macht sich breit. Dadurch ist auch das im Grundgesetz festgelegte Grundrecht auf Asyl momentan stark in die öffentliche Diskussion geraten – stellt man doch bei genauerer Betrachtung fest, daß dies von der Bundesregierung durch das Asylverfahrensgesetz und andere Regelungen faktisch abgeschafft wurde. In diesem Zusammenhang lassen sich zunehmend rassistische und nationalistische Tendenzen feststellen, denen durch die Initiative für eine multikulturelle Gesellschaft etwas entgegengesetzt werden soll.

Foto: Blätter des Iz3W, Nr. 169/90

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Die Bundesrepublik nebst den fünf neuen Bundesländern versucht, sich soweit wie möglich für Asylsuchende abzuschotten. Immer höhere Mauern werden errichtet, die es Flüchtlingen von vornherein unmöglich machen sollen, überhaupt hierher zu gelangen und einen Antrag auf Asyl zu stellen – Visazwang, „beschleunigte" Asylverfahren, direkte Abschiebung durch die Grenzbehörden (BGS), Einreiseverweigerung durch „Drittlandklauseln" usw. sind Teile einer restriktiven Flüchtlingspolitik.

Eine angestrebte „Vereinheitlichung auf europäischer Ebene", was hier innerhalb der EG bedeutet, ist ein weiterer Schritt zum Bau der Festung Europa.

Als eines der reichsten Länder der Welt hat die Bundesrepublik Deutschland eine der geringsten Annahmequoten für Flüchtlinge – die Anerkennungsquote für AsylbewerberInnen liegt derzeit bei etwa 5 Prozent, Tendenz fallend.

Angesichts einer immer stärker werdenden Angst vor Überfremdung durch ethnische Minderheiten bis hin zum offenen Rassismus ist es für Politiker sogar möglich, ganz offen für einen Abschreckungseffekt für AsylantInnen durch rassistische Diskriminierung einzutreten. „Daß Menschen abgeschreckt werden sollen, ihr Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen, sagt offen der NRW-Städte- und Gemeindebund. In der Mitteilung 499 aus 1990 heißt es wörtlich: „Die Landesregierung appelliert an die Städte und Gemeinden, soweit irgend möglich, in den von ihnen betriebenen Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern und de-facto-Flüchtlingen ebenfalls für einen abschreckenden Effekt zu sorgen."(gesehen in: GRÜNE Zeitung NRW, Dez.90)

Insbesondere die starke Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR wird in den Medien augenblicklich mit Erstaunen konstatiert – beträgt doch der Anteil der AusländerInnen an der Gesamtbevölkerung dort gerade einmal 1 Prozent (in den alten Bundesländern liegt ihr Anteil bei etwa 8 Prozent). Dies scheint doch ein nicht zu leugnendes Indiz dafür zu sein, daß der Rassismus in erster Linie nichts mit der realen Präsenz der „Fremden" zu tun hat, sondern sich seine Existenz in einer tiefer verwurzelten Ideologie begründet. In der öffentlichen Diskussion werden die Ursachen oft auf soziale Bedingungen reduziert – Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut usw.. Zwar kommt der Rassismus bei sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten oft offensichtlicher zum Ausdruck, das heißt jedoch noch lange nicht, daß er nur dort vorhanden ist. Vielmehr sollte man sich z.B. vor Augen halten, daß unsere gesamte Ausländergesetzgebung und die Definition der deutschen Nationalität rassistisch ist. Nicht wer auf dem Gebiet der BRD geboren ist oder hier lebt, sondern wer „deutscher Abstammung" ist, ist Deutscher. JedeR andere, egal wie lange er oder sie schon hier lebt, bleibt „AusländerIn". Es wird kein Unterschied gemacht zwischen „AusländerIn" und „ImmigrantIn", diese Worte bedeuten scheinbar dasselbe.

Ob der „postmoderne" Begriff der multikulturellen Gesellschaft hierzu ein angemessenes Gegenkozept darstellt, ist fraglich. Momentan ist es jedenfalls noch sehr diffus, was man sich darunter vorzustellen hat.

· Wie soll das Ziel einer Gleichberechtigung aller hier lebenden, unterschiedlichen Kulturen verwirklicht werden? Ist nicht andererseits eine Definition über Kulturen gefährlich, was wissen wir über die kulturelle Identität der ImmigrantInnen?

Wiederum wird auf diese Weise das „Andere" konstruiert. Auch wenn man sich als AlternativeR eine Bereicherung unserer Kultur davon erhofft – auch unsere Vorstellungen und Ansprüche an die ImmigrantInnen und Asylsuchenden sind sicher zu hinterfragen.

· Konkrete alternative Projekte mit AsylantInnen sind eine Möglichkeit, zum einen für die zu uns kommenden Menschen für menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sorgen, zum anderen ein Miteinander zu lernen.Dies ist ein Schritt zur Integration von AusländerInnen, für die auf jeden Fall andere Bedingungen geschaffen werden müssen. Ein weiterer Schritt zu einer multikulturellen Gesellschaft muß die politische Gleichberechtigung der eingewanderten Menschen sein, denn nur mit den gleichen politischen Rechten auch für eingewanderte MitbürgerInnen kann eine wirkliche Integration in unsere Gesellschaft erreicht werden.

Beiträge zum Thema auf den Seiten 8 und 9..

P 8008 E

00.2621 001 5

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

ENTWICKLUNG VON SOZIOKULTUR IN DER EX-DDR

»Es ist Zeit, Widerstand zu leisten...

Wir wissen nur noch nicht gegen was.«

Mitarbeiter von Kulturhäusern und Kulturämtern aus den neuen Bundesländern trafen sich vom 7.-9.12.90 in Pforzheim.

Eckard Holler, Redaktion Heidelberg ● Die letzte von drei Tagungen für Mitarbeiter von Kulturhäusern und Kulturämtern aus den neuen Bundesländern, die auf Initiative der LAKS Baden-Württemberg und der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren im Herbst 1990 veranstaltet wurden, fand vom 7.-9.12.1990 in Pforzheim statt. Während man sich im Oktober 1990 in Berlin noch fremd gegenüberstand und sich nicht ohne Skepsis gegenseitig musterte, hatte die gute Atmosphäre des Tübinger Treffens im November 1990 das Eis gebrochen, so daß die Stimmung in Pforzheim stellenweise schon fast familiär war. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, daß ein Kern von Teilnehmern aus den neuen Bundesländern (vor allem aus Leipzig und Chemnitz) die Mühe auf sich genommen hatte, alle drei Tagungen zu besuchen und sich mit den eigenen Projekten und Einschätzungen aktiv in die Diskussion einzubringen.

Zauberformel Soziokultur?

Als ein Ergebnis der deutsch-deutschen Initiative der LAKS Baden-Württemberg kann gelten, zur Klärung des Begriffs „Soziokultur" beigetragen zu haben, der derzeit als eine Art Zauberformel durch die neuen Bundesländer geistert. Auch läßt sich die soziokulturelle Szene in den neuen Bundesländern jetzt mit Personen und Projekten verbinden, mit denen eine längerfristige Zusammenarbeit möglich sein wird. Zu nennen sind z.B. das Kulturhaus im Ernst-Thälmann-Park in Berlin-Ost, die Moritzbastei und die „Villa" in Leipzig, der Bärenzwinger und die Szenentreffs in der Dresdner Neustadt oder das Projekt des Kulturzentrums Kaßberg in Chemnitz. Zwar werden st die nächsten Jahre darüber entscheiden, die genannten Einrichtungen e beabsichtigte soziokulturelle uorientierung realisieren können. Doch kann man davon ausgehen, daß es in vielen Orten in den neuen Bundesländern Menschen gibt, die bereit sind, sich für eine selbstorganiesierte „Kultur von unten" einzusetzen, auch wenn sie die derzeitige „Sinnsuche im Warenhaus" – wie der beziehungsreiche Titel der Pforzheimer Eröffnungsdiskussion lautete – noch nicht abgeschlossen haben und sich nicht vorschnell auf neue Programmatiken festlegen lassen wollen. Das bei vielen vorherrschende Gefühl beschrieb der Chemnitzer Pfarrer und Gemeinderat Matthias Wild mit dem Bild vom „suchenden Ich", dem zwar bewußt ist, daß es Widerstand leisten muß, das aber noch nicht weiß, wogegen der Widerstand zu richten ist.

Wie gründe ich einen Verein?

Kennzeichnend für die Tagungen in Berlin, Tübingen und Pforzheim war, daß nicht die Fragen der politischen Neuorientierung und der einzuschlagenden Strategie der Alternativen die Gespräche beherrschten, sondern daß es vor allem um vergleichsweise triviale Dinge ging: Wie gründe ich einen gemeinnützigen Verein, welche Steuer- und sonstigen Vorteile bringt das? Kann man ein Kulturhaus ohne öffentliche Zuschüsse führen, wenn man eine gutgehende Gastronomie hat? Welche Voraussetzungen bestehen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und wo kann man sie beantragen? Wie erhält man die Anerkennung als Beschäftigungsstelle für Zivildienstleistende? Wie kommt man an (prominente) Künstler aus dem Westen heran, wie schließe ich den Gastspielvertrag ab? Und vor allem: Gibt es in der (alten) BRD Künstler, die nicht nur auf Geld aus sind, sondern „mit sich reden lassen", wenn es um einen Auftritt z.B. bei einem kleinen kirchlichen Bildungswerk geht, das nicht viel Geld hat und kein großes Risiko tragen kann?

Angesichts des ökonomischen und existentiellen Drucks, der derzeit auf den Kulturhäusern und ihren Mitarbeitern lastet, die unter gänzlich veränderten finanziellen Rahmenbedingungen weiterarbeiten (oder aber ihre Häuser schließen) müssen, sind derartige Fragen verständlich und legitim. Allerdings läßt sich bezweifeln, ob eine selbstorganisierte Kulturarbeit ohne die Fragen nach ihrem Sinn auskommen kann.

Fortsetzung auf Seite 3

DISKUSSION ERWÜNSCHT

Neue Fachredaktion »Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften«

In den letzten Wochen gab es Diskussionen um ein Konzept zur weitgehenden Zusammenarbeit des „Informationsdienstes Ökodorf" und CONTRASTE. Kooperation war angesagt, ein „Zusammenrücken angesichts der immer kälter werdenden Zeiten". Gedacht war an eine ständige monatliche CONTRASTE-Rubrik „Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften" in Eigenverantwortung durch eine unabhängige Redaktion. Doch, trotz eines gemeinsamen Konzeptes des CONTRASTE-Redaktionsplenums und der bisherigen Berliner IDÖF-Redaktion, scheiterte dieses Ende November an der Mitgliederversammlung des IDÖF e.V.. Dennoch wird es ab sofort eine neue CONTRASTE-Fachredaktion und entsprechende, für die CONTRASTE-LeserInnen spannende Beiträge geben. Nachfolgend ein Beitrag zur Vorstellung der neuen Fachredaktion und ein erster Beitrag.

Foto aus: Netzwerk-Rundbrief Nr.50

Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Auf die Aufbruchstimmung des Treffens in Kleinmachnow folgt nun die mühsame Realisierung all der Träume und Hoffnungen, die dort sehr deutlich spürbar wurden. In den letzten Monaten haben sich in Berlin – im Umfeld des „Dachverband Ökodorf e.V.", aber auch unabhängig von ihm – verschiedene Gruppen zusammengefunden, die ins Berliner Umland ziehen und dort gemeinsam leben und arbeiten möchten. Auch in Dresden und Halle gibt es Initiativgruppen, an anderen Orten sind bereits (kleinere) Projekte entstanden.

Unser Interesse ist es, über den Tellerrand unseres Spezialthemas hinauszusehen, nicht bloß pragmatisch an der Umsetzung der „Ökodorf"-Idee zu basteln oder sie gar sektiererisch als einzig akzeptable Lebensperspektive hochzuhalten. Es ist uns wichtig, die „Bewegung" (wenn mensch das, was sich jetzt tut, schon so nennen kann) hin zu gemeinschaftlichen Lebens- und Arbeitsformen (Kommunen, Ökodörfer, oder was immer die Benennungen sein werden) als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung zu sehen, sie also einzubinden in einen größeren Zusammenhang all derer, die im neu erstarkten Kapitalismus Alternativen umzusetzen versuchen. Dafür erscheint uns das Spektrum der CONTRASTE geeignet, weil kommunitäre Lebensformen als Sonderform selbstverwalteter Betriebe gesehen werden können, die zusätzlich den Aspekt des gemeinsamen Wohnens abdecken (wobei VertreterInnen einer radikalen Selbstversorgungsperspektive sich eher abgrenzen, da sie keine oder nur eine sehr geringfügige Anbindung an den Markt anstreben).

Dabei ist die inhaltliche Ausrichtung bestehender und entstehender Gemeinschaftsprojekte sehr unterschiedlich, von der anarchistischen Kommune über spirituelle Gemeinschaften bis zu größeren Dorfprojekten. Wir sehen uns nicht als VertreterInnen einer bestimmten ideologischen oder glaubensmäßigen Richtung, sondern wünschen uns eine Vernetzung – erstmal auf der Ebene der Information und Kommunikation – der verschiedenen Gruppen. Außerdem möchten wir Gemeinschaftssuchenden die Kontaktaufnahme zu bestehenden Gruppen erleichtern, deren Unterschiede herauszuarbeiten versuchen, und all dies in einen größeren Diskussionszusammenhang stellen.

Da die geplante Integration der „Ökodorf-Informationen" in die CONTRASTE vorerst geplatzt ist, werden wir nun in unregelmäßigen Abständen als Fachredaktion zum Thema „Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften" berichten. Dabei werden – schon bedingt durch räumliche und personelle Nähe – die Projektgründungen in der ehemaligen DDR voraussichtlich den größten Raum einnehmen (im Mai '91 stellen wir zu diesem Thema den CONTRASTE-Schwerpunkt), aber nicht ausschließliches Thema sein. Wir wollen beispielsweise Aspekte gemeinschaftlicher Lebensformen, einschließlich Ökologie und Spiritualität, auch in andere Themenbereiche der CONTRASTE hineintragen, und erhoffen uns davon einen lebendigen Austausch zwischen sehr verschiedenen Menschen und Szenen. ●

Birgit Helwig, Ilona Janda, Hartmut Oswald, Marion Quaas, Elisabeth Seyffert, Michael Vossen, Elisabeth Voß, alle aus Berlin. Weitere redaktionelle Mitarbeiter: Waldemar Schindowski, Amsterdam/Holland und Roman Schweidlenka, Kainisch/Österreich.

Anschrift: Elisabeth Voß
Friedbergstr. 1, 1000 Berlin 19
☎ (030) 323 75 10

ÖKODÖRFER

Schamanen ohne Gemeinschaft

VORBEMERKUNGEN

Von Roman Schweidlenka, Kainisch/Österreich ● Der gegenwärtige Trend hin zu den Naturreligionen, zu Schamanismus und Magie ist die Suche nach etwas, das wir verloren haben – besser gesagt: Es wurde uns geraubt. Kirchliche Inquisition, eine einseitig aufgeblähte, oft durchaus unvernünftige Rationalität, der mechanistische Giftausstoß der industriellen Zivilisation: Sie alle haben die Feen und Zwerge vertrieben, die Riesen erschlagen und eine Welt, deren Schöpfer wir nicht sind, entzaubert.

Immer mehr Menschen machen sich auf, um zu suchen, was ihren Vorvätern und Ururgroßmüttern genommen worden war. Daß bei dieser Suche auch recht seltsame Wege eingeschlagen werden, ist bekannt. Die magischen Fallgruben öffnen sich zumeist dort, wo der Mensch allein, an keine Gemeinschaft gebunden, spirituelle Kraft und esoterisches Können und Wissen sucht. Die Sehnsucht nach einer gefestigten Identität, die letztendlich in einer lebendigen Gemeinschaft verankert sein muß, bewegt die meisten von uns – auch wenn wir es verdrängen, auch wenn es uns nicht bewußt ist. Oft ist es vor allem der Wunsch nach zwischenmenschlichen Kontakt, der die Menschen in esoterische und schamanische Workshops treibt.

Die Schamanen und Medizinleute tradioneller Stammeskulturen waren untrennbarer Teil ihrer **Gemeinschaft**, die u.a. das nötige feed back vermittelte, das vor allzu großen Egotrips bewahrte. In unserer zeitgenössischen spirituellen Szene spielen konstante, verwurzelte Gemeinschaften eine – wenn überhaupt – zumeist nur untergeordnete Rolle. Der „Individualismus" des modernen Industriemenschen – ein Produkt unserer atomisierten Gesellschaft – tobt sich oft unkontrolliert in magischen und esoterischen Gefilden aus. Daher ist, wie ich meine, ein „neues" Bewußtsein bezüglich der grundlegenden, ganzheitlichen Bedeutung von Gemeinschaft erforderlich. Der nachfolgende Beitrag möchte dazu einen kleinen bescheidenen Impuls setzen.

Unglaublich aber wahr: Die Kommunebewegung ist wieder da

Wir leben in einer seltsamen Gesellschaft: Vereinsamt hocken die Individuen vor ihren TVs und Videoapparaten, und der Papa muß nicht einmal mehr mit der Mama zusammen sein – Dr. Genmanipulator macht den Nachwuchs möglich. In den Städten verhungern atomisierte Seelen bei vollen Plastikschüsseln. Auf dem Land zerbrechen allmählich die letzten Reste alter Dorfgemeinschaften, ersticken unter dem alles erdrükkenden Strom des Massentourismus. Kleine, bäuerliche Betriebe, in denen der zwischenmenschliche Kontakt noch Platz neben Kühen und Melkmaschinen und kreischenden Motorsägen hat, gehen einer nach dem anderen vor die Hunde – in der EG alle zwei Minuten einer, 350.000 sind es pro Jahr. Was folgt, ist die vollindustrialisierte, giftproduzierende Landwirtschaft.

Wir leben in einer Wüste der zerbrochenen sozialen Kontakte, auf einer Giftmülldeponie der isolierten Seelen. Verständlich, daß sich da die Sehnsucht nach Gemeinschaft – mit Menschen und mit der Natur – regt. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war dieser Atem der kollektiven Lebensform stark spürbar – eine Welle von Selbsthilfeprojekten und versuchten Landkommunegründungen bewegte den Zeitgeist. In Österreich zogen die zumeist spirituell veranlagten Gemeinschaftssucher in Randregionen – in die sonnige Südsteiermark und in das von rauhen Wintern heimgesuchte Waldviertel. Heute sitzen viele von jenen, die einst nur Verachtung für die Städter übrig hatten, wieder in den Großstädten – vor TV und Videoberuhigungspillen.

Zu Beginn der achtziger Jahre wurde es seltsam still um *Selbsthilfeinitiativen und gemeinschaftliche, ökologisch* verantwortbare Lebensformen. Das New Age legte sich wie ein klebriger Schleier über die Versuche von unten, dem verordneten Wahnsinn von oben die Kraft des Lebens und der Liebe entgegenzuhalten. Gemeinschaft gab es nunmehr in Wochenend-Instantpackungen nach Ablieferung des Eintrittspreises. „Wir sind nun ein Stamm!" verkündete z.B. bei einem esoterischen Wochenende stolz der US-Neoschamane Alberto Villoldo. Alle waren beeindruckt. Allerdings: Sonntag abends verwehte der „Stamm" in alle Winde. Er war brüchig, aus faulem Holz geschnitzt, nicht mehr wert als ein Kaugummi, der nach einer Stunde nur noch lästig an den Zähnen klebt.

Phoenix aus der Asche: Im Juni 1990 erhob sich der Geist gemeinschaftlicher Lebensformen bei der „Ost-West-Begegnung Selbstorganisierter Lebensgemeinschaften" in Kleinmachnow bei Berlin (siehe CONTRASTE Juli/August, die Redaktion). Im Einladungstext zu diesem neuen Flugversuch des Kommunen-Phoenix heißt es: „Aus dem Wunsch, dieser besitzindividualistischen Leistungs- und Konsumgesellschaft mit dem eigenen Leben etwas entgegenzusetzen, haben sich Menschen zusammengeschlossen, um in Gemeinschaften selbstbestimmt zu leben und zu arbeiten. Es gibt ein Spektrum von kleinen Kommunen bis zu Siedlungsgemeinschaften jeweils unterschiedlichster weltanschaulicher oder religiös-spiritueller Ausrichtung. Auch in der DDR bilden sich jetzt, nach der Befreiung von zentralistischer Bevormundung, solche Gruppen." Ein Vorreiter dieses Treffens war das von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kommune-Bewegung" der Partei „Die Grünen" organisierte Treffen auf Burg Stettenfels im Juni 1984.

Organisatorin Elisabeth Voß: „Eine Inspiration für meine Arbeit sind die Hopiprophezeiungen." Zu dem mit Utopien und Hoffnungen aufgeladenen Treffen in Kleinmachnow kamen zwar keine leibhaftigen Hopi, dafür aber ca. 400 Weiße. Das größte Kontigent an Gemeinschaftssuchern, die nicht an das Goldene Zeitalter der Gottheit Deutsche Mark glaubten, stellte die DDR. Kontakte wurden geknüpft, Ideen ausgetauscht, Projekte entworfen.

Eine neue Kraft der deutschen Kommunebewegung ist der ostdeutsche „Dachverband Ökodorf e.V." (Wilhelm-Piek-Str. 72, O-1054 Berlin). Sein Ziel ist es, der lebenszerstörenden Industriegesellschaft „ein Modell einer verantwortungsbewußten, zukunftsorientierten, selbstbestimmten und humanen Lebensweise entgegenzusetzen". Besonderer Wert wird gelegt auf „gemeinsamen Verzicht auf Gewinnorientierung und Konsummentalität, gemeinschaftsorientiertes Wirtschaften zur Erzeugung biologisch angebauter Agrarprodukte und handwerklich hergestellter Bedarfsgegenstände, die Erhaltung und Weiterentwicklung traditionell naturverträglicher Siedlungsformen und Bearbeitungstechniken".

Den Informationsstrom für bereits bestehende Projekte, Komunarden (weibliche und männliche Exemplare), Selbsthilfe-InsiderInnen und solche, die es werden wollen, hält die Zeitschrift „Informationsdienst Ökodorf" (Ginsterweg 3, 3074 Steyerberg) aufrecht. In letzter Zeit ist auch wieder aktuelles Lesematerial aus KommuneinsiderInnenkreisen für jene verfügbar, die einen theoretischen Ein- und Überblick bzw. gar den ganzheitlichen Durchblick in den zeitgenössischen Stand der kollektiven Selbsthilfe- und Kommunenidee erlangen wollen:

Karl-Heinz Meyer, Zukunftswerkstatt Gemeinschaftsprojekte, Steyerberg 1990, 3. Auflage, Selbstverlag, Bezug: 20 DM auf Konto-Nr. 146880-307. Postgiroamt Hannover, „Gemeinschaftsprojekte". Dieses Buch ist die aktualisierte und erweiterte Diplomarbeit des Kommunarden Meyer, der in der spirituellen Gemeinschaft „Lebensgarten Steyerberg" aktiv ist. Neben einer umfangreichen Diskussion pro und contra Großkommune wird ein guter, wohlwollend-kritischer Überblick über bestehende Gemeinschaften wie Arche (Südfrankreich), Findhorn (Schottland), Friedrichshof (Österreich), Bauhütte (Schwarzwald), Lebensgarten (Niedersachsen) u.a. gegeben. Dabei geht es um keine blauäugige Idealisierung dieser Projekte, vielmehr wird ihre soziale und politische Struktur peinlich genau unter die analytische Lupe genommen. Unverzichtbar sind die Ausführungen, die – Hans A. Pestalozzi folgend – New Age als reaktionäre Vereinnahmung der Kommuneidee entlarven.

Reader zur Ost-West-Begegnung in Kleinmachnow. Gegen DM 12 beim Informationsdienst Ökodorf. Auf 158 A4-Seiten wird der aktuelle Stand der Kommunebewegungsdiskussion von zahlreichen AutorInnen abgehandelt. Bestehende Projekte stellen sich vor. ●

aus: Ökojournal 5/90, Schweiz

FRAUENTREFFEN

Der »andere« Blick auf das Leben

Redaktion Heidelberg ● Anfang November 1990 veranstalteten die Europäische Frauen Aktion (EFA, Westberlin), der Unabhängige Frauenverband (UFV, Ostberlin) und die Frauen-Anstiftung (Hamburg) dieses Treffen in der Akademie der Künste, an dem über 300 Frauen teilnahmen. Mehr als 30 Frauenprojekte und -initiativen aus Ost und West präsentierten ihre Arbeit.

Das Treffen wurde durch zwei Vorträge eröffnet, die von Prof. Dr. Heide Pfarr („Der 9. November – wir Frauen vor dem Erbe deutscher Männergeschichte") und Alya Saada, Verantwortliche für Frauenfragen bei der UNESCO, Paris („Der Blick der Frauen der Dritten Welt auf die europäische Frauenbewegung und die deutsche Einigung") gehalten wurden.

Neben weiteren Vorträgen am Samstag aus Kunst und Literatur fand in 13 Arbeitsgruppen ein intensiver Erfahrungsaustausch statt. Am Sonntagmorgen wurde eine umfangreiche Resolution erarbeitet, die neben den Protokollen unter folgenden Anschriften zu bekommen sind:

EFA, Cooperative für Frauenkultur
Gudrun Koch, Isarstr. 7
W-1000 Berlin 44, ☎ (030) 686 41 90
oder:
UFV, Berliner Büro
Samirah Kenawi, Friedrichstr. 165
O-1058 Berlin, ☎ (0037/2) 229 17 53

FORTSETZUNG VON SEITE 1

»Es ist Zeit, Widerstand zu leisten...«

Desinteresse an gesellschaftspolitischen Fragen

Die Eingangsdiskussion „Sinnsuche im Warenhaus" führte bezeichnenderweise nicht auf die theoretischen Höhen, die Uli Schreiber als Diskussionsleiter mit den Verweisen auf die Theorie der „zivilen Gesellschaft" von Antonio Gramsci, die „Ästhetik des Widerstands" von Peter Weiß, die Diskurstheorie von Jürgen Habermas und die Habitustheorie von Pierre Bourdieu angepeilt hatte, sondern blieb in den Gefilden der alltäglichen Praxis hängen. Auch das farbige, die politische Widerständigkeit der Soziokultur akzentuierende Referat von Jörg Stüdemann (Essen, Zech Carl) konnte die Ex-DDR'ler nicht aus der Reserve locken. Es folgten allein einige Fragen zur praktischen Einbeziehung von Ausländern in die Kulturzentren. Ob das Desinteresse an gesellschaftspolitischen Fragestellungen daher rührt, daß manche unter den Teilnehmern sich als gebrannte Kinder sehen und heiklen politischen Fragen lieber aus dem Weg gehen? Oder besteht die Meinung, daß für die künftige Kulturarbeit vor allem ein Schnellkurs in Fragen der Marktwirtschaft notwendig ist?

Zivile Gesellschaft oder Konsumgesellschaft?

Jörg Ivandic (Chemnitz) wies, einer These von Uli Schreiber widersprechend, darauf hin, daß es nicht die „zivile Gesellschaft" im Sinne Gramscis gewesen sei, die in der DDR die Diktatur gekippt hat. So viel „zivile Gesellschaft" habe es gar nicht gegeben. Vielmehr ist die Diktatur hohl gewesen und in sich zusammengebrochen. Insofern ist die Situation in den neuen Bundesländern durch einen Mangel, nicht einen Überschuß an „ziviler" demokratischer Substanz gekennzeichnet. Im übrigen habe auch in der alten BRD erst die Konsumgesellschaft die Soziokultur hervorgebracht. Soziokulturelle Zentren seien eine in 10 bis 15 Jahren gewachsene Struktur, die in den neuen Bundesländern nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden könne.

Wohin mit den SED-Kulturfunktionären?

Vor allem von den jüngeren Teilnehmern war zu hören, daß wir Westler bei unserer Zusammenarbeit mit den Tagungsgästen stärker differenzieren sollten. Unsere Tagungen seien im Übermaß von Leuten aus dem „alten Apparat" beschickt worden, die aus dem Umbruch nichts gelernt hätten und auch mit Soziokultur im westlichen Verständnis nichts im Sinne hätten. Ihnen gehe es allein darum, durch die Übernahme einer „westlichen" Begrifflichkeit ihre berufliche Position zu sichern. So seien einige dieser Kulturfunktionäre nicht zur Tagung und Exkursion nach Tübingen gekommen, weil angesagt war, daß man in alternativen Tagungshäusern im Schlafsack übernachten werde. Diese alten Funktionäre, die nach wie vor in entscheidenden Positionen seien, hätten eine Schlafsackübernachtung als unter ihrer Würde empfunden. Auch war von erheblichen internen Differenzen unter den Tagungsteilnehmern zu hören, die sich etwa an der Frage nach dem kulturellen Stellenwert eines Fastnachtsclubs und der gegensätzlichen Beurteilung der früheren Arbeit des nunmehr geschlossenen Betriebskulturhauses entzündeten. Wir sollten uns nicht täuschen lassen: Ein alternatives Projekt wie z.B. die Gießereihalle in Freiburg würden diese ehemaligen SED-Leute niemals befürworten, geschweige denn sich selbst dafür aktiv einsetzen.

Probleme mit den neuen Porno-Kinos

Gelegentlich gab es in den Gesprächsrunden blitzartige Einblikke in die aktuelle Situation: Z.B. berichtete ein Teilnehmerin aus Leipzig, die dort in einem Kino arbeitet, daß alle 88 Kinos des Bezirks kürzlich von der Treuhand für 74.000 DM an einen Bochumer Pornokino-Betreiber verkauft wurden. Sie habe jeden Einfluß auf die Zusammenstellung des Programms verloren und müsse zeigen, was in Bochum an Programm zusammengestellt werde. Sie schäme sich für ihre Arbeit und wisse gar nicht, was sie tun solle, da eine andere Arbeit für sie als Alleinstehende mit zwei Kindern schwer zu bekommen sei.

An diesem Beispiel wird klar, daß die Soziokultur für die Breite der anstehenden Probleme in vielen gefährdeten Kulturbereichen keine Lösung bietet und derzeit in den neuen Bundesländern kaum mehr als eine Initiative für Minderheiten sein kann. Wohl gibt es jetzt auch in Leipzig ein Programmkino, auch bietet das Stadtkabinett für Kulturarbeit – es besteht jedoch nur noch bis zum Jahresende – im Romanushaus Möglichkeiten für den Filmclub „Titanic", künstlerische Filme zu zeigen und für die Idee eines „kommunalen Kinos" zu werben. Damit werden aber nur Minderheiten erreicht, während populäre Angebote der westlichen Massenkultur in einer Weise den Markt beherrschen, wie bei uns in den 60er und 70er Jahren, bevor die Gegenbewegung der alternativen Kultur einsetzte.

Kultureller Schnelldurchlauf für die neuen Bundesländer?

Wie lang wird der Nachholbedarf bei den östlichen Bundesbürgern dauern und wann wird das Bedürfnis nach Alternativen entstehen? Dieter Kosslick (Hamburg), der die historische Entwicklung des Kinos und der Filmindustrie in der BRD nach 1945 beleuchtete, meinte, in den neuen Bundesländern werde es zu einer Art „Videoschnelldurchlauf" durch die Kinogeschichte der BRD kommen, und ermunterte die anwesenden Filminteressierten aus dem „Anschlußgebiet", dem kommerziellen Kino durch die Gründung von Programmkinos und kommunalen Kinos Paroli zu bieten. Für die, die bislang beruflich im Kinobereich arbeiten, ist dies jedoch keine Alternative, denn es gibt – wie Willi Karow (Freiburg) am Beispiel Freiburger Kommunaler Kinos zeigte – in diesem Bereich wie in der Soziokultur insgesamt fast keine tariflich bezahlten Personalstellen, auch kommen derzeit in der (alten) BRD auf 3.400 kommerzielle nur ca. 170 kommunale Kinos.

Unsichere Perspektiven

Wie geht es weiter? Ferdinand Reul (Berlin) sprach in der Abschlußrunde von den „frühkapitalistischen Tendenzen" und vom „wartenden Kommerz" in den neuen Bundesländern, durch den der Bestand an Jugendclubs und Kulturhäusern (in der alten DDR zusammen ca. 5.000 Gebäude) akut gefährdet ist, „weil nichts mehr geht, was kein Geld bringt". Man habe Grund pessimistisch zu sein, da auch im Westen die soziokulturellen Zentren nur notdürftig durchgesetzt sind und noch kein echtes Verständnis für sie erreicht sei. Die anwesenden Vertreter der Chemnitzer Kulturszene wollten so pessimistisch nicht sein. Sie verwiesen auf die positiven Kräfte, die noch aus der Zeit des runden Tisches stammen und in allen im Rat der Stadt vertretenen Parteien wirksam sind, so daß die Unterstützung einer neuen, demokratischen Kulturarbeit in Chemnitz Konsens sei. Um den entstandenen Dialog weiterzuführen, luden sie die Vertreter der soziokulturellen Zentren aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu einem Gegenbesuch nach Sachsen ein. Auch aus Sachsen-Anhalt kam ein positives Zeichen: Dort hat sich Anfang Dezember ein Landesverband der soziokulturellen Zentren gebildet. ●

Foto aus: reiterIn / Dresden Nr.6

FONDS SOZIOKULTUR

Perspektive Soziokultur

Unter diesem Stichwort sollen in den folgenden CONTRASTEn Ausformungen, bundesweite Zusammenschlüsse und Förderungsbedingungen einer kulturpolitischen Szene beleuchtet werden, die in den letzten Jahrzehnten für „Innovation", „Umorientierung" und „Neuanfang" standen.

Mathias Lahmann, München ● „Perspektive Soziokultur" lautete auch das Referatsthema von Norbert Sievers für die Hamburger Kulturtagung „Hauptsache Kultur". Norbert Sievers ist der Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft und verantwortlich für den „Fonds Soziokultur", der jährlich bundesweit modellhafte Projekte im soziokulturellen Bereich fördert.
Im folgenden drucken wir in Auszügen sein in Hamburg gehaltenes Referat ab.

„(...) Der Diskurs über Kulturgesellschaft und die Rede vom neuen Interesse an Kultur, die die kulturpolitische Debatte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bestimmt haben, waren offenbar mitverantwortlich für die Formulierung des Tagungsthemas, haben aus der Neben- eine Hauptsache werden lassen. Der gesellschaftliche Strukturwandel bedürfe der kulturellen Unterfütterung und Kultur avanciere deshalb zu einem Modernisierungsfaktor ersten Ranges.

Soweit, so gut: Nur, was hat dies alles mit Sozio- und Stadtteilkultur zu tun? Galten sie von jeher nicht gerade als Alternative zu eben jener affirmativen, auf schnellen Verzehr und repräsentativen Glanz ausgelegten Kulturfestivals der 80er Jahre? Ist der Strukturwandel auch auf Soziokultur angewiesen, oder gerät sie unter die Räder der Modernisierung? Offenbar gibt es gegenwärtig einen Diskussionsbedarf im Blick auf diese Frage. (...)

Das neue Interesse an Soziokultur

(...) Die meisten soziokulturellen Einrichtungen sind in den achtziger Jahren entstanden. Dies gilt im übrigen auch für viele Vereine und Initiativen, die beim **Fonds Soziokultur** einen Zuschuß beantragten. Sie haben sich überwiegend erst in den 80er Jahren zusammengefunden. Vor allem in den Klein- und Mittelstädten und auf dem Lande ist die soziokulturelle Programmatik erst in den letzten Jahren angekommen. Offenbar gibt es hier so etwas wie einen **Sickereffekt**, der dazu führt, daß die Soziokultur erst nach und nach zur Kenntnis genommen wird und sich durchsetzt – **allerdings auch mit der negativen Folge der Verflüssigung ihrer Inhalte und Ziele.**
Festhalten können wir auf jeden Fall erst einmal, daß die Soziokultur zwar in der Gesellschaftspolitik der 70er Jahre ihre Wurzeln hat, gewachsen ist sie und ausdifferenziert hat sie sich paradoxerweise aber erst nach der politischen Wende in Bonn. Deutlich belegbar ist dies an der Entwicklung **bundesweiter** Strukturen und der politischen Akzeptanz der Soziokultur:

Foto: Holger Bäßler

- Seit 1984 gibt es den Rat für Soziokultur als Sektion des Deutschen Kulturrates. Organisiert sind darin 11 Bundesverbände aus dem weiteren Feld der Soziokultur.
- Daraus hervorgegangen ist drei Jahre später der Verein Fonds Soziokultur e.V., der in diesem Jahr (1990) DM 450 Tsd. an Initiativen und Einrichtungen vergeben hat und auf 1 Mio. DM aufgestockt werden soll. Damit ist die Soziokultur auf Bundesebene förderungspolitisch anerkannt.

Die politische „Erklärungslage" hat sich noch besser entwikkelt:

- Im Jahre 1985 verabschieden die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften die Entschließung „Kultur von unten", die bemerkenswerte „Empfehlungen zur Soziokultur" enthält.
- Im Oktober 1987 spricht der Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann auf dem Kongreß der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren und lobt dabei ausdrücklich das Engagement dieser Häuser. Damit hatte zum ersten Mal ein Mitglied der Bundesregierung überhaupt von Soziokultur gesprochen.
- Im September 1988 verabschiedet der Bundesparteitag der SPD zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie einen kulturpolitischen Leitantrag, in dem Soziokultur ein Nachholbedarf an öffentlicher Förderung zugestanden wird;
- und last but not least hat die SPD-Fraktion im letzten Jahr eine Große Anfrage zum Thema Soziokultur eingebracht, die inzwischen von der Bundesregierung beantwortet worden ist.

Die Erklärungslage hat sich also durchaus **positiv** für die Soziokultur entwickelt.(...) Immer mehr Kommunen ringen sich dazu durch, soziokulturelle Einrichtungen zu unterstützen bzw. sogenannte Feuerwehrfonds einzurichten, aus denen Projekte bezuschußt werden können. Allein für diese Projektelandschaft werden gegenwärtig Millionen ausgegeben, und dennoch steht diese Summe in keinem Verhältnis zum faktischen Bedarf.

Einzelne Bundesländer legen Programme auf, um den Trägern und den Kommunen bei dieser Aufgabe subsidiär unter die Arme zu greifen. So hat etwa allein das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen in den 80er Jahren DM 40 Mio. in die soziokulturelle Infrastruktur investiert. Auch wenn all dies noch wenig sein mag, gemessen an den Wünschen der soziokulturellen Akteure, so wird doch deutlich, daß wir es hier mit einem Praxisfeld zu tun haben, für das nicht mehr nur **Kleingeld** ausgegeben wird und das auf „Staatsknete" nicht mehr verzichten will und verzichten kann.(...)

Der kulturpolitische Hintergrund: Soziokultur als Modernisierungs- und Demokratisierungsstrategie

(...). Der Begriff „Soziokultur" hat sich im Verlauf der letzten 20 Jahre verändert(...). Zunächst ist in Erinnerung zu rufen, daß der Begriff „Soziokultur" aus einem kulturpolitischen Diskussions- und Reformzusammenhang der frühen 70er Jahre kommt. Er hatte einen strategischen Stellenwert im Kontext der damals diskutierten Kulturreform, die den Demokratisie-

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Perspektive Soziokultur

rungsgedanken auch im Kulturbereich politisch durchsetzen wollte. Demokratisierung der Kultur, das hieß, Chancengleichheit verwirklichen und Mitbestimmung ermöglichen. Die erste Phase der Reform bezog sich deshalb auf den herrschenden Kulturbetrieb und hatte Veränderungen in den Theatern, Museen und Bibliotheken zum Ziel. Sie sollten sich **intern** demokratisieren(...) und ihr Angebot allen Bevölkerungsschichten zugänglich machen. Wer heute die etablierte Kulturlandschaft mit der Situation von vor 20 Jahren vergleicht, wird feststellen können, daß es inzwischen in der Tat so etwas wie eine Modernisierung der kulturellen Infrastruktur gegeben hat.(...)

Soziokultur war keineswegs gedacht als Gegenbegriff zu Kunst und Ästhetik; das Kompositum aus „Sozio" und „Kultur" sollte vielmehr deren Bedeutung im gesellschaftlichen Kulturprozeß hervorheben als Medium für Prozesse der Kommunikation, Reflexion und Gesellschaftskritik sowie als Möglichkeit der Demokratisierung der Gesellschaft durch Kultur. Das Präfix „Sozio" bedeutete also nichts weiter als eine Akzentsetzung, als die Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung und Verantwortung von Kunst und Kultur. Die damit einhergehende Begriffserweiterung bezog sich auf spezifische Qualitäten der Kultur für das individuelle und gesellschaftliche Leben: Chancengleichheit, Souveränität, Identität, Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung sind dafür die Stichworte. Soziokultur wurde dadurch zu einem Zielbegriff für die Kulturpolitik.(...)

Die Soziokultur stand also für einen Perspektivenwechsel in der Kulturpolitik, mit dem neue Ansprüche an ihre Praxis verbunden waren, und könnte insofern auch als begriffliches Vehikel für eine breiter angelegte Reformprogrammatik im Kulturbereich verstanden werden. Die Verwirklichung der kulturellen Chancengleichheit und der kulturellen Demokratie als gesellschaftliche Utopie waren dabei die zentralen Leitbilder, die in den Formeln „Kultur für alle" und „Kultur von allen" bis heute programmatische Gültigkeit für sich beanspruchen können.(...)

Diese Interpretation der Soziokultur als Impulsgeber und inhaltlicher Fokus für eine neue Kulturpolitik in den 70er Jahren ist nicht unumstritten. Für viele mag sie vielleicht aus heutiger Sicht sogar abwegig wirken. Denn seit Ende der 70er Jahre hat sich eine zweite Definition entwickelt und auch durchgesetzt, die die Soziokultur nicht in erster Linie als Politik-, sondern als **Praxis**begriff auffaßt. Sie wird vielmehr reduziert auf eine alternative Form kultureller Praxis, die außerhalb der kulturellen Institute angesiedelt ist, in der Regel nichtkommunal organisiert wird und auf das Soziale im Begriff Wert legt. In dieser Interpretation erscheint Soziokultur nur noch als das Ergänzende und Zusätzliche zur herkömmlichen Kulturpolitik - als Restkategorie.

Sie kann entweder öffentlich organisiert, finanziert bzw. unterstützt sein oder durch das „private Engagement" freier Kulturgruppen getragen sein und bezieht sich auf alle Sparten der Kunst sowie auf neue Formen ästhetisch-kreativen und soziokulturellen Wirkens.(...) Faktisch sind soziokulturelle Ansprüche und Arbeitsformen jedoch **auch in anderen Tätigkeitsfeldern** präsent. Bezeichnend dafür ist etwa die lesenswerte Studie von Jaak Boulet zur „Soziokulturellen Arbeit im internationalen Vergleich".(...) Er zeigt darin sehr eindrucksvoll, daß Soziokultur auch als methodischer Ansatz interpretiert werden kann, der in unterschiedlichen Konzepten enthalten ist:

- in der Konzeption des lebenslangen Lernens,
- in der Gemeinwesenarbeit,
- in der sozio-kulturellen Animation,
- in der Kulturarbeit,
- in der sozialen/politischen Aktivierungsarbeit,
- in der Gruppenarbeit und
- in der sozial-therapeutischen Arbeit.

Vor dem Hintergrund eines solchen weiten Verständnisses von Soziokultur wird deutlich, daß die damit gemeinte Praxis kategorial schwer abzubilden (...) ist.

Soziokultur wäre danach anzusiedeln im Überschneidungsbereich von Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit und sie hätte ihren Ort in den Bildungseinrichtungen ebenso wie in den Kulturzentren, Freizeitheimen, Jugendeinrichtungen usw.. Soziokultur ist also nicht allein aufgehoben in den Soziokulturellen Zentren(...).

Diese Definition der Soziokultur als Praxisfeld bleibt unscharf und ließe sich sicher weiter spezifizieren (...). Es ist ein Charakteristikum der Soziokultur, daß sie als kulturpolitischer Anspruch und Modernisierungsimpuls in unterschiedlichen Feldern präsent ist und bleiben sollte. **Sie muß auch weiterhin die Kulturpolitik in Bewegung halten bzw. in Bewegung bringen.** Darin liegt ihre Aufgabe.

Das Konzept „Soziokultur" hat sich (...) in den letzten zwanzig Jahren nicht geradlinig entwickelt(...). Galt der Begriff in den frühen 70er Jahren vor allem als „Hilfskonstruktion",(...) so hat er sich mit dem tendenziellen Scheitern dieser Reform,(...) zu einem Praxisbegriff gewandelt. Mit Soziokultur wurde jetzt nicht mehr eine spezifische kulturpolitische Reformprogrammatik beschrieben, sondern ein diffuses Praxisfeld außerhalb der etatisierten Kultur, dem vor allem die Aufgabe zugeteilt wurde, die soziale Kulturarbeit zu organisieren.

Vieles spricht sogar dafür, daß die Bedeutung der Soziokultur paradoxerweise in dem Maße zugenommen hat, wie die Kulturpolitik sich insgesamt von soziokulturellen Aufgaben und Ansprüchen entlastet hat. Ihr wurde - wenn man so will - die Nachlaßverwaltung der Kulturreform der 70er Jahre zugemutet, deren geringe Wertschätzung im übrigen in der Absicht zu erkennen ist, sie aus der Portokasse der Kulturetats finanzieren zu wollen.

Als kulturpolitisches Konzept hat sich die Soziokultur also zu keiner Zeit durchgesetzt, dennoch sind von ihr viele Modernisierungsimpulse ausgegangen, die unter dem Deckmantel der populistischen Programmformeln „Kultur für alle" und „Kultur von allen" durchgesetzt werden konnten. Vergleichbar widersprüchlich war die Entwicklung der Soziokultur als Praxisbegriff. Auch hier gab und gibt es enorme Widerstände. Darüber sollte sich niemand hinwegtäuschen. Der Deutsche Städtetag etwa vermeidet bis heute den Begriff und spricht eher von „freier Kulturarbeit" oder „offener Kulturarbeit", weil diese Umschreibungen offenbar politisch unverfänglicher sind. Selbst von Alternativkultur und Gegenkultur ist bisweilen unbefangener die Rede als von Soziokultur, weil diese Begriffe nicht ins kulturpolitische Abseits gedrängt werden können und keinen Anspruch geltend machen auf Veränderung der Kulturpolitik insgesamt.(...)

Auch als Praxisbegriff hat sich die Soziokultur in den 80er Jahren nicht durchgesetzt, aber sie wird mittlerweile anerkannt als kulturpolitische Förderungsaufgabe. Ein deutliches Signal ist dafür die Durchsetzung des Fonds Soziokultur und die Tatsache, daß ein breites Feld kultureller Praxis sich damit zumindest verbandspolitisch zu identifizieren beginnt. Die Aussichten für die 90er Jahre sind deshalb so schlecht nicht, wenn es darum geht, die Soziokultur als Praxisfeld weiter zu stabilisieren. Allerdings müßte in diesem Zusammenhang auch danach gefragt werden, welche (Autonomie-) Verluste am Ende diesen (Etablierungs-) Gewinnen gegenüberstehen werden.(...)" ●

Aktion auf "THE WALL INSIDE" Aug./Sept.90 Foto aus: reiterIn/Dresden

REZENSIONEN

Über die Bedeutung von Farben

Farben nehmen in unserem Leben einen sehr beträchtlichen Raum ein. Daß sie uns beeinflussen in ihrer Wirkung ist bekannt, aber auch ihre Auswirkungen auf uns im ökologischen Sinne bei der Produktion der Wandfarben, der Farben unserer Kleidung als Beispiel, und fast aller anderer Konsumgüter, die farbig gestaltet sind, sollten uns bekannt sein und daher interessieren. Nicht zuletzt die Auswirkung der Farben, die wir an uns zur Schau tragen, beeinflussen ganz klar unsere Erscheinung und damit den persönlichen Eindruck. Mit diesen Aspekten beschäftigen sich die zwei Bücher, die im folgenden vorgestellt werden sollen.

Das erste nennt sich „Das Blaue Wunder", zur Geschichte der Synthetischen Farben, herausgegeben von Arne Andersen, Gerd Spelsberg, und beginnt nicht ohne Grund mit einem Vorwort von Hermann Fischer aus dem Hause Auro, das sich der Pflanzenchemie, also u.a. den Farben aus organischen Verbindungen verschrieben hat.

Der Farbenrausch im Zusammenhang mit der Entdeckung der Synthetischen Teerfarben wird als ursächlich für den Aufstieg der heutigen Chemie-Giganten beschrieben und parallel dazu der Niedergang der Techniken, aufwendiger aber auch ökologisch verträglicher mit natürlichen Substanzen Färbungen zu erreichen. Über diese Ausgangsprodukte und die Veränderungen auf dem Markt durch neue überseeische Stoffe wie zum Beispiel das Indigo (Blaufärbedroge, daher „das Blaue...) werden viele natürliche Ausgangsstoffe für Farben wieder zur Kenntnis gebracht, die natürlich nicht nur zum Ostereierfärben verwendet werden können, wenn mensch über die Techniken Bescheid weiß. Wasserverschmutzung, neue Erkrankungen in der Farbenindustrie, aber auch militärische und machtpolitische Bedeutung der Farbenindustrie werden ausführlich beleuchtet, denn schließlich war die IG-Farben und damit deren heutige direkte Rechtsnachfolgerin an den Entwicklungen im Faschismus nicht unerheblich beteiligt.

Nach 125 Jahren Entwicklung am Farbenmarkt und den heute immer bekannteren Nachteilen und Auswirkungen auf den menschlichen Organismus geben die einzelnen Kapitel mit ihrem Hintergrundwissen eine gute Arbeitsgrundlage ab für alle, die mit Farben mehr als nur optisch zu tun haben.

Zum Buch selber ist noch zu sagen, daß es eine feste Bindung hat.

Das zweite Buch ist geschrieben von Stefanie Faber und Gisela Watermann als Co-Autorin und heißt:•Mein Farbenbuch•

Stefanie Faber ist bekannt als Journalistin, die vor allem im Bereich der Naturkosmetik beträchtliches Ansehen erlangt hat. Daß sie sich hier nun mit Farben beschäftigt, ist insofern konsequent, da sie die Auswirkungen auf unser Leben, auf den persönlichen Typ von ganz naturalistischen Seiten, aber auch von Seiten der Magie oder der Heilkunde betrachtet, und - hier ergänzen sich die beiden Bücher - beschreibt, wie Chemiefarben durch Naturfarben ersetzt werden können. In einer persönlichen Begegnung konnte ich sehr eindrucksvoll erfahren, wie sie, anhand der einfachen Festlegung von vier verschiedenen Hauttypen bei Menschen, die passenden und vorteilhaften Farbspektren festlegte und durch Augenschein bestätigte, welchen Wirkungen Menschen in ihrem Erscheinungsbild durch Farben ausgesetzt sind. „ Wenn Sie ständig das Bedürfnis nach Farben haben, die Sie aber nach Ihrem Empfinden sehr unvorteilhaft erscheinen lassen, dann geben Sie doch diesem Bedürfnis nach, indem Sie die Farben über Gemüse, Obst oder Sonstiges zu sich nehmen. Es gibt meines Erachtens auch ein inneres Bedürfnis nach Stoffen, die über bestimmte Farben dem Körper zugeführt werden können, das Sie nicht ignorieren sollten." So eine These der Autorin, die sie auf einem Seminar zum Thema Farben vertrat. Konsequenterweise geht sie also auch in ihrem Buch auf das Thema Heilkraft der Farben ein. Der Farbenkreis der Goetheschen Farblehre, Farbtafeln zur Erkennung von Hauttypen, aber auch von generellen Verträglichkeiten verschiedener Farben miteinander und ihre Verträglichkeit mit anderen Materialien, mit Mustern und Formen geben sehr gute Tips für Beratungen , bei denen Farben eine Rolle spielen wie in der Inneneinrichtung, Holzauswahl bei Möbeln und sonstige Materialauswahl. Das Spektrum reicht natürlich bis zu ihrem Spezialgebiet, der Naturkosmetik, wo ja mittlerweile auch wieder Farbe gezeigt werden darf. Die Diskussion um farbige Stoffe im Naturkostladen steht erst am Anfang, denn die Techniken der Pflanzenfarben sind zwar bei Wolle verbreitet, andere Kleidungsstücke sind aber oftmals noch made in Taiwan oder Korea und dort sicherlich nicht pflanzengefärbt.

An diesem Punkt verbinden sich die Aussagen der beiden Bücher zu einer fundierten Fortbildung in Sachen Farben, besser Naturfarben, und sie ergänzen sich hervorragend. ●

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest

-Das blaue Wunder-, Anne Andersen und Gerd Spelsberg (Hrsg.), Kölner Volksblatt Verlag

Ökologie:

Kongreß-Reader „Ökologischer Stadtumbau"

Der Kongreß-Reader „Ökologischer Stadtumbau" ist jetzt bei der AGÖF, Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute, in der Bonner Geschäftsstelle für DM 25,- (plus Versandkosten) zu beziehen.

Die AGÖF - Dachverband von 85 in- und ausländischen ökologischen Instituten und Büros - hatte aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens am 12./13.9.90 in Recklinghausen einen Fachkongreß mit rund 200 Teilnehmenden durchgeführt.

Aus dem Inhalt des Readers:

- Energiedienstleistung als kommunale Aufgabe
- Aspekte der kommunalen Entsorgung
- Erneuerbare Energieträger
- Wasser – ein „Wert-Stoff"
- Wohnumwelt im Spannungsfeld
- Behutsame Stadtentwicklung
- Wärmetechnischer Standard auf dem Prüfstand: das Niedrigenergiehaus.

Der Reader umfaßt 167 Seiten (DIN A 4) und enthält Referate (z.T. in Kurzform), Projektdarstellungen sowie eine Liste der 70 Referentinnen und Referenten.

Bezugsadresse:
Arbeitsgemeinschaft ökologischer
Forschungsinstitute (AGÖF)
Rheingasse 8 - 10
5300 Bonn 1
☎ (0228) 63 01 29

ZU DEN ÜBERGRIFFEN DER NEONAZIS IN DRESDEN

Eine ständige Bedrohung und massive Gewalt

Seit ca. einem dreiviertel Jahr häufen sich in Dresden, wie auch in anderen ostdeutschen Städten, Überfälle und Angriffe von Hooligans, Skinheads, rechtsextremer Ausrichtung, sowie Neonazis.

Angelos Trupis, Redaktion Dresden ● Ihre Parolen, ihr Vokabular weisen sie meist sehr einheitlich als Nazis oder Faschisten aus, dies ist zum Teil auch ihre Selbstbezeichnung. Ihre zumeist in größeren Gruppen vorgetragenen Angriffe richten sich in aller Regel gegen ausländische Straßenhändler, gegen Wohnheime ausländischer StudentInnen und ArbeiterInnen. Bei drei größeren Veranstaltungen der PDS störten sie – in Gruppen von über 100 Faschos – den Ablauf beträchtlich. Dies erreichten sie durch Beschädigen der Lautsprecheranlagen, Angriffe mit Reizgas, Bedrohung der TeilnehmerInnen... Nach diesen Aktionen kam es jeweils zu größeren Auseinandersetzungen in der Dresdener Neustadt. Dieser Altbau-Stadtteil ist zum großen Teil von alternativen Menschen bewohnt und zudem ein Zentrum alternativer Projekte. Viele von diesen Projekten sind bevorzugte Angriffspunkte der Nazis. Nachtcafés, besetzte Häuser und kulturelle Projekte werden z.T. wöchentlich angegriffen.

ANGST UND VERUNSICHERUNG

Diese Angriffe wiederholen sich in ihrem Ablauf ständig. Gruppen von 10 bis 20 Faschos ziehen durch die Straßen und tyrannisieren einzelne PassantInnen oder greifen ein – vorher durch Motorrad- oder Autostreifen anvisiertes – Ziel an. Dabei werden Kneipen entglast, Mobilar zerstört, besetzte Häuser beworfen oder mit Gas- oder mit Kleinkaliberwaffen beschossen. Das konnte in zwei Fällen durch den Fund von Patronenhülsen bzw. Projektilen nachgewiesen werden. Auch Brandsätze wurden schon geworfen.

Bilanz dieser Angriffe sind mehrere Schwer-, etliche Leichtverletzte – und viele Menschen, die stark verunsichert sind. Eine zunehmende Anzahl von alternativen Männern und Frauen, die sich abends oder an Wochenenden kaum noch auf die Straßen oder in Szenekneipen trauen, das zähle ich zu den schwersten der bisherigen Folgen dieser Überfälle auf die Neustadt.

Diese rechte Gewaltwelle in Dresden, analog verlaufend mit ähnlichen Überfällen in anderen Städten wie etwa Berlin oder Leipzig, mit Fussballrandalen,dem Polizeiterror in Berlin, ist jedoch nur eine von etlichen anderen Erscheinungen von Neonazismus in unserer Stadt.

In Dresden war es zum Beispiel möglich, daß zwei hochrangige Propagandisten des europäischen Faschismus – David Irving und Micha Kühnen – öffentlich auftreten und reden konnten. David Irving, per Haftbefehl in Österreich gesucht, sprach im größten Veranstaltungsgebäude Dresdens, dem Kulturpalast, Kühnen auf einer Demonstration der DA (angemeldet von einem Berliner) mit über 500 TeilnehmerInnen mitten im Stadtzentrum Dresdens. Während sich die zielstrebig zu einer bürgerlichen wandelnde „sozialistische Tagespresse“ im Verbund mit Bild und Morgenpost noch eifrig bemüht ist, „linksextreme Strukturen“ und „Hafenstraßenverhältnisse“ in die Dresdner Alternativ- und Besetzerszene hineinzuprojezieren, sind verantwortliche Kommunalpolitiker wie OB Wagner mit weitaus weniger Phantasie gesegnet. Bis heute bestreitet der OB öffentlich, Inhalt und Form der Demo erahnt oder gar gewußt zu haben. Erahnt hatte er immerhin eine (nicht stattfindende) linksradikale Gegendemonstration. Mehrere Einheiten des SEK aus BaWü waren rechtzeitig zur Stelle, um Kühnen und seine Kameraden & Kameradinnen schützend zum Theaterplatz zu geleiten. Souveräne Konsequenz Wagners ob der anschließenden Auseinandersetzungen in der Dresdner Stadtversammlung: Demos dürfen in Dresden von nun an nur von Dresdner Organisationen oder Personen angemeldet werden. Mit derartig schlitzohriger Politik läßt sich kaum ein soziales Klima schaffen, in dem die Gesellschaft faschistischen Tendenzen etwas entgegensetzen kann.

Außerhalb dieser Demos und der Randalen „leisten“ die Faschos, gemessen an dem Standard westdeutscher Faschisten, ausgesprochen wenig. Auf dem Sektor der Propaganda haben sie es (zum Glück) noch zu nichts gebracht, außer zum spontanen Verteilen von Spuckis und Flugblättern, die sie jedoch nicht einmal selber herstellen. Foren und Diskussionen meiden sie, wahrscheinlich wegen ihrer Abneigung gegen „Intellektuelle“ und deren Ausdrucks- und Umgangsformen. Zeitungen produzieren sie im Dresdner Raum nicht. Sie bauen sich bisher weder einen Klub noch irgendeine andere Form der Sozialstruktur auf. Diskussionen mit denen, die sie für ihre Gegner halten, weichen sie, wie etwa bei den Festen der „Bunten Republik“, aus. Lediglich einige wenige „Führer“ geben sich moderat und „tolerant“.

SOZIALER HINTERGRUND

An mangelndem Intellekt kann dieses Verhalten kaum liegen. Schließlich ist die Dresdner FAP nicht die Vereinigung der Stadttrottel. Es ist wohl eher auf die soziale Basis der Faschogruppen zurückzuführen. Die Mehrzahl der Dresdner Nazis rekrutiert sich aus jungen und ganz jungen Menschen (SchülerInnen, Lehrlinge) der Neubaughettos, als da sind Johannstadt, Gorbitz oder Prohlis. Das sind Wohngebiete, die nie über eine funktionierende Sozialstruktur verfügt haben. In der Dresdner Umgangssprache heißen die dortigen Wohnungen „Wohnklo mit Kochnische“. Und mehr ist da wirklich auch nicht drin. Kneipen, Klubs, Kommunikationspunkte, Kinos, Konzerthallen sucht mensch in diesen Teilen der Stadt fast vergebens. So verfügt Prohlis über ca. 16 bis 20 Tsd. EinwohnerInnen und den dazugehörigen Betonkästen; zwei größere Gaststätten, ein paar kleine Cafés, zwei Kaufhallen, Friseur, eine winzige Bibliothek, einen Jugendklub, ca. hundert Plätze, eine Schwimmhalle, eine kleine Gemeindekirche. Schluß.

Da ist es kein Wunder, wenn Jugendliche, die dort aufgewachsen sind, völlig andere Wertvorstellungen haben: So besitzen sie für soziale Äußerungen wie Wohnraumbesetzung, den Wunsch nach selbstbestimmtem Leben und Arbeiten – wie etwa im Projekttheater – überhaupt keine Sensibilisierung, keinerlei Verständnis. Soziale Erfahrung außerhalb der völlig privatisierten, kleinbürgerlichfamilieren Lebensform in den Dresdner Ghettos gibt es so gut wie nicht. Der Umgang mit den Eltern und in der Schule/Lehre sind die einzigen sozialen Verbindlichkeiten, die sie kennen. Der Zusammenhalt in den Skingruppen basiert, wie schon ausgeführt, auf keiner eigenen Sozialstruktur. (Eine sehr fragwürdige These! Die Endredaktion.)

Ein zweiter Fixpunkt ihres Verhaltens ist ihre ethische Erziehung. Großgeworden sind die meisten von ihnen in einem schizophrenen Spannungsfeld zwischen dem „Hurra-patriotischen“ Optimismus der LehrerInnen und dem resignierten Erfahrungsbild ihrer Eltern. Nicht umsonst ist der Fascho-Boom mit der Wende verbunden. Die Reaktion dieser jungen Leute seither ist irrational, wie die verletzter Kinder. Ihr gesamtes Wertebild ist zusammengebrochen. Die ErzieherInnen haben sie enttäuscht, sind deautorisiert. Die politische Ausrichtung „rechtsextrem“ ist ihnen übrigens von eben jenen „sozialistischen“ LehrerInnen nahegelegt worden.

Alle formulierten positiven Werte und ethischen Begriffe sind mit dem Begriff „Sozialismus“ verbunden gewesen. Jetzt, nach dem Versagen dieses Begriffes, wenden sie sich dem einzigen Verhaltensbild zu, das sie außer diesem kennenlernten. Und das ist ein negatives, verbunden mit allen „antisozialistischen“ Polen, die die politische Bildung vorsah: faschistisch, aggressiv, imperialistisch, nationalistisch etc.. Daß sie damit ein gefundenes Fressen für ihre ideologisch vorgebildeten „alten Kameraden“ sind, scheint unausweichliche Konsequenz zu sein. Und diese wiederum sind für den „Kindersturm“ willkommener Halt- und Anlehnungspunkt. Soviel zu der großen Masse der „neuen Nazis“.

Die FAP demonstiert — Foto aus: Moz/Nov.90

PDS-Wahlveranstaltung in Dresden: Hier drohen die Hände noch, Minuten später prügelten sie — Foto: dga/SAX Nr.9

EINIGE NAMEN

Nun noch einiges zu den älteren, den tonangebenden „Volks-Genossen“. Dazu drei Beispiele.

Sonntag.
Ein führungstechnisch geschulter Mensch aus Westdeutschland. Von der „Bewegung“ vor ca. einem dreiviertel Jahr in die DDR importiert. Dresdner Antifas konnten ihn aufgrund von mehreren Fotografien und Recherchen dem Freundeskreis um Michael Kühnen zuordnen. Sonntag stellt die direkte Verbindung zur FAP und ihren Netzwerken dar. Auf seine (alleinige?) Initiative ist die organisatorische Straffung der Dresdner Neos zurückzuführen. Er stellt mit Hilfe seiner Beziehungen innerhalb der „Bewegung“ Geld, Propagandamaterial und vermittelt Schulungen. Er initiierte die Zweiggründung im FAP-Stil „Nationaler Widerstand Deutschlands“.

Frank Kaden.
Gebürtiger Dresdner. Bis vor der „Wende“ ein ziemlich unauffälliger Mensch. Tangierte hin und wieder die alternative Szene. Nach dem Winter 89/90 tauchte er bei den Rep's auf, ergatterte sich einen Posten als Schatzmeister. Dort hatte er dann Streß wegen einiger Stasi-Gerüchte. 1990 besuchte er Schulungen der Faschos um Kühnen. Erklärt sich zur Freundschaft mit Kühnen und Worch. Kaden ist einer der wenigen "moderaten“ Nazis in Dresden. Er übernimmt öffentliche Auftritte und versucht ab und an Informationskanäle in die Antifaszene zu bohren.

Dirk Vogel.
„Alt-Skin“, seit einigen Jahren in der Skinheadszene. Meistens unauffällig. Probleme mit ihm gab es erst seit den letzten Montagsdemos, als sich Skin's unter der Reichskriegsflagge in die Demos begaben und gezielte Angriffe gegen Leute vortrugen, etwa gegen antinationalistische DemonstrantInnen. Vogels Autorität basiert in erster Linie auf seiner „Vorbildwirkung“ bei militanten Auseinandersetzungen sowie auf der Macho-Normierung der Skins. Außerdem darauf, daß er ziemlich lange „dabei ist“.

Alle diese Fakten lassen leider keine besonders optimistischen Perspektiven zu. Zumal an eine weitgreifende Antifaarbeit im Moment noch nicht zu denken ist, da die meisten der in Frage kommenden Menschen zumeist damit beschäftigt sind, ihre alternativen Lebensvorstellungen und Projekte auf die neuen juristischen und sozialen Bedingungen einzustellen und mit einiger Grundlage zu versehen.

Die zu erwartende soziale Entwicklung wird den Parteien „rechts der CDU“ weitere Sympathisanten verschaffen. Im Moment müssen wir uns darauf beschränken, einen funktionierenden Selbstschutz zu organisieren, damit unsere Strukturen und Vorstellungen nicht einfach daran scheitern, daß Aktive wie Publikum durch das ständige Risiko von Angriffen abgeschreckt werden. Außerdem müssen wir jede Möglichkeit der Medienarbeit nutzen, um unsere Werte von Freiheit und Toleranz, von Internationalismus und Kreativität darzustellen. In diesem Zusammenhang von „Gegenöffentlichkeit“ zu sprechen, ist für uns wahrscheinlich um einige Jahre vorgegriffen.

Bis dahin müssen wir uns mit punktueller Arbeit zufrieden geben, etwa in Infoläden oder in Gesprächen mit Jung-Skins, wo immer das möglich sein sollte. ●

HILFERUF: EIN FLUGBLATT AUS FRANKFURT/ODER

»Waffen« für die exDDR

„Der Aufruf »Waffen für El Salvador« ist ja hinlänglich bekannt, und es wird schon seit Jahren Solidarität mit dem nach Freiheit strebenden salvadoranischen Volk geübt. Mensch ist bereit und spendet Geld und Sachen an ein Volk, das tausend Kilometer entfernt lebt, was natürlich in Ordnung geht. Denn dort sind die Menschen ständig den Aggressionen faschistoider Militärs ausgesetzt, und ständig wird ihr Leben bedroht.

Warum nun dieses Flugblatt?

<u>Ein »Land« bzw. eine Stadt entwickelt sich nach Rechts!!</u>
Irgendwo in der Welt gewinnt »Doitschland« die Fußball-WM und im kleinen Städtchen Frankfurt an der Oder bekommen Bierbäuche wieder mal den Nationalrausch.

○ Knapp 300 dieser Typen (unter ihnen ca. 50 Neonazis) beenden ihren Fernsehabend mit einer Kraftprobe vorm »Alternativen Kultur-Wohnprojekt JETZT« in Frankfurt/Oder, versuchen es zu stürmen. Die Leute im Haus signalisieren »gefechtsbereit«, verhindern Schlimmeres, naja und die paar Bullen stehen blöd rum.

○ Der große Auftakt und nun schon wöchentlich kleine Zusammenstöße mit Faschos, begleitet durch Brandanschläge und Überfälle aufs »JETZT«. Der Haß wird stärker, Skrupel verschwinden.

○ Hardcore-Konzert im »JETZT« (das erste richtige Konzert), doch 'ne Handvoll Faschos schmuggeln sich ins »JETZT«, werden erkannt und rausgeschmissen. Wenig später, die erste Band ist fast vorbei: Faschoüberfall, ca. 40 Rechte (vorwiegend Faschoskins), versuchen das »JETZT« zu stürmen – Steine, Mollys, Pyros – doch, oh staune, die Bullen, halbwegs fit, knüppeln den Faschohaufen auseinander. Das Konzert mußte jedoch abgebrochen werden.

Die Aggression wächst stetig:

○ weiterhin Zusammenstöße und Verletzte (Punk wird die Schulter zerschlagen)

○ Fußballspiel FCV – Dresden, ca. 300 Faschoskins sind in der Stadt, machen Randale, schlagen eine PDS Kundgebung auf, eine neue Qualität des Faschoterrors kündigt sich an. Skinheads und Faschos aus Berlin und Bezirk Frankfurt/Oder treffen sich in unserer Stadt.

○ 3. Oktober, Überfälle auf polnische Autos, Faschos provozieren am »JETZT«, werden mit Farbeiern und Steinen vertrieben.

○ Das »JETZT« zerfällt – Ursache: Alkohol, Haß, Aggression. Leute springen ab, trotzdem weiter Arbeit in der Gruppe. Kultur, noch nie viel praktiziert, wird gestrichen. Antifa ist angesagt, es geht ums Überleben.

○ Dafür besetzen die Faschos zum zweiten Mal ein Haus.

○ Das »JETZT« ist tot und unsere Gruppe weicht in »unser« Mietshaus (mehrere WG's, wenige Normalmieter, leerstehende Wohnungen) aus.

○ Der Terror geht weiter. Aber jetzt auf unsere Mietwohnungen und Schlag auf Schlag, Woche für Woche. Immer das gleiche Schema: eingerammte Haustüren, Schießerei im Hausflur (mit CS-Gaspistolen), Steine fliegen in die Fenster, Pyros und das alles gegen zwei Uhr früh, ausschlafen ist unmöglich. Was tun die Bullen? Nichts. Nehmen einen fest (Sorte Bierprollfascho) und lassen ihn wieder laufen, keine Anzeige – nichts.

Die psychische Spannung wächst, die ersten resignieren, werden ausziehen, unsere finanziellen Mittel sind erschöpft, die Kosten für Tür und Wohnungssicherung bzw. Widerstandsmaterial fressen uns auf, die Schäden wollen repariert sein.

Doch nicht nur unsere WGs sind dran, einer Antifaschistin wird auf offener Straße die Schulter zerkloppt, Kumpels von uns niedergeschlagen, aus Autos heraus wird auf uns geschossen (mit CS-Gas).

So wie uns geht es vielen Antifa-Gruppen in der ehemaligen DDR. Das wir ohne Eure Solidarität bzw. Spenden auskommen würden, wäre reine Selbstüberschätzung und wahrscheinlich unser »Untergang«. **Darum helft uns in unserem Antifaschistischen Kampf!** Überlassen wir den Nazis nicht diese Stadt – keine Stadt !! Gebraucht werden: Geld, »Waffen«, Infomaterial, Antifaplakate, Farbspray, Feuerlöscher, Ideen und natürlich Eure persönliche Solidarität (schreibt uns, kommt vorbei).!!“ ●

Spenden, Postsendungen an:
C. Fischer, Grüner Weg 16, O-1200 Frankfurt/Oder
Wir hoffen auf Eure Solidarität, Danke!

Autonome Antifa, Frankfurt/Oder

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER NETZWERKE

Ein Nachruf . . .

Ende 1990 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke ihre Arbeit eingestellt.

Elisabeth Bolda, Netzwerk Berlin ● Die BAG wurde gegründet, um „einerseits die Arbeit der Netzwerke zu professionalisieren (Beratung, Kreditvermittlung) und gleichzeitig die politischen Inhalte der Netzwerk-Idee herauszustreichen", (1)
Das sollte erreicht werden durch:

„1. Dienstleistungen (für die örtlichen Netzwerke und für die weitere Selbstverwaltungs- und Selbsthilfeszene),
2. Politische Willensbildung und Interessenvertretung,
3. Organisation und Durchführung von Weiterbildung (der Netzwerk-Aktiven auf den Gebieten Beratung, Finanzierung und Theorie),
4. Koordination von Forschung und Theorie zur Selbstverwaltung und Selbsthilfe."(1)

Finanziert wurde die BAG von den beigetretenen Netzwerken mit jeweils 5% ihres Etats. Das Berliner Netzwerk brachte so zwischen 40 und 50% des Gesamtetats auf und hatte daher auch inhaltlich eine entscheidende Position.

Zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel

Die erst in Bonn und dann in Köln eingerichtete Geschäftsstelle konnte nur knapp eine halbe Stelle finanzieren, geschweige denn Veranstaltungen oder Fortbildungen.

Vorstandstreffen und Vereinstreffen waren jeweils mit aufwendigen Terminabsprachen, langen Fahrzeiten und Tagungshäusergebühren verbunden. So wurde viel Zeit und Know how gebraucht, um Gelder zu organisieren etc.. Die Aktivitäten erreichten aber nur vereinzelt die Netzwerke.

„Die BAG wird von ihren Mitgliedern nicht benutzt. Geschäftsstelle und Vorstand agieren auf einer schläfrigen Basis." Dies schrieb Annegret Bötel (BAG Vorstand vom Bremer NW) im Dezember 1989 für den Netzwerk-Rundbrief 47.

Auch in diesem Jahr hat sich die Abhängigkeit der BAG von dem Engagement einiger weniger nicht verändert. Verändert hat sich der Vorstand - er paßt sich der Basis an. Die Geschäftsführerin hatte ihre Arbeit nur noch bis Ende 1989 ausüben wollen. Sie macht die Arbeit jetzt ein Jahr „vorrübergehend" und nur ihrer unermüdlichen Bereitschaft ist es zu verdanken, daß es in diesem Jahr überhaupt eine Geschäftsstelle, Seminare, mehr BAG als nur den Namen gab.

Dem Vorstand gelang es nicht, eine neue Besetzung der Geschäftsstelle möglich zu machen. Es gibt weder Geld noch einen Standort, noch eine geeignete Person. Viele Netzwerke haben sich in der Zwischenzeit immer weiter zurückgezogen oder sogar aufgelöst. Pikanterweise auch (oder gerade?) die Netzwerke, die die BAG Geschäftsstelle beherbergten, was eigentlich eher als Unterstützung oder Initialzündung gedacht war.

Ich hatte bestimmte Prämissen, unter denen ich eine BAG für sinnvoll gehalten habe. Dazu gehört einmal, daß die BAG ihre Geschäftsstelle nicht in Berlin hat, sondern eingebunden ist in ein westdeutsches aktives Netzwerk. In den Berliner Diskussionen war die Zustimmung zur BAG bestimmt durch eine Unterstützung und Dienstleistung an die kleinen Netzwerke. Berlin hat vier Stellen, auf denen einigermaßen qualifizierte Leute sitzen und die Engmaschigkeit der Szene hier bietet genügend Möglichkeiten zu Information, Weiterbildung und Arbeitsteilung. Unsere Situation unterscheidet sich eklatant von der anderer Netzwerke. Reisewege und Anfahrtskosten sind immens lang und hoch. Eine andere Grundlage für eine Weiterführung der BAG ist für mich das Interesse der Netzwerke an der BAG. Es hat sich kein westdeutsches Netzwerk gefunden, das in der Lage und bereit gewesen wäre, eine Geschäftsstelle unter seine Fittiche zu nehmen. Weiterhin fand sich keine geeignete Person aus eigenen Reihen, die bereit gewesen wäre, zu BAG-Mitteln zu arbeiten, bzw. es kam nicht noch einmal zum Versuch, eine ABM-Stelle zu beantragen. (Ausnahme: Gabi beantragte eine ABM-Stelle in Köln, wo es aber in der Zwischenzeit kein Netzwerk mehr gibt.)

Gründungsfeier der BAG-Netzweke in Hamburg

Für eine Auflösung der BAG zum Jahresende

Es gab im Sommer 89 die Überlegung, gemeinsam mit anderen Verbänden der Selbstverwaltungswirtschaft die BAG zu finanzieren. Die Ökobank suchte ein Gespräch und das Netz aus NRW wollte als Mitglied aufgenommen werden bzw. sich an den Sitzungen beteiligen. In der jetzigen Situation der BAG allerdings, kommt eine Kooperation einem Ausverkauf der Netzwerkideen oder Interessen gleich. Weder engagierten sich die Netzwerke in der BAG, noch nutzen sie deren Dienstleistungsangebot. Sie zahlen, wie wir Berliner, ihren Beitrag „für die anderen". Wer soll denn unsere Ideen gegenüber den hauptamtlich arbeitenden Funktionären der anderen Organisationen vertreten?

Weg mit der politischen Wasserkopfbürokratie

Laßt uns die Gelder sinnvoller nutzen. Z.B. kann die Bundesversammlung der Netzwerke vorbereitet werden mit einer Honorarstelle für einige Wochen, oder wichtige Informationen für alle Netzwerke: Tagungsreader, Geldfondsreader könnten erstellt werden, überregionale Seminare organisiert werden. Honorare an Verschiedene für Verschiedenes für alle. Keine zusätzliche Stelle, die sich halbtags mit der Eigenfinanzierung beschäftigt und irgendwo allein in der Walachei sitzt. Keine zusätzliche Stelle für das Netzwerk Berlin. ●

Aus: Netzwerk-Rundbrief Berlin, Nr. 51
(1) Selbstdarstellung der BAG, Papier vom September 1987

PERSPEKTIVE BAG

Interessenvertretung für „die Alternative Ökonomie" ?

Auf der letzten Bundesversammlung der Netzwerke wurde die Möglichkeit diskutiert, die BAG auf eine neue Basis zu stellen und ihre politische Funktion auf
*** die Organisation von Willensbildungsprozessen und**
*** die Interessenvertretung für die „alternative Ökonomie"**
festzulegen.

Karin Lücker-Aleman, Berlin ● Die „Loslösung" der BAG von ihrer bisherigen Basis der Netzwerke ist einerseits bereits vollzogen (siehe Netzwerk-Rundbrief Berlin Nr. 50) und ein solcher Beschluß würde der Tatsache Rechnung tragen, daß die Aktivitäten der BAG bei den unmittelbaren Netzwerken auf weniger Resonanz gestoßen sind als bei anderen Verbänden bzw. Projekten und Betrieben im Netzwerkumkreis. Die Diskrepanz zwischen der Außen-Akzeptanz der BAG und ihrer Verankerung bei den Netzwerken konnte auch im letzten Jahr nicht abgebaut werden.

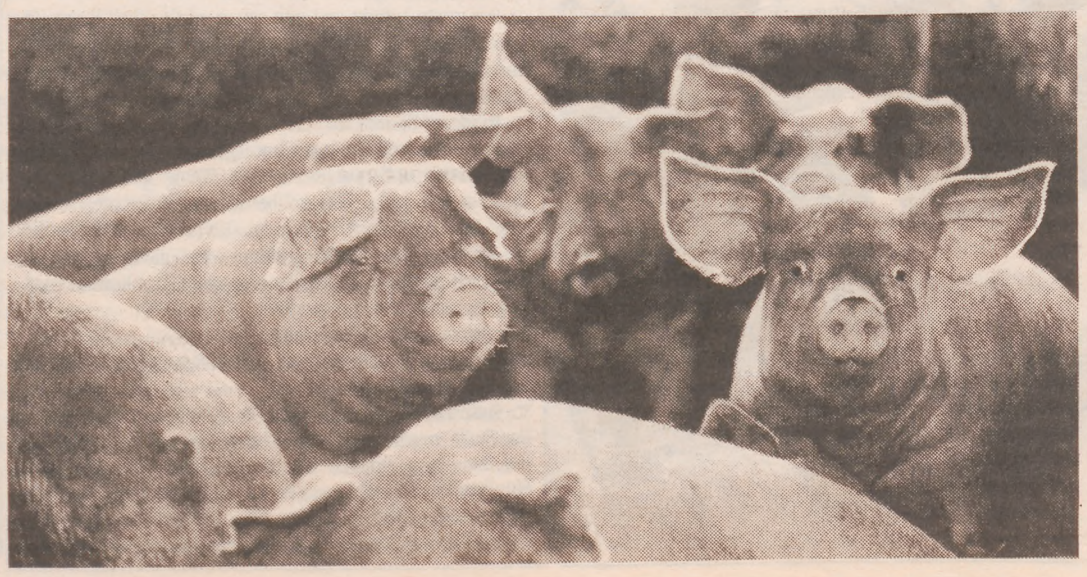
Die unterschiedliche Entwicklung der Netzwerke mit ihren jeweiligen Schwerpunkten und Interessen macht es darüber hinaus schwer, die Netzwerke als eine homogene Basis zu betrachten, die der BAG einen gemeinsamen Auftrag erteilt. So ergab sich in den letzten Jahren die Situation, daß in Abhängigkeit von den regionalen Netzwerkbedürfnissen die Arbeit der BAG unterschiedlich bewertet bzw. beachtet wurde.

Die „neue" Autonomie der BAG bedeutet jedoch nicht, daß die regionalen Netzwerke mit der BAG nichts mehr zu tun haben, sondern vielmehr, daß der BAG ein Handlungsrahmen gegeben wird, der weder von der Finanzkraft noch von der „women-power" oder dem eher sporadischen Interesse der Netzwerke abhängig ist. Wir gehen davon aus, daß eine funktionierende BAG mit dem oben beschriebenen Schwerpunkt auch die NW-Arbeit vor Ort unterstützen kann, daß die Arbeitsergebnisse der BAG von den Netzwerken aufgegriffen werden können.

Delegation „politischer" Aufgaben

Die Notwendigkeit einer allgemein politischen Interessenvertretung der alternativen Ökonomie scheint weiterhin zu bestehen. Denn erstens gibt es die Selbstverwaltungswirtschaft noch, zweitens hat sie sich bislang nicht gesamtgesellschaftlich durchgesetzt, drittens gibt es auf der Mikro- und der Makro-Ebene noch eine ganze Menge zu verändern. Eine solche „Interessenvertretung" können aber weder die Grünen, noch die Öko-Bank, noch CONTRASTE, noch der TAKAÖ der AG SPAK übernehmen. Auch die einzelnen NWe vor Ort scheinen einer solchen Aufgabe nicht gewachsen, bzw. erklären sich für nicht zuständig.

Innerhalb der Selbstverwaltung scheint sich eine Arbeitsteilung durchgesetzt zu haben, die zu einer stärkeren Delegation „politischer" Aufgaben führt. Gesamtgesellschaftliche Ansprüche werden nicht mehr wie früher von den Projekten/Betrieben selbst benannt und umgesetzt oder in basisdemokratischen Zusammenschlüssen entwickelt (Beispiel: Diskussion nach den Berliner Wahlen um Fink-Topf und SV). Ein weiterer Ausdruck hierfür ist die Tatsache, daß im Unterschied zu früheren Jahren Projekte und Betriebe ihre selbstverwalteten Strukturen nicht mehr offensiv nach außen tragen, sie nicht mehr zu einem politschen Programm machen. Ob die Gründe hierfür in der allgemeinen Arbeitsüberlastung oder in einer allgemeinen politischen Resignation und der damit verbundenen Privatisierung oder in der erfolgreichen Umsetzung der SV oder oder... zu suchen sind, kann hier nicht entschieden werden. Die Diskussion um die Perspektiven der „alternativen Ökonomie", die Durchsetzung von allgemeinen Rahmenbedingungen und Finanzierungsstrategien für die SV ist nicht nur nach wie vor wichtig, sondern gewinnt durch den „deutschen Zusammenschluß" eine zusätzliche Bedeutung/aktuell politische Brisanz.



Verstärkter Druck durch „deutschen Zusammenschluß"

In gesamtdeutscher Perspektive kommt die aktuelle Notwendigkeit hinzu, die Ansätze, Erfahrungen, Diskussionen und Ergebnisse der Alternativen Ökonomie auch in die neuen Bundesländer zu tragen, dortige Ansätze zu unterstützen und Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Als Ansprechpartner für Initiativen und Projekte im „Westen – ob gülden oder nicht" kommen bislang nur die Netzwerke (Ost-West-Büro in Berlin), als Fördertöpfe die Ökofonds und eher technische Beratungseinrichtungen (Branchenzusammenschlüsse, Zoff etc.) in Frage.

Der deutsche Zusammen- oder Anschluß wird auch zu einem verstärkten politischen und insbesondere finanziellen Druck auf die „Projektszene" und auf alternative ökonomische Modelle im Westen führen, so daß der Bedarf an politischen Strategien und an organisierter Durchsetzung von Forderungen wieder steigen wird. (Der direkte Draht zur Senatsverwaltung wird nicht mehr so einfach funktionieren.)

In dieser Funktion ergäben sich für die BAG folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Unterstützung beim Aufbau von Vernetzungsstrukturen in den neuen Bundesländern;
- die selbstverwalteten Betriebe und Alternativprojekte in der Öffentlichkeit zu manifestieren und ihren Stellenwert deutlich zu machen;
- Rahmenbedingungen für die „alternative Ökonomie" zu erarbeiten (Bsp. Rechtsreformen, Gemeinnützigkeitsgesetz, ABM, Fördertöpfe) und breit zu diskutieren (nicht gemeint ist ihre politische Durchsetzung!);
- Aufbau von konstanten Kommunikationsstrukturen (Seminare, Veranstaltungen, Rundbrief, Bundestreffen) in der Funktion als Organisator von „Willensbildungsprozessen";
- allgemeiner Ansprechpartner für Fragen der „alternativen Ökonomie" überregional und bei Fehlen von regionalen Ansprechpartnern.

Aus: Netzwerk-Rundbrief Berlin, Nr. 51

NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS IN DER SV-WIRTSCHAFT

Alternative Ökonomie und Netzwerk auf getrennten Wegen?

Ein Bericht vom Herbstseminar des TAKAÖ in Berlin zum Thema „Erfahrungen mit der AL/SPD-Koalition".

Tina Fried und Sören Kern, Netzwerk Berlin ● Der „Theorie-Arbeits-Kreis Alternative Ökonomie", TAKAÖ, ist wie der Name schon sagt – ein seit Ende der 70er Jahre existierendes Diskussionsforum, im Rahmen dessen kontinuierlich an theoretischen wie praktischen Fragen der AÖ gearbeitet wird. Die AÖ wird dabei „ganzheitlich und allumfassend" verstanden: Neben selbstverwalteten Betrieben zählt der TAKAÖ auch soziale Projekte und politische Initiativen dazu.

Mitte Oktober hatte der TAKAÖ zu seinem traditionellen Herbstseminar, diesmal in Berlin, zum Thema „Erfahrungen der AÖ mit der AL/SPD-Koalition in Berlin-West" eingeladen.

Vertreter/Innen von den bekannten Berliner „Überflieger-Projekten" Stattwerke, Goldrausch, Netzwerk und AK-Staatsknete waren aufgefordert, eine Bestandsaufnahme zur aktuellen Situation der AÖ in Berlin-West vorzunehmen.

Netzwerk und die alternative Ökonomie

Daß auch das Netzwerk angesprochen wurde, zeigt, daß es in der Öffentlichkeit offenbar nach wie vor als ein Sprachrohr für die AÖ dieser Stadt betrachtet wird, wenngleich die Entwicklungen der letzten Jahre die Frage aufkommen lassen, inwieweit sich Netzwerkwirklichkeit einerseits und real existierende Alternative Ökonomie begonnen haben, sich in verschiedene Richtungen zu entwickeln.

Zwar war Netzwerk zu Beginn der rot-grünen Koalition in den verschiedenen Arbeitsgruppen munter am Mitmengelieren, aber Impulse für projektübergreifende Diskussionen wie bei der 10 Jahre-Netzwerk-Veranstaltung oder beim Ökobank-Forum gehen vor allem im gewerblichen Bereich immer seltener vom Netzwerk aus oder stoßen, wie die Kulturbeutel-Veranstaltung auch zeigte, bei Projekten (aus dem Westen) auf geringe Resonanz. Beim Netzwerk als Fördertopf hat sich die Förderpraxis in den letzten Jahren weg von der Unterstützung gewerblicher Betriebe und sozialtätiger Projekte hin zu politischen Projekten, die eine kritische Gegenöffentlichkeit zum Ziel haben, verlagert.

Zu Beginn dieser Schwerpunktverschiebung stand die lapidare Erkenntnis, daß Netzwerk mit seinen begrenzten Ressourcen mit einem Beratungsangebot, das unter anderem den Projekten auch andere Geldquellen erschließt, effektiver fördern kann als mit direkter finanzieller Förderung. Die logische Konsequenz war die Einrichtung der Netzwerk-Beratungs-GmbH. Mittlerweile hat Netzwerk jedoch auch im Beratungssektor einen kleinen Rückzieher gemacht: Vor allem umfangreichere Beratungen für gewerbliche Projekte überließ Netzwerk den Stattwerken. Mit seinen Kurzberatungen fördert Netzwerk mehr im nicht-gewerblichen Bereich.

Zwei weitere Faktoren beeinflußten diese Schwerpunktverschiebung: Einerseits gingen die Anträge von gewerblichen Betrieben/Projekten zurück (und das sicher nicht nur, weil sich herumgesprochen hatte, daß Netzwerk anders zu fördern begonnen hatte, sondern vielmehr auch, weil es weniger Neugründungen selbstverwalteter Betriebe gab); zum anderen entsprachen die antragstellenden Betriebe auch immer seltener dem – nun auch enger gesteckten – NW-Kriterium der Modellhaftigkeit: Kollektive der „reinen Lehre", also mit basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen, (Zeit) Einheitslohn, Kapitalneutralisierung, Kostendeckungsprinzip und nicht zuletzt das Anbieten gesellschaftlich sinnvoller Produkte oder Dienstleistungen werden nicht mehr zwingend als modellhaft und damit förderungswürdig bewertet. Das zwanzigste TischlerInnen-Kollektiv kann einfach nicht mehr so modellhaft wie das erste sein! Modellhaftigkeit macht NW heute zusätzlich an den „Außenbeziehungen" eines Kollektivs fest: Ein Projekt, das nach außen und in größeren Zusammenhängen strukturbildend und vernetzend politisch engagiert ist, paßt heute eher in den Kriterienrahmen von NW.

Im sozialen Bereich kann sich mittlerweile eine Vielzahl von Projekten ganz oder teilweise über öffentliche Förderungen finanzieren. Von daher weigert sich NW, Lückenbüßerfunktion für staatliche Aufgaben zu übernehmen und unterstützt eher von Kürzungen bedrohte Projekte, die z.B. Geld für ihre Kampagnen brauchen.

Beide Entwicklungslinien mündeten schließlich in der These, daß sich die Projekte aus dem Bereich der AÖ offensichtlich immer weiter von NW-Kriterien entfernen. Oder aber umgekehrt, daß das NW mit seinen Ansprüchen den Anforderung und Bedürfnissen der Projekte nicht mehr gerecht wird und sich damit seinerseits von der AÖ entfernt. Viel Stoff für notwendige Diskussionen auch NW-intern!

Immer mehr Gründerinnen

Eine andere Entwicklung ist hingegen bei den Frauen-Projekten festzustellen: G. Lischke von Goldrausch konstatierte eine stete Zunahme bei der Anschubfinanzierung von gewerblichen Frauen-Betrieben. Gerade bei Gründungsrausch (eine Goldrausch-Tochter, die Betriebsberatung für Gründerinnen anbietet) ist die wachsende Zahl von Frauen, die allein oder zu zweit Kleinstunternehmen gründen, deutlich bemerkbar. Allerdings sind die Kriterien anders gelagert als bei NW: Die Schaffung von Frauen-Arbeitsplätzen und von Frauen-(Frei-)Räumen sind die wesentlichen Zielsetzungen. Insofern ist eine Vergleichbarkeit mit den Entwicklungen der gesamten Alternativen Ökonomie nicht gegeben.

Cashflow hui – Politik pfui???

Der Trend, den U. Hennecke bei den Betrieben ausmachte, die von Stattwerke beraten wurden, deckt sich hingegen eher mit NW-Erfahrungen. Die SV-Wirtschaft ist heute von dem Wunsch nach Konsolidierung und Professionalisierung geprägt. Wenngleich die ursprünglichen SV-Ideen nicht aus den Köpfen der Leute verschwunden sind, treten ökonomische Zwänge und das Bedürfnis nach Existenzsicherung in den Vordergrund. SV und demokratischen Strukturen werden im Rahmen des ökonomisch Machbaren eher als Selbstverständlichkeit am Rande denn als Utopie oder gar als politisches Ziel begriffen. So ist zwar bspw. ein allgemeiner Trend hin zu ökologischen Produkten und Produktionsweisen oder auch eine Zunahme von Betrieben im Bereich der Umwelttechnik zu verzeichnen. Finanziell gut funktionierend, wollen diese sich im Nachhinein eine demokratische Struktur geben, damit u.U. verknüpfbare politische Strategien fehlen jedoch. Reine Kollektive haben sich kaum gegründet, es existiert in Berlin kein branchenübergreifender Verbund und somit auch keine gemeinsame politische Arbeit, eine politische Offensivität bleibt aus.

Dennoch ist diese Entwicklung nicht ausschließlich negativ zu bewerten: Einhergehend mit der genannten ökonomischen Besserstellung der Selbstverwalteten Betriebe entwickelt sich auch intern ein neues Selbstverständnis. Während bis in die Anfänge der 80er Jahre der Wunsch nach Nivellierung (Einheitslohn, Aufhebung der Arbeitsteilung...) in den Kollektiven vorherrschte, räumen die Rahmenbedingungen und internen Strukturen heute ihren KollektivistInnen mehr Freiraum für Individualismus und Einzelbedürfnisse ein. Die Selbstverwaltungswirtschaft verabschiedet sich von ihrem Denken in ökonomischen Nischen, orientiert sich mehr an den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen und ist somit dabei, sich ein neues Profil zu geben. Der emanzipatorische Anspruch wurde nicht aufgegeben, aber die Akzente haben sich verschoben. Begriffliche Innovationen wie „sozial-innovativ" oder „ehemals selbstverwaltet" versuchen dieses neue Profil zu beschreiben.

Identitätskrise der SV-Wirtschaft?!? – Dieses Zwischenresümee hing nach jener Bestandsaufnahme in der Luft und wurde wieder aufgegriffen, als es um die Erfahrungen der SV-Wirtschaft mit Rot/Grün ging.

Dämpfer für gedämpfte Erwartungen

Schon bei den Koalitionsverhandlungen war es schwierig, das bloße Wissen um die Existenz der Selbstverwaltungswirtschaft in den Köpfen der VerhandlungspartnerInnen wachzuhalten. So mußte Uti Hennecke von den Stattwerken sich schnell mit der Rolle der einsamen Mahnerin in der Wüste, die nur immer wieder das Stichwort „Selbstverwaltungswirtschaft" in Erinnerung rufen kann, abfinden.

Dieser Zustand hat sich inzwischen etwas geändert: In Politik und Verwaltung hat eine Sensibilisierung für die Wahrnehmung der Belange der Selbstverwaltungswirtschaft stattgefunden, der jedoch bislang kein entsprechendes Handeln folgte.

Damit wäre die Ertragsseite der Rot-Grünen Koalition für die AÖ aber auch schon fast komplett beschrieben. Die Förderung der Haftungsassoziation mit 10 Millionen Mark durch den rot-grünen Senat, sich die die mittlerweile fast ganz traditionellen kleinen und mittleren Betrieben als Klientel zugewandt hat, im Gegensatz zur Förderung eines Gutachtens über den Selbstverwaltungsbereich, das erst einmal einen Förderungsbedarf, wenn nicht gleich die Existenz der SV-Wirtschaft, nachweisen soll, ist beispielhaft für rot-grünes politisches Wahrnehmen und Handeln. Lediglich die Förderung einiger Beratungsinstitutionen wie dem Zentrum für Unternehmensberatung und Kooperation (ZuK), umfangreichere Förderung von Frauen-Projekten wie der Regionalentwicklungsgenossenschaft und einige „Pöstchen" in öffentlichen Finanzinstitutionen (WBK, Berliner-Pfandbrief-Anstalt, Sparkasse) für AL-Assoziierte können noch als Erträge verbucht werden.

Die genannten Förderungen und „Pöstchen" stehen allerdings für ein lansames Umdenken in den Senatsverwaltungen: weg von den Sondertöpfen und hin zu Gleichbehandlung von SV-Wirtschaft, wie von der AL gefordert.

Daß gerade im gewerblichen Bereich so wenig für die AÖ heraussprang, muß zum einen an den wirtschaftspolitischen Defiziten der AL festgemacht werden, die ihre Schwerpunkte traditionell in anderen Politikbereichen setzt, ist vor allem aber den vom rechten Gewerkschaftsflügel geprägten wirtschaftspolitischen Konzept der SPD zu verdanken.

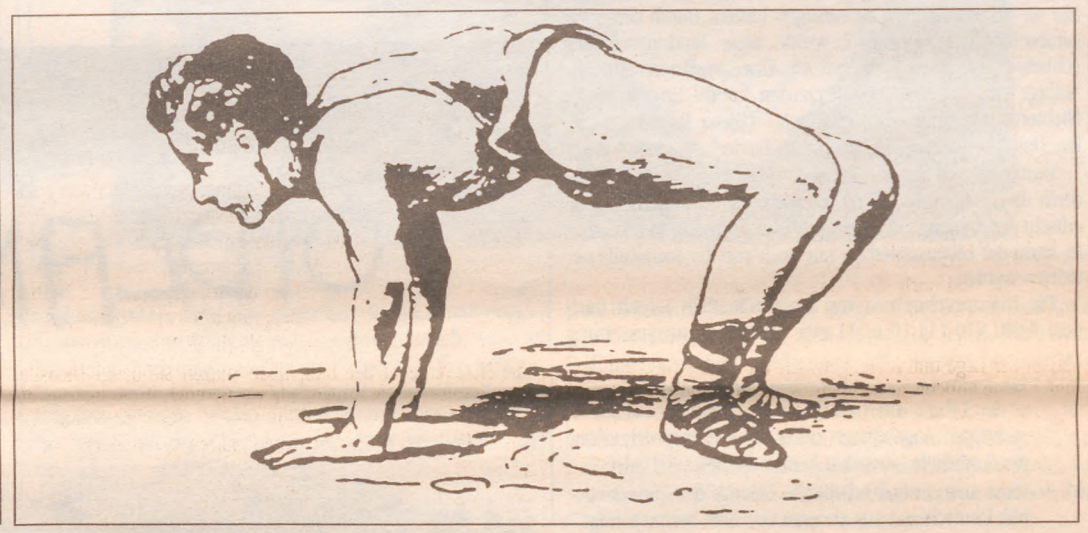
Darüberhinaus wurde die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit eine Regierungsbeteiligung der GRÜNEN/AL nicht immer auch zu einer Schwächung der Oppositions- und Widerstandsbewegung führen muß.

Lobbyismus ohne Auftrag?

Aus der Erfahrung, daß zu den Treffen der gewerblichen Projekte zu Rot-Grün, bei denen Forderungen an den rot-grünen Senat ausgearbeitet wurden, im wesentlichen VertreterInnen der „intermediären" Projekte kamen, während die Werktätigen aus den Kollektiven den Runden sehr bald fernblieben, wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß nur noch Stellvertreterpolitik ohne Basis gemacht wird.

Es bleibt die Frage nach den Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für Netzwerk. Wenn sich Netzwerk weiterhin als ein Sprachrohr unter anderen für die AÖ versteht – und dies schien zumindest bei den Anwesenden nicht in Frage gestellt –, bleibt auch die Aufgabe bestehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Perspektivdiskussionen angeregt und Vernetzungen möglich werden. Sollten dien emanzipatorischen Ideale der Selbstverwaltungswirtschaft nicht verloren gegangen, sondern nur – wie mehrfach betont – in den Hintergrund gerückt sein, gehört es unserer Ansicht nach zum NW-Selbstverständnis, diese „schlummernden" politischen Ansprüche zu neuem Leben zu erwecken. Daneben wäre es auch denkbar, die bei Netzwerk stattfindenden Diskussionsprozesse und NW-Vorstellungen von alternativer Ökonomie in die Betriebe hineinzutragen. Einer Arbeitsgruppe im Netzwerk zu diesem Thema schwebt vor, an konkreten Beispielen wie Gewerbemieten, steigende Zinsbelastungen, Genossenschaftsrecht und der nach wie vor anzustrebenden (?) Kapitalbeteiligungsgesellschaft weiterzudenken.

Dies alles sollte jedoch nicht stellvertretend für Leute der Selbstverwaltungsbasis oder gar allein, sondern nur mit ihnen zusammen möglich sein. ●



ABSCHIED VON ORTHODOXEN SELBSTVERWALTUNGSKRITERIEN ?

Vorschläge für eine Neuordnung der Heiligkeit

Meendert Buurmann, STATTwerke Berlin ● Die Veränderungen der letzten Jahre in der Selbstverwaltungsszene sind mit dem Schlagwort der Professionalisierung ungenügend beschrieben. Erweckt dieser Begriff doch den Eindruck, als würden die ehemaligen Alternativ-Betriebe, die kapiert hätten, wo es im System der Marktwirtschaft lang geht, mir nichts, dir nichts in konventionelle (Yuppie-)Betriebe konvertieren.

Dabei ist eine differenzierte Sichtweise gerade heute angebrachter denn je. Denn mit dem Scheitern der erprobten Version des Sozialismus in Osteuropa gewinnen alle Betriebsformen, die innerhalb des kapitalistischen Systems mit anderen Arbeits-, Organisations- und Eigentumsformen experimentieren, nochmal mehr an Bedeutung.

Daß diese anderen Ansätze in ihren Differenzierungen bislang sowenig Beachtung finden, hat einen einfachen Grund: Die politische Meßlatte ist unverändert das Kollektiv der frühen achtziger Jahre mit seinen hohen Idealen. Abstriche an Rotations-, Egalitäts- oder Politikansprüchen werden von den Beteiligten als Niederlage erlebt, als lange überfällige Abstriche an den ursprünglichen Idealen, als zähneknirschende Anpassung an das, was die anderen schon immer besser gewußt haben. Einher gehen diese Entwicklungen oft mit einer Spaltung der Gruppen: Die ehemaligen "heimlichen" Geschäftsführer übernehmen die formale Verantwortung, die anderen wenden sich frustriert ab oder richten sich enttäuscht ein.

Meiner Meinung nach werden diese Negativbewertungen der tatsächlichen Entwicklung nicht gerecht. Denn die verschiedenen Betriebsformen, die sich da in der "Szene" tummeln, unterscheiden sich nach wie vor von konventionellen Kleinbetrieben. Ich möchte diese "anderen", "alternativen" Betriebe unter dem Begriff sozial-innovative Betriebe zusammenfassen.

Natürlich verweist der Begriff "sozial-innovativ" auf Dimensionen, die weit über einen engen Zielkatalog betriebswirtschaftlicher Rentabilitätsüberlegungen hinausgehen und nicht nur unternehmensbezogen sind.

Die Bezeichnung "sozial-innovativ" erfaßt die Marktorientierung dieser Betriebe stärker als der Begriff Selbstverwaltung, der sich "nur" auf die interne Verfassung bezieht. Gerade das macht seinen Charme aus, denn wesentliches Merkmal sozial-innovativer Betriebe ist eine Orientierung am Gemeinwohl und die Übernahme von Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze; oder im Ökonomen-Deutsch gesprochen: die Internalisierung von externen (sozialen und ökologischen) Kosten, deren Beseitigung im Kapitalismus wahlweise dem Staat überlassen wird oder deren Nichtbeseitigung zur Apokalypse führt.

Unter sozial-innovativ fallen für mich die selbstverwalteten und die Betriebsformen, die sich aus ihnen heraus gebildet haben, sowie die Frauenbetriebe, die sich in den letzten Jahren zunehmend bildeten.

Gerade dle Betriebe, die teilweise Abschied von orthodoxen Selbstverwaltungskriterien genommen haben, sollten besondere Beachtung verdienen. Bildet sich doch hierbei möglicherweise ein Betriebstypus heraus, der im Kapitalismus nicht nur lebenfähiger ist, sondern auch größeres gesamtgesellschaftliches Veränderungspotential birgt.

Als Beispiel sei das Experimentieren mit demokratischen Besitz- und Entscheidungsstrukturen genannt. In sozial-innovativen Betrieben tragen die MitarbeiterInnen gemeinsame Verantwortung für den Betrieb.

Die gemeinsame Verantwortung bezieht sich dabei auf die Elemente

- Organisationsform
- Arbeitsgestaltung
- Entscheidungsprozesse.

Diese Elemente werden in demokratischen Prozessen immer wieder neu verhandelt und ausgestaltet.
Als Ergebnis können Betriebe entstehen, die durch

- flache Hierarchien
- flache Einkommensdifferenzierungen
- flexible Arbeitsplätze

gekennzeichnet sind.
Hier werden die Veränderungen, die manche dieser Betriebe durchlaufen haben, deutlich: Orthodox selbstverwaltete Betriebe wurden durch die Merkmale Identitätsprinzip, Kapitalneutralisierung und Einheitslohn definiert. Z.B. die Einstellung von Angestellten wurde als Bruch mit den Idealen, als Eingeständnis der Unmöglichkeit von Selbstverwaltung angesehen.

Dabei sind die entstandenen Organisationsformen vielleicht lebbarer, mit weniger Frust verbunden und dann auch wieder für politische Arbeit außerhalb des betrieblichen Tellerrands motivierend. ●

aus: Netzwerk-Rundbrief Berlin, Nr. 51

STUDIE ÜBER SV-BETRIEBE

Rot-Grün ist beendet, nun liegt ein Ergebnis vor: Im Rahmen der Diskussion um die Einrichtung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft für Betriebe wurde im Auftrag des Wirtschaftssenats eine
Untersuchung über Finanzierungsprobleme bei sozial-innovativen Betrieben unter besonderer Berücksichtigung des Förderinstrumentariums für kleine und mittlere Unternehmen in Berlin
erstellt. Diese ist ab sofort gebührenfrei zu beziehen bei der
Senatsverwaltung Wirtschaft
Referat V Gr 2
Martin-Luther-Straße 105
1000 W-Berlin 62
☎ (030) 783 81 81
Die Untersuchung liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Finanzierungsprobleme (West-)Berliner sozial-innovativer Betriebe (zum Beispiel siehe nebenstehenden Artikel) sowie eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Bedeutung dieser Betriebe.

Angesichts der drohenden Übertragung der Berlinförderung auf die Ex-DDR werden die noch bestehenden Fördermittel kritisiert und die als Hemmnisse wirkenden Förderkriterien herausgearbeitet.
An der Untersuchung haben mitgewirkt:
Meendert Buurmann, STATTwerke
Otfried Jensen, Netzwerke
Gerda Lischke, Goldrausch
Frieder Rock, Transfer

DIE »BELANGE DER BRD« STEHEN IM VORDERGRUND

Grundrecht auf Asyl oder Wachstumsfetischismus

Offenkundig können „Politik" und „Ökonomie" nicht abgespalten voneinander betrachtet werden. Während denn auch das GG in Art. 16 (2) zum Grundrecht auf Asyl dergleichen „Haarspalterei" nicht vorsieht, können es sich ParlamentarierInnen zugunsten eines zu fördernden Wirtschaftswachstums schon einmal leisten, den „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu verlassen, eine „Subjustiz" etablieren und die „Belange der Bundesrepublik Deutschland" in den Vordergrund rücken. So verweist die Abschiebepraxis auf eine rigide Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unseres Landes.

Ute Ahmad, Redaktion Kassel ●

Die „Politik der verbrannten Erde"

„Der biblische Esel des Landarbeiters trabt neben dem letzten Mercedesmodell seines Herrn", so äußerte sich Kendal im Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung seines Landes in „Kurdistan und die Kurden" (Bd. 1, 1984 herausgegeben von der „Gesellschaft für bedrohte Völker"). Mit anderen Worten: Eine Kapitalisierung von Grundeigentum, wie sie sich mit der einsetzenden Industrialisierung in europäischen Ländern abzeichnete, entfällt in den meisten Ländern der sogenannten III. Welt. Stattdessen fliehen Menschen in die Städte, um sich vor einer „Politik der verbrannten Erde" in Sicherheit bringen zu können. Eine schwache nationale Bourgeoisie kann sich unterdessen nur mit Hilfe von Militärs und Rüstungsimporten aus den Industrienationen an der Macht halten, während sie weiterhin von der Notwendigkeit einer „volkswirtschaftlichen Entwicklung" abstrahiert.

Vor diesem Hintergrund müssen bereits die Anwerbeverträge und die Einreise von ausländischen ArbeitnehmerInnen in die BRD ab 1955 gesehen werden. Die Beschäftigung von ausländischen ArbeitnehmerInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt diente in erster Linie der Herabsetzung von „sozialen Kosten", denn ein soziale Infrastruktur brauchte nicht ausgebaut zu werden, weil ausländische ArbeitnehmerInnen irgendwann in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. So lautete jedenfalls seinerzeit das betriebswirtschaftliche Kalkül, welches, zum Ärgernis aller Nationalökonomen, nicht aufgehen sollte. Die ArbeitnehmerInnen wurden für die Dauer ihres Aufenthaltes in Wohnbaracken untergebracht und lebten hier ohne Familien. Außerdem konnte man einem in der Bundesrepublik wachsenden Lohnniveau, resultierend aus der Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg, gegensteuern.

Der bayrische Wirtschaftsminister Otto Bezold äußerte sich 1955 in diesem Zusammenhang wie folgt: „Es ist erstaunlich, daß die unmittelbaren und mittelbaren Lohnforderungn zur Folge hatten, daß die Frage, ob dem dringenden Bedarf an Arbeitskräften nicht durch eine fruchtbare Hereinnahme von Fremdarbeitern begegnet werden sollte, immer dringender gestellt wird." (Reader zum Kongreß „Ausländerpolitik und Menschenrechte", Ffm 1984)

Das Ausländergesetz und Einschränkung von Grundrechten

Die Verabschiedung des Ausländergesetzes (AuslG) im Jahre 1965 setzte einen weiteren Meilenstein in die bundesrepublikanische Wirklichkeit, welcher die Entrechtung von Menschen genau bezeichnet. Das AuslG begründet die Einschränkung von zahlreichen in der Verfassung manifestierten Grundrechten. Diese klingt im § 6 (1) AuslG an:„Ausländer genießen alle Grundrechte, soweit sie nicht nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Deutschen vorbehalten sind." Das AuslG ist vom unbestimmten Rechtsbegriff „Belange der Bundesrepublik Deutschland" durchzogen.

Der Jurist Hans Heinz Heldmann beschreibt den Vorgang der Auslegung folgendermaßen:„Beurteilt die Ausländerbehörde „Belange der Bundesrepublik Deutschland" (...) als beeinträchtigt, so muß sie die Aufenthaltserlaubnis versagen; andernfalls darf sie die Aufenthaltserlaubnis erteilen. 14 Jahre Gesetzesanwendung haben erwiesen, daß die Verwaltung selbst den unbestimmten Rechtsbegriff „Belange" inhaltlich bestimmt. (Z.B.:Anwerbestopp, Arbeitsmarktlage, kein Einwanderungsland, Entwicklungshilfepolitik, kein Familiennachzug, Rückwanderungsprinzip, Zuzugssperre); und daß die Rechtsprechung den administrativen Kriterien folgt; (...)." (Hans Heinz Heldmann:„Ausländerrecht", 30; 1980 Köln)

Erst im Zusammenhang mit dem §19 AFG (Arbeitsförderungsgesetz) und der AEVO (Arbeitserlaubnisverordnung) gibt sich das Ausmaß der Bestimmungen des AuslGs zu erkennen. Der §19 AFG geht von dem allgemeinen Beschäftigungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt für ausländische ArbeitnehmerInnen aus, soweit nicht zwischenstaatliche Vereinbarungen etwas anderes bestimmen. „Bis 1981 war umstritten, ob die Ausländerbehörden die Aufenthaltserlaubnis mit Einschränkungen wie etwa:„Berechtigt nicht zur Arbeitsaufnahme" versehen können, mit bindender Wirkung für die Arbeitsämter, die daraufhin die Arbeitserlaubnis zu versagen hätten. Durch den 1981 verabschiedeten §19 Abs.2 wurde diese Bindungswirkung schließlich juristisch herbeigeführt. Eine „ausländerrechtliche Auflage" hat nunmehr Konsequenzen für die Erteilung oder Nichterteilung einer Arbeitserlaubnis." (Dieter Roman-Schüssler:„Das Arbeitserlaubnisrecht für Ausländer", 9; 1988 Berlin)

Damit wurden der von Arbeitslosigkeit betroffenen AusländerIn die „ökonomischen Daumenschrauben" angelegt, denn erlischt der Anspruch auf Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, kann der Lebensunterhalt nur noch von der Sozialhilfe bestritten werden.

Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe stellt jedoch nach dem AuslG §10 (1) 10 u. 11 eine Ausweisungsvoraussetzung dar:

„(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn (...)
10. er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet oder
11. seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt."

„Anwerbestopp", „Rückkehrförderung" und „Visumzwang"

Als im Jahre 1967 die Rezession einsetzte, mußten ca. 20% der ausländischen ArbeitnehmerInnen zurückkehren, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Im Zuge der Ölkrise wurde 1973 der offizielle Anwerbestopp verfügt. Eine Einreise war nur noch im Rahmen der Familienzusammenführung möglich. Einerseits beabsichtigte man damit, die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen einzufrieren und andererseits wollte man „die ins Blickfeld geratenen sozialen Probleme der Immigration wenigstens quantitativ in den Griff bekommen." (Vgl. Reader zum Kongreß in Ffm 1983) Jedoch blieben die „faktisch Eingewanderten"im Land und mit zunehmender Aufenthaltsdauer setzte der Ansiedlungsprozeß ein. Der Familiennachzug bewirkte ein Ansteigen der ausländischen Wohnbevölkerung und eine verstärkte Inanspruchnahme der Sozialleistungen. Deshalb wurde 1974 ein sogenanntes „Rückkehrförderungsprogramm" erwogen. Die Finanzierung sollte aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, und damit aus von ausländischen ArbeitnehmerInnen entrichteten Beiträgen, erfolgen. Die Bundesregierung war jedoch an bilateralen Abkommen, beispielsweise mit der Türkei, gebunden. Die Türkei ihrerseits verfolgte mit dem „Export von Arbeitskräften" u.a. den Abbau ihres Handelsbilanzdefizites. Langwierige Verhandlungen über die Höhe der zu zahlenden „Rückkehrprämien" wurden unausweichlich und das „Rückkehrhilfegesetz" konnte erst im Jahre 1983 vom Bundestag verabschiedet werden.

Grundsätzlich werden vom Arbeitsamt bei der Vermittlungstätigkeit sogenannte bevorrechtigte ArbeitnehmerInnen laut AEVO zuerst berücksichtigt. Dieser Personenkreis setzt sich wie folgt zusammen: Deutsche, EG-Mitglieder, heimatlose AusländerInnen und ausländische ArbeitnehmerInnen mit „Besonderer Arbeitserlaubnis". Im Falle einer zu verlängernden befristeten Arbeitserlaubnis konnte das Arbeitsamt nach Prüfung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes einen Antrag abschlägig bescheiden. Diese so konstruierte Arbeitslosigkeit mündete in die „Rückkehrwilligkeit" vieler ausländischer ArbeitnehmerInnen ein.

„Die Rückkehrprämie von pauschal 10.500.- DM finanziert sich vollständig aus den Ansprüchen aus Arbeitslosengeld für die ersten 6 Monate der Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die Prämie auch für jeden Monat, in dem „Rückkehrwillige" nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes noch in der Bundesrepublik bleiben und Arbeitslosengeld beziehen, um 1.500,- DM gekürzt. (...) Wer arbeitslosenhilfebedürftig oder sozialhilfebedürftig wird, verliert seine Aufenthaltserlaubnis, gleichgültig, wieviel er vorher geschuftet und an Sozialversicherungsbeiträgen eingezahlt hat." (Reader zum Kongreß, Ffm 1983)

Parallel versuchte man im Jahre 1982 über die Novellierung des AuslG s den Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung einzudämmen, indem der Familiennachzug eingeschränkt wurde. Beispielsweise wurde damals die Aufenthaltsgenehmigung für Kinder ab dem 6. Lebensjahr eingeführt. Die aktuelle Fassung des AuslG s sieht inzwischen sogar die Aufenthaltserlaubnis für Kinder unter 6 Jahren vor. Besonders „pikant" wirkt sich angesichts von herrschender „Wohnungsnot" in der BRD, der nach dem AuslG geforderte Nachweis über ausreichend qm Wohnraum als Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis aus. Diese Fassung des AuslGs tritt im Januar 1991 in Kraft.

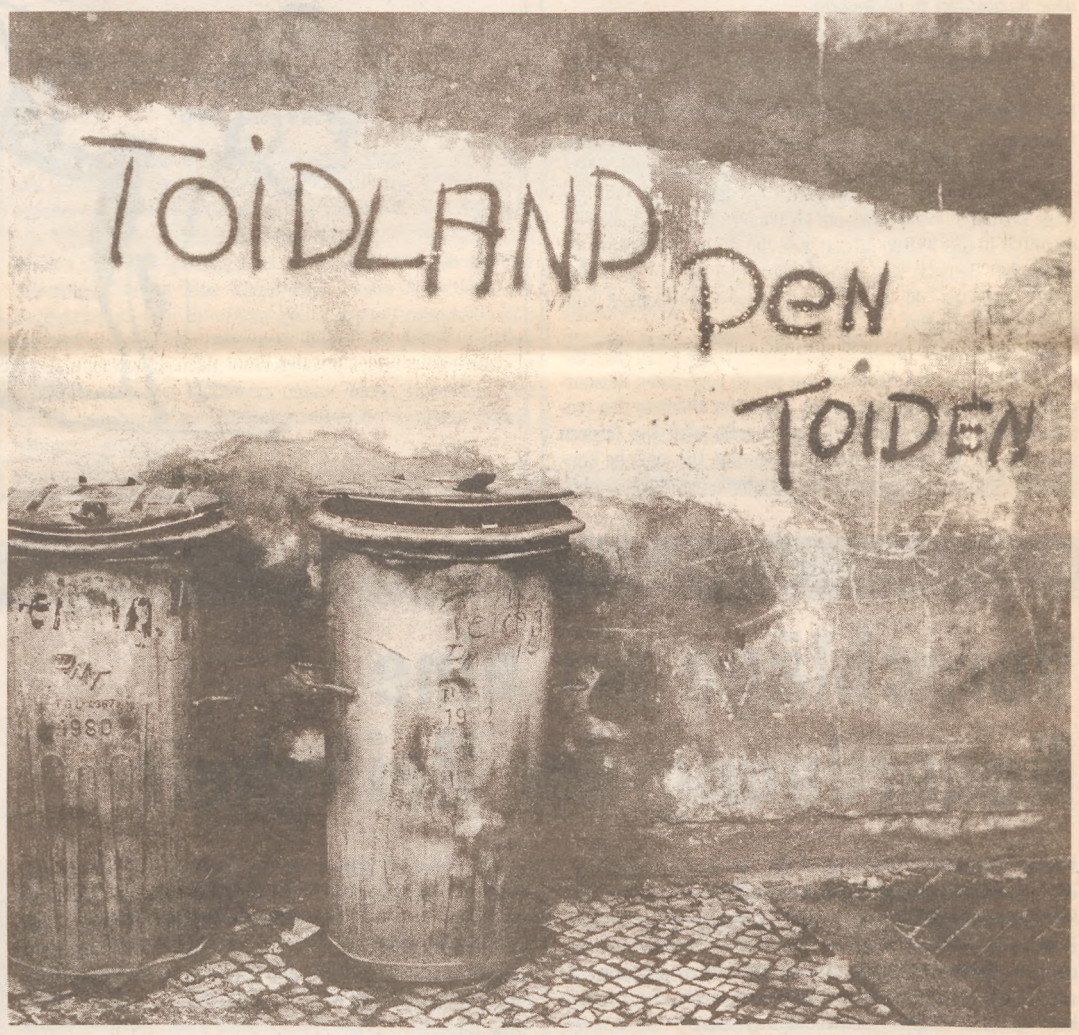
Unterdessen versuchte die Bundesregierung dem „Weltflüchtlingsproblem" zu begegnen und die Zahl der Asylbewerber zu begrenzen. Die Abschottung des Arbeitsmarktes und die Eskalationen an den „Konfliktherden" der Welt ließen immer mehr Menschen um Asyl in der BRD nachsuchen. Mit der Einführung des Visumzwangs im Jahre 1980 wurde die Einreise von Flüchtlingen aus den „Krisenregionen" gezielt gestoppt. Vor diesem Hintergrund war auch die Novellierung des Asylverfahrensrechts im Jahre 1982 zu verzeichnen.

aufhält." (AsylVfG §11 (1); Unterstreichung stammt von mir)

Diese Fassung des AsylVfG aus dem Jahre 1982, welche die faktische Abschaffung des Asylrechts einleitete, wurde zunächst befristet bis 1984 verabschiedet. Im Jahre 1984 wurde die Befristung bis 1988 verlängert und am 10. Juni 1988 hat dem Bundestag in erster Lesung ein Entwurf zur Novellierung vorgelegen, der u.a. die völlige Aufhebung der Befristung vorsah. (Vgl. BT-Plenarprotokoll 9/88) Nunmehr erfolgte die Festschreibung bzw. sieht das aktuelle AsylVfG die Aufhebung der Befristung hinsichtlich der Regelungen über das beschleunigte Verfahren bei offensichtlich unbegründeten Asylanträgen vor (§§ 11,45 Abs.2 AsylVfG). Zugleich ist Asylbewerbern die Möglichkeit, Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen über Prozeßkostenhilfe einlegen zu können, genommen (§ 32 a AsylVfG).

Sollte es dennoch wider Erwarten einem Flüchtling gelingen, in den Besitz eines Visums zu gelangen und legal in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu können, muß er mit der unmittelbaren Abschiebung rechnen, weil sein Asylantrag „offensichtlich unbegründet" ist. Hier gibt sich die ganze Absurdität zu erkennen, denn erstens erhalten „politisch Verfolgte" in den Herkunftsländern kein Visum geschweige denn Ausweispapiere, und zweitens wird ein Flüchtling kaum mit offizieller Genehmigung seiner Landesbehörden ins Ausland reisen können. Vielleicht beschränkt sich ein Grundrecht auf politisches Asyl in der BRD inzwischen auf die Aufnahme von DiplomatInnen oder anderen hochgestellten „politischen" Persönlichkeiten.

Die Relevanz eines Asylantrages im Sinne von Art.16 GG hängt maßgeblich vom Vorverständnis der in der BRD befaßten Behörden ab. Der Begriff der „politischen Verfolgung" ist ausle-



In Weimar 1990 — Foto aus: Netzwerk-Rundbrief Nr.51

„Wirtschaftsflüchtling" oder „politisch Verfolgte", das ist hier die Frage

Es ist wieder vermehrt die Rede von „Scheinasylanten" oder „Wirtschaftsflüchtlingen" und die „Volksseele beginnt zu kochen". Medien und ParlamentarierInnen stehen in der gemeinsamen Verantwortung. Nicht erst am Vorabend der Bundestagswahlen gerieten AsylbewerberInnen zum Opfer von Wahlkampfstrategien. Bereits im Zusammenhang mit der Novellierung des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) im Jahre 1982 war die politische Instinktlosigkeit von ParlamentarierInnen nicht mehr zu überbieten. Zur Klärung des Sachverhaltes ziehen wir den §11 (1) AsylVfG heran, wo 1982 ein Passus über „offensichtlich unbegründete Asylanträge" aufgenommen wurde, um einem sogenannten Mißbrauch von Art. 16 GG „Grundrecht auf Asyl" vorzubeugen:

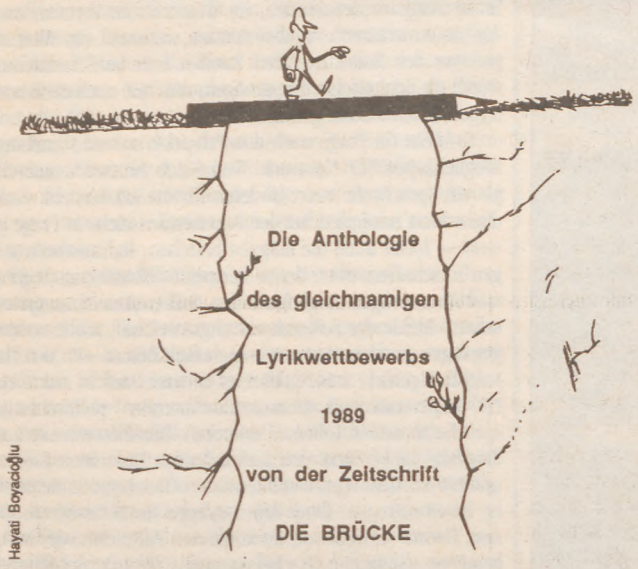
„(1) Hat das Bundesamt einen Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, ist der Ausländer zur unverzüglichen Ausreise verpflichtet, wenn er nicht im Beseitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung ist oder wenn ihm nicht ungeachtet der Entscheidung über seinen Asylantrag der Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes ermöglicht wird. Ein Asylantrag ist insbesondere offensichtlich unbegründet, wenn nach Umständen des Einzelfalles es offensichtlich ist, daß sich der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen, im Geltungsbereich des Gesetzes gungsbedürftig und die Administration folgt im Wesentlichen den Vorgaben einer politischen Ökonomie, die von Menschenwürde abstrahiert. Es ist jedenfalls nicht ersichtlich, daß die „Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland" daran dachten, Flüchtlingszahlen einzuschränken oder nach Verfolgungsarten zu unterscheiden. Längst hat sich eine „Subjustiz" des demokratischen Rechtsstaates bemächtigt. Wenn dieses zutrifft und von einer „Politisierung" liberalen Rechts gesprochen werden kann, so kann es auch nur eine sozialpolitische Lösung des Problems geben bzw. ist der juristische Apparat vollkommen überfordert. Die dringliche Aufgabe besteht zunächst darin, eine ausreichend informierte Gegenöffentlichkeit herzustellen, Arbeitskreise zum „Asylrecht" auf kommunaler Ebene zu gründen und auf Landes- sowie Bundesebene zusammenzufassen. Mitglieder solcher Arbeitskreise könnten bespielsweise „Patenschaften" übernehmen und AsylbewerberInnnen während des laufenden Verfahrens begleiten. Bei einer drohenden Abschiebung wäre auf schnellstem Wege eine breite Öffentlichkeit hergestellt. Außerdem könnten Projekte (z.B. Wohnprojekte) aufgebaut oder Projektinitiativen, die in diese Richtung gehen, unterstützt werden. Gegenwärtig wird von der „ASH-Krebsmühle" ein solcher Versuch unternommen.

Die Handhabung von Grundrechten, wie das des Grundrechts auf Asyl, ist kein „ausländerspezifisches Problem", sondern ein wirtschafts- und sozialpolitisches. Zudem gilt es für die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland einzutreten, denn was heute den ausländischen ArbeitnehmerInnen und AsylbewerberInnen geschieht, geschieht bald deutschen ArbeitnehmerInnen. Ausländische ArbeitnehmerInnen und AsylbewerberInnen sind nur „ProbantInnen". ●

Anzeige

Unterwegs - Spur um Spur

Gedichte im Aufbruch



Hrsg. von DIE BRÜCKE e.V. - Nachrichten • Meinungen • Kultur, für Gleichberechtigung und Völkerverständigung - und Buntstift e.V.; ca. 80 Seiten für DM 16.80, ab Dezember 1990 im Buchhandel oder über DIE BRÜCKE, Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken zu beziehen.

ASYL IST MENSCHENRECHT

Flüchtlingsintegration im Kommuneprojekt

Die Planung für ein „Wohnheim mit wohnungsähnlichem Charakter" für AsylantInnen innerhalb der ASH-Krebsmühle steht schon seit einigen Monaten. Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt über eine vertragliche Absicherung des Projekts laufen zur Zeit – und die Krebsmühlenleute haben dabei eine Menge Ideen für einen ganz neuen Typus von „Wohnheim" vorzustellen.

Karl Bergmann, ASH-Krebsmühle ● Vor dem Hintergrund eigener existenzieller Überlegungen glauben wir nicht, daß es Menschen leicht fällt, ihre Heimat, das soziale Umfeld, die eigene Kultur hinter sich zu lassen und in ein fremdes Land zu gehen. Was auch im einzelnen an Motiven dahinter stehen mag: Wir glauben nicht, daß uns ein Urteil darüber zusteht. Angesichts der jüngeren deutschen Vergangenheit verspüren wir darüber hinaus eine verstärkte Verpflichtung gegenüber Flüchtlingen und eine erhöhte Sensibilität in Bezug auf das Recht des Flüchtlings, in diesem unserem Land um Hilfe und Aufnahme zu bitten. Die Quotierung von Asylanträgen an und für sich und Anerkennungsquoten von um die drei Prozent sind unwürdig. Noch beschämender finden wir, wie mit den Hilfe suchenden Menschen während der Antragsprüfung und auch nach der Anerkennung umgegangen wird. Der menschliche Umgang mit den Betroffenen ist sicher nicht behördlicherseits bürokratisch zu organisieren und zu verwalten. Es bedarf privater Initiative und privaten Engagements zur Gastfreundschaft und zur Integration.

Behördlicherseits sind dazu lediglich Mittel zur Verfügung zu stellen – und wir finden, daß die von Kommune und Land für diesen Zweck bereitgestellten Mittel durchaus ausreichend sind, hier auf privater Grundlage eine anständige Arbeit zu leisten.

Daß stattdessen mit Mühe und Not gerade noch die »Unterbringung« von Flüchtlingen organisiert wird und daß aus dieser Unterbringung auch noch ein regelrechtes Geschäft geworden ist, ist uns – jenseits von Spekulationen – schlicht unverständlich. Warum nehmen nicht die in genügender Zahl vorhandenen sozial engagierten Menschen das verfügbare Geld und machen damit eine anständige Arbeit, sondern überlassen die Aufgabe Spekulanten, die darüber aus menschlicher Not noch ein dickes Geschäft machen?

Das Projekt

Der Verein Hilfe zur Selbsthilfe, Besitzer des Krebsmühlen-Geländes, ist seit Jahren dabei, die ehemaligen Fabrikräume und die Relikte der alten Mühlengebäude zu neuen Räumen mit moderner Gewerbe- und mit Wohnnutzung um- und auszubauen. Diese Arbeit ist in Bezug auf die vorhandenen Gebäude sehr weit fortgeschritten. In einer letzten Ausbaustufe sollen 360 qm Wohnraum auf drei Stockwerken entstehen. Diese Räume sollen die Ausgangsbasis des geplanten Flüchtlingsprojekts sein – maximal 26 Menschen sollen hier Unterkunft in einem Wohnheim mit wohnungsähnlichen Charakter finden. Familien mit Kindern wollen wir uns dabei verstärkt widmen, auch deshalb, weil uns im Zuge der Projektplanung klar geworden ist, daß es sich hier um eine noch zusätzlich benachteiligte Personengruppe handelt.

Für sämtliche Räume ist die Wohn-Nutzung genehmigt. Die Umnutzung in ein Wohnheim muß neu beantragt werden. Eine entsprechende Begutachtung durch Kreisgesundheitsamt etc. hat bereits stattgefunden; die Nutzung als Wohnheim wurde nicht nur gebilligt, sondern fand bei den beteiligten Behörden ausgesprochenen Beifall.

Über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten haben wir der Stadt Frankfurt diese Räume zur Belegung mit Flüchtlingen angeboten – bei der gegenwärtigen politischen Konstellation im Hochtaunus-Kreis kommt für uns dort ein solches Angebot nicht in Frage. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten sollte die Trägerschaft über das Projekt übernehmen, damit die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch bei der Entwicklung weitergehender Perspektiven erkennbar wird. Vertraglich abgesichert soll einerseits sein, daß die Maximalbelegungsgrenze nicht überschritten wird, andererseits muß von Seiten der Stadt eine Belegung von 90% garantiert werden, um das Projekt möglich zu machen.

Zahlenspiele

Für den Um- und Ausbau der Wohnungen, deren Möblierung etc. braucht der Verein Hilfe zur Selbsthilfe eine Summe von rund 500.000,– DM. Diese kann er – auf der Grundlage der erwähnten vertraglichen Voraussetzungen (Belegungsgarantie) – von jeder Bank leihen. Geht man davon aus, daß die gesamte Summe in 5 Jahren (Vertragsende) zurückgezahlt sein muß, belastet sich der Verein mit diesem Vorhaben mit Zins- und Tilgungslasten von rund 750.000,– DM. Für den laufenden Monat heißt diese Belastung eine Summe von 12.500,– DM. Abgesehen davon, daß der Verein dann aber bereits nach 5 Jahren den gesamten Ausbau amortisiert hat, verbleibt bei dem derzeitigen Satz von 25,– DM je Flüchtling und »Unterbringungs«tag (= ca. 20.000,– DM/Monat bei Vollbelegung) monatlich für den Verein eine Summe von rund 7.500,– DM, aus der im wesentlichen die aus der »Unterbringung« entstehenden Umlagen (Energie, Wasser/Abwasser, Heizung, Müll etc.) zu zahlen sind. Dies ist einmal der rechnerische Hintergrund unserer Überzeugung, daß die staatlich aufgebrachten Mittel durchaus ausreichend sind (wenn man sich dazu die »normalen« Unterbringungsverhältnisse ansieht, versteht man, in welchem Ausmaß hier Geschäfte gemacht werden). Zum anderen meinen wir, daß in dieser Summe genügend Mittel dazu stecken, über eine menschenwürdige Unterbringung hinaus integrative Arbeit zu leisten – dann nämlich, wenn der Flüchtlings-Mieteinnahme-Topf als Budget begriffen wird, aus dem heraus weder privater Profit noch anderweitige Vereinsaufgaben getragen werden müssen. Beim konkret angestrebten Projekt soll der »Überschuß« vor allem dazu dienen, eine Betreuerstelle voll zu finanzieren.

Integration – aber wie?

Jemanden oder sich selbst in fremde Zusammenhänge zu integrieren ist immer ein Prozeß, der mit Lernen verbunden ist. Bei der Integration ausländischer Flüchtlinge in deutsche Zusammenhänge ist dies besonders deutlich: Ohne das **Erlernen** der deutschen Sprache sind integrierende Prozesse nicht denkbar.

Lernen wiederum setzt zum einen gewisse Fähigkeiten, vor allem aber und wesentlicher positive Motivation, Lernwillen voraus. Natürlich werden auch wir Sprachkurse durchführen bzw. die Möglichkeit zur Teilnahme an laufenden Kursen organisieren. Unsere langjährige Erfahrung mit italienischen, griechischen und türkisch-kurdischen Arbeitsemigranten im Rahmen der Krebsmühle-Betriebe (die Selbstverwaltung in der Krebsmühle unterscheidet sich von jeher von der anderer »Alternativ«betriebe dadurch, daß bei uns Arbeitsemigranten einen hohen Prozentsatz am jeweiligen Bestand der Gruppe/der Belegschaften halten) zeigt aber, daß sich die sprachlichen Fähigkeiten sehr viel schneller und leichter in der täglichen konkreten Zusammenarbeit entwickeln. Es wird darauf ankommen, das Flüchtlings-Ghetto zu durchbrechen, sprich: eine Vielfalt von Angeboten zur (mit Deutschen) gemeinsamen täglichen Lebens- und Arbeitspraxis zu entwickeln. Zwanghaft läuft nichts – solche Angebote müssen unmittelbaren Bezug zur Flüchtlingsrealität allgemein bzw. zur Realität der bei uns lebenden Flüchtlinge haben. Das Gelände der Krebsmühle mit den vorhandenen Betrieben bietet eine Menge denkbarer – und vor allem: verschiedener, unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechender – Ansätze zu einer Integration, die den zu Integrierenden Spaß machen sollte.

Lebensraum gewinnen und gestalten

Abgesehen davon, daß das äußere Erscheinungsbild der Krebsmühle noch lange nicht dem entspricht, was es einmal darstellen soll, sprich: daß hier eine Menge praktischer Arbeit zu bewältigen ist, läßt die Planung für die Nutzung des Außengeländes hier noch erhebliche Spielräume. Annähernd 15.000 qm sind ungenutzt und stehen für diverse Maßnahmen zur Verfügung. Möglich wäre:

○ **Planung und Bau eines Sportplatzes**, einmal für die Bewohner und Mitarbeiter des Geländes, zum anderen zur Kontaktpflege nach außen (Fuß-, Handballspiele mit anderen Amateurklubs).

○ **Planung und Bau eines Abenteuerspielplatzes**, für die Kinder der Flüchtlinge, alle anderen auf dem Gelände lebenden Kinder (hier findet traditionell ein reger Austausch mit den Kindern der **Freien Schule Frankfurt** statt) und auch für die **»Abenteuerkinder«** der freien Kindertagesstätte, die ab Januar mit 30 mehrsprachig erzogenen Kindern unter Einbeziehung auch behinderter Kinder in der Krebsmühle ihren Betrieb aufnehmen wird. Zumindest den Kindern der Flüchtlinge sollte die Integration leichtfallen.

○ **Aufbau einer Tierhaltung** in begrenztem Umfang. Diverses Federgetier flattert schon seit geraumer Zeit auf dem Krebsmühlenanwesen herum. Drei Gänse, 10 Enten, Perlhühner, Hühner und Hähne, Schafbock Billy, Riesenschnauzer »Dikker« und eine ständig wachsende Zahl von Katzen und Katern bevölkern das Gelände und sind eindeutig der Meinung, daß dieses Gelände ihnen gehört. In gewissem Umfang läßt sich die Zahl der Tiere noch vergrößern, und vielleicht findet sich ja wirklich mal jemand, der in der Lage ist, eins der Tiere auch zu schlachten und zu essen.

○ **Anlage eines Fischteiches.** Ein kleiner Teich, gespeist aus dem Urselbach, ist bereits vorhanden. Mit relativ geringem Aufwand könnte daraus eine schöne Anlage entstehen, bei der neben der Schönheit und dem Erholungswert auch ein gewisser praktischer Nutzeffekt (Fischzucht) erreicht werden könnte. Hier läge schon eine Möglichkeit, das »Budget« des Flüchtlingsprojektes in Selbsthilfe auszuweiten.

○ **Gartenbau.** Das Gelände ist groß genug, eine stattliche Zahl von Gärten entstehen zu lassen, so es denn Interesse an einer solchen Aufgabe (oder an den dort erzeugten Lebensmitteln, die man immerhin nicht kaufen muß) gibt.

Im Kontext dieser beispielhaft geschilderten Möglichkeiten könnte sich für einige Flüchtlinge die Übernahme von Arbeiten auf dem Gelände entwickeln, die einerseits notwendig und sinnvoll, zum anderen aus der gegebenen Gesamt-Ökonomie nicht oder nur kaum zu bewältigen sind. Bei den folgenden Beispielen könnte ein Teil der Motivation daraus resultieren, daß ein gewisser Beitrag für das **»Flüchtlings-Budget«** erwirtschaftet wird. Es könnte sich handeln um die Pflege des Gesamtgeländes, die Organisation der Versorgung, z.B. durch den Aufbau einer Food-Coop, Kantinenverpflegung, u.v.m..

Gemeinsam lernen

Das verschärfte Interesse des Vereins Hilfe zur Selbsthilfe gilt seit einiger Zeit Überlegungen zum sparsamen Umgang mit Ressourcen bzw. zum Recycling. Ein schon konkret gestartetes Projekt des Vereins ist der von uns gemeinsam mit einem bekannten Frankfurter Abfallbeseitigungsunternehmer unternommene Versuch, über das normale Rohstoffrecycling hinaus diejenigen Materialien einer erneuten Verwendung zuzuführen, in denen zusätzlich wiederverwertbare Arbeit steckt, Dinge also, die von ihrer Funktion, Form oder Bauart her auch nach ihrem **»ersten Leben«** neue Nutzer und Abnehmer finden. Noch stärker als wir – so unsere vielleicht falsche Vorstellung – sollten Flüchtlinge in der Lage sein, kreativ mit solchen Materialien umzugehen und neue Verwendungen zu (er)finden. In diesem Bereich, der sich in Zukunft stark ausweiten wird, steckt ein gemeinsames Lernfeld mit interessierten Flüchtlingen.

Das Gleiche gilt für das Kompostieren unserer Haus- und Restaurantabfälle sowie für den Plan, das Regenwasser zu recyclen – auch dies für uns Neuland und potentielles gemeinsames Erfahrungsfeld.

Für unser immerhin fast 300 Personen fassendes Zirkuszelt haben wir derzeit – außer sporadischem Verleih und der Durchführung vereinzelter Veranstaltungen, wie z.B. dem diesjährigen Weihnachtsmarkt in der Krebsmühle – keine stringente Nutzungsplanung. Die hier gegebenen Möglichkeiten reizen natürlich zu einiger Phantasie. Durchführbar wären:

○ **Feste anderer Kultur.** Der eine oder die andere erinnert sich vielleicht noch an die Chile-und sonstwie -Feste, die in der Krebsmühle, noch zu Zeiten des alten ASH-Cafés, durchgeführt wurden. Dies lief damals immer so ab, daß – in Solidarität zu den jeweiligen Gruppen – den diversen Gruppen unser Café nebst Küche überlassen wurde. Die gesamte Festorganisation, die Organisation von Essen, Getränken, Musik sowie die Einnahmen lagen in Händen der jeweils durchführenden Gruppe. Diese Feste hatten einen guten Ruf, waren immer gut besucht, haben Spaß gemacht und waren Ansatz zu gegenseitigem kulturellen Verständnis. Dasselbe unter geändertem Vorzeichen ist die Idee, »unseren« Flüchtlingen das Zelt für solche Feste zur Verfügung zu stellen – als Treffpunkt der Kulturen und unter den Kulturen.

○ **Ausstellungen.** Es ist immer wieder ein Unterschied, allgemein über Flüchtlinge und den Grund ihrer Flucht zu sprechen oder nachzudenken und der direkten, konkreten Schilderung einer Lebenssituation. Nach unserer Erfahrung sind Flüchtlinge hochmotiviert, über die Situation in ihrer Heimat zu sprechen. Das Zelt böte ihnen die Möglichkeit zur Darstellung dieser Situation für ein größeres Publikum.

○ **Informationsveranstaltungen.**
In gewissem, verkraftbarem Umfang bieten die Betriebe der Krebsmühle die Möglichkeit, praktische Fähigkeiten und berufliche Qualifikationen »learning by doing« zu erwerben. Dies trifft vor allem zu für Schreiner-/Restaurierungsarbeiten sowie alle Tätigkeiten, die mit dem Baugewerbe zu tun haben, denn gebaut wird bei uns noch lange Zeit werden.

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Projekt – so beschrieben – setzt sehr auf die Bereitschaft einzelner (und möglicherweise immer anderer) Flüchtlinge, die Lethargie der Wartezeit durch selbstgewählte, kreative Aufgaben zu überwinden. Denn selbstverständlich wird die Realität nicht so aussehen, daß von heute auf morgen, mit dem Einzug der Flüchtlinge, plötzlich dieses geballte Leben in der Krebsmühle Einzug hält. Der Verein kann nur Angebote machen. Die Akzeptanz und positive Mitarbeit der Belegschaft in den diversen Betrieben der Krebsmühle ist eine Voraussetzung. Ob und wann sich die in der gewünschten Form eingestellt hat, hängt außerdem stark ab von den konkreten Menschen, die in unserem Wohnheim ein Zuhause finden.

Es mag ja auch sein, daß wir naiv sind: Den Typ Flüchtling aber, von dem in Zeitungsberichten immer als faul, laut, drekkig und drogensüchtig die Rede ist, haben wir bisher noch nicht kennengelernt. Sondern waren bisher noch jedesmal überrascht, wie schnell sich über die tägliche Arbeit trotz erheblicher Sprachbarrieren positive Kontakte entwickelt haben, wie konsequent und motiviert gearbeitet wurde und wie verantwortungsvoll einmal delegierte Aufgaben wahrgenommen wurden.

Nun kann echte Motivation, vor allem Motivation zur Beteiligung an Aufgaben, die eine **Gemeinschaft** stärken, natürlich nicht entstehen, wenn dabei dauernd im Hinterkopf der Frust darüber oder die Angst davor arbeitet, von heute auf morgen irgendwo ganz anders hin verschoben zu werden. Ganz wichtig ist uns also die Zusicherung der Behörden, daß – abgesehen von einer Ablehnung des Asylantrags – Umlegungen nur mit ganz triftigen Gründen, sprich: in der Regel überhaupt nicht, passieren.

Perspektiven

Die obige Liste von Integrationsmöglichkeiten, die überhaupt nicht vollständig ist und zum Beispiel »Normalfälle« wie Hausaufgabenhilfe etc. bewußt nicht enthält, wird bei positivem Verlauf des Experiments ein **Wohnheim mit wohnungsähnlichem Charakter** schaffen, wie man es sich beispielhaft vorstellt (und damit hoffentlich genügend Nachahmer in Form privater Träger mit sozialer Verantwortung finden). Dennoch handelt es sich natürlich um eine begrenzte Geschichte. Der oder die Flüchtling befindet sich befristete Zeit in diesem Zusammenhang. Er/sie wird anerkannt oder nicht und muß auf jeden Fall hinterher das Wohnheim verlassen. Was geschieht »danach« – mindestens mit denen, die glücklicherweise anerkannte Flüchtlinge werden durften (3%)?

Ein sinnvolles Wohnheim-Projekt muß in sich selbst schon den Gedanken an die dann kommende Situation des Flüchtlings beinhalten. Wir werden sicherlich in der Krebsmühle nach bezahlbarem und dauerhaftem Wohnraum für die anerkannten Flüchtlinge suchen. Möglicherweise lassen sich auch Arbeitsplätze außerhalb finden. Sicherer ist allemal, im eigenen Wirkungskreis und Gestaltungsbereich nach Alternativen zu suchen. Trotz der derzeit noch sehr eingeschränkten räumlichen Möglichkeiten in der Krebsmühle, für die es bis auf weiteres, da Stadtrand-Lage, keinen Bebauungsplan gibt, könnte ein Flüchtlingsdorf aus Fertigbauten (Container-Dorf) entstehen. Mit ein bißchen Good-Will der zuständigen Baubehörden könnte der Umbau der Hofgebäude weiteren Wohnraum schaffen. Auch auf den Flachbau des Kerngebäudes ließe sich noch eine Wohneinheit planen.

Wie weit sich diese Planungen auf zusätzlichen Wohnraum auf dem Krebsmühlengelände selbst (mit dem die erste Stufe des Wohnheims sozusagen stetige »Durchlauferhitzer-Funktion« bekäme) realisieren lassen, hängt weitgehend nicht von uns, sondern von den Beschränkungen durch die verantwortlichen Planungs-, Bau- und Umweltbehörden ab. Wichtig wäre uns dabei prinzipiell (und hiermit bekunden wir unsere uneingeschränkte Bereitschaft zu solchen Plänen), daß **sozialer, bezahlbarer Wohnraum** entsteht. Bei Quadratmeter-Mieten ab 15 DM (und die haben tatsächlich auch was zu tun mit den immens hohen Erstellungskosten) sind Sozialhilfeempfänger – und dies bleiben die meisten anerkannten Flüchtlinge – ohne Chancen, vor allem Familien. Wenn in der beschriebenen Weise irgendwann auf dem Krebsmühlengelände die erste Stufe des Flüchtlingsprojekts um eine Ausbaustufe ergänzt werden soll, geht das nur zu Mieten auf Sozialwohnungsniveau. Die Voraussetzungen dazu wären zu schaffen. ●

DREI JAHRE INTIFADA

Es gibt kein Zurück

42 Jahre Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes.

Roger Hasenbein, Redaktion Heidelberg ● Seit nunmehr drei Jahren dauert der Volksaufstand der PalästinenserInnen im besetzten Palästina an. Von Tag zu Tag und von Ort zu Ort haben sich die Massenproteste, die am 8./9. Dezember 1987 ausgebrochen waren, ausgebreitet, vergrößert und gefestigt.

Heute können wir feststellen, daß einige der wichtigsten Errungenschaften der Intifada bereits in den ersten Monaten geschaffen wurden: die überwältigende Massenmobilisierung eines ganzen Volkes, die Beteiligung der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen, der Aufbau und die Festigung eines Widerstands- und Selbstversorgungsnetzes, dessen Struktur der Besatzungsmacht nicht genau bekannt ist, die Zerstörung der Legende vom „demokratischen Israel" und die wachsende internationale Kritik an der zionistischen Besatzungspolitik. In den Kämpfen hat sich ein neues Selbstbewußtsein herausgebildet und eine neue Führungsstruktur, die im besetzten Palästina lebt und agiert. Und es gelang, die legitimen Forderungen der PalästinenserInnen nach Rückkehr und Selbstbestimmung wieder in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu bringen.

Auf die Entschlossenheit und Ausdauer der Intifada antwortet der zionistische Staat mit verstärktem Terror. Über 60.000 PalästinenserInnen wurden seit Beginn der Intifada in Konzentrationslager und Gefängnisse verschleppt. Die Sprengung von 1.500 Häusern, Ausgangssperren, Vergiftung von Trinkwasser, 6.000 durch das gezielte Brechen von Knochen und Prügel verkrüppelte PalästinenserInnen und 1.600 Ermordete sind die schreckliche Bilanz von drei Jahren zionistischem Terror.

Darüberhinaus reagierte „Israel" mit der Bildung einer Kriegsregierung auf die Intifada. Der Sicherheitsausschuß dieser Regierung beschloß auf einer Sitzung mit den zur Bekämpfung der Intifada zuständigen Offizieren einen Plan mit folgendem Inhalt:

- Entsendung von zusätzlichem Militär in die Westbank und Gaza
- Schießbefehl auf jede(n) PalästinenserIn, der/die verdächtigt wird, Steine geworfen zu haben, natürlich mit scharfer Munition
- Intensivierung der Deportationen ohne Rücksicht auf das Alter
- besondere Befugnisse und Aufgabenbereiche für Sharon (er ist als Wohnungsbauminister für Besiedlung, d.h. Raub palästinensischen Bodens verantwortlich; berühmt-berüchtigt wurde er als Kriegsminister und Verantwortlicher für die Massaker von Sabra und Shatilla 1982 im Libanon)
- *Bewaffnung der Siedler mit modernsten Waffen*
- verstärkte Einwanderung und Ansiedlung jüdischer Sowjetbürger.

Diese Verbrechen werden täglich mit Millionen von Dollar finanziert, die dem zionistischen Staat von seinen imperialistischen Verbündeten (USA und BRD) zur Verfügung gestellt werden. Neben den USA trägt die BRD einen großen Anteil zum Aufbau und Ausbau des zionistischen Staates bei. Auch der DGB unterhält beste Beziehungen zur rassistischen israelischen „Gewerkschaft" Histadrut („jüdische Arbeit, jüdische Waren, jüdischer Boden"). Daneben wird weiterhin massiv propagandistisch für „Israel" geworben. Antizionistische Aufklärung ist verpönt, prozionistische Propaganda dagegen an der Tagesordnung. In den öffentlichen Diskussionen, auch in Teilen der Linken, gilt das Interesse mehr dem Erhalt des zionistischen Siedlergebildes als der Unterstützung des palästinensischen Volksaufstandes.

Organisation und Struktur der Intifada

Die Intifada kennzeichnet eine wichtige Wende im Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung. Das Scheitern von regionalen und internationalen „Lösungsvorschlägen" hat den PalästinenserInnen gezeigt, daß diese nur dazu dienten, das Volk zu täuschen und vom Kampf abzulenken. Diese Erkenntnis hat die Menschen in den besetzten Gebieten veranlaßt, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Das palästinensische Volk ist nicht mehr bereit seine Belange in die Hände der arabischen Regime oder bourgeoiser „Vermittler" zu geben. Dieser

alle Fotos aus: Al Karamah Nr.14

Tatsache muß auch die PLO Rechnung tragen, deren extrem auf Diplomatie ausgerichtete Politik bisher nicht den geringsten Erfolg gebracht hat und sowohl an der harten Haltung „Israels" als auch der USA gescheitert ist.

Angesichts der besonderen Situation, in der das palästinensische Volk lebt – d.h. unter direkter Fremdherrschaft – stellt die Intifada in ihrem Aufbau und ihrer Funktionsweise die einzig treffende Art des Widerstands dar.

Wichtiges Instrument des Aufstandes ist die Vereinigte Nationale Führung (VNF). Sie wurde unmittelbar nach Aufstandsbeginn gebildet. Die VNF wird von allen Gruppen und Schichten des palästinensischen Volkes anerkannt. In ihr sind alle palästinensischen Organisationen vertreten. Die VNF unterstützt die PLO als die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.

Die wesentlichen Säulen der Intifada sind:

A. Die Volkskomitees
Sie sind die Exekutivkräfte der Intifada. Sie werden vom Volk in den Stadtteilen, Flüchtlingslagern und Dörfern gebildet. Ihre Aufgabe ist die Organisierung des Kampfes und des Alltages.

1. **Kampftruppen:** Sie führen mit einer bestimmten Taktik die Verteidigung und Konfrontationen durch und kontrollieren die Durchführung des Kampfprogramms,
2. **Versorgungskomitees:** Sie sollen die Versorgung mit Lebensmittel der belagerten Dörfer, Flüchtlingslager und Städte gewährleisten.
3. **Gesundheitskomitees:** Ihnen obliegen die medizinische Versorgung von Verletzten zwecks Verhinderung ihrer Festnahme, regelmäßiger Besuch der belagerten Gebiete zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung, medizinische Aufklärung sowohl in Bezug auf Krankheiten und Schwangerschaften als auch in Bezug auf Giftgasangriffe und Schußverletzungen.
4. **Volksbildungskomitees:** Wegen immer wiederkehrender Schließung der Schulen und Lernstätten durch die Zionisten wird der Unterricht von freiwilligen Lehrkräften erteilt.
5. **Schieds- und Versöhnungskomitees:** Sie sind für die Lösung von Problemen und Streitigkeiten zuständig.

B. Die Selbstversorgung.
Die zionistische Politik hat das Ziel, die palästinensische Infrastruktur und Arbeit zu zerschlagen und die besetzten Gebiete als Absatzmarkt für ihre Produkte zu vereinnahmen. Dies geschieht durch Beschlagnahmung von fruchtbarem Boden. Raub von Bodenschätzen, Verbot der Errichtung von Produktionsstätten, Verbot von Geldeinfuhr, Erhebung von Steuern u.s.w.. Das palästinensische Volk ist sich dieser Politik bewußt. Daher hat die Intifada als wichtigstes Kampfmittel den Boykott „israelischer Waren" eingeführt und ist zur Selbstversorgungswirtschaft übergegangen. Selbstversorgungseinrichtungen sind: Viehfarmen, Obstplantagen und Gemüsegärten sowie Heimwerkstätten; Verzicht auf Luxusartikel, gegenseitige Unterstützung (der/die mehr hat, gibt dem/der welche/r weniger hat), Preisherabsetzung seitens der Geschäftsleute.

C. Der zivile Ungehorsam.
Durchführung von Generalstreiks; begrenzte Ladenöffnungszeiten, Boykott von „israelischen Behörden" und „israelischen Waren"; Verweigerung der Bezahlung der Besatzungssteuer an die Besatzer; Versuch der Verringerung der Zahl palästinensischer ArbeiterInnen in „israelischen" Fabriken; materielle Unterstützung verarmter Familien.

D. Die Vielfallt der Kampfformen
Der Aufstand kennt alle möglichen und erdenklichen Kampfformen. Der Kampf gegen die Okkupation ist allumfassend. Von zivilem Ungehorsam bis hin zu bewaffneten Guerilla-Aktionen wird keine Widerstandsform ausgespart.

Ein besonders wichtiges Charakteristikum, das die Entschloßenheit deutlich macht, ist der bewaffnete Kampf. Trotz einfacher Waffen (Steine, Schleudern, Messer) haben die KämpferInnen die Angst vor Gewehren und Panzern verloren.

Die Grenzen der Intifada nach drei Jahren Kampf

Das dritte Jahr der Intifada deutet auf sehr grundlegende Probleme hin, den vielleicht schwierigsten seit Beginn des Volksaufstandes. „Zur Zeit brauchen wir unsere ganze Kraft, um das Erreichte zu erhalten" (ein palästinensischer Arzt in einem Gespräch im Mai 1990).

Die Volkskomitees stoßen in ihrer Arbeit immer wieder auf politische und materielle Grenzen. Der Aufbau palästinensischer Selbstversorgungsstrukturen unter den Bedingungen der Besatzung sind schon in der Planungsphase größten Schwierigkeiten ausgesetzt. Boykott und Ansätze zur Selbstverwaltung sind Mittel, den Protest auszudrücken und die Bevölkerung zu mobilisieren. Sie können aber nicht eine unabhängige Versorgung ohne Unterstützung von Außen sicherstellen. Angesichts der Kriminalisierung und Repression können die Volkskomitees nur im Untergrund arbeiten und nicht genügend weiterentwickelt werden. Angesichts des Ausmaßes der materiellen Notlage der meisten palästinensischen Familien sind die Komitees oft völlig überfordert.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß die Intifada als gesellschaftlich revolutionäres Handeln betrachtet werden muß, also als Kampfform und nicht als Endziel. Dies ist eine Tatsache, die die politische, militärische und ökonomische Unterstützung der Bevölkerung von Palästina erforderlich macht.

Die Ziele des Aufstandes

Der Volksaufstand hat seine eigenen Mechanismen entwikkelt. Im Laufe der Intifada hat sich eine politische, organisierte Massenbewegung gebildet. Diese hat zum Ziel, die besetzten Gebiete langfristig von den zionistischen Invasoren zu befreien und die politische Unabhängigkeit durchzusetzen. Alle Merkmale der Intifada zeigen, daß der Aufstand nicht eine Revolte gegen einen bestimmten Angriff der Zionisten ist, sondern daß er ein umfassender politischer Aufstand ist. Ein Aufstand des palästinensischen Volkes für Eigenstaatlichkeit, Rückkehr und Selbstbestimmung. Das palästinensische Volk und die PLO können zur Zeit zwar nicht die (militärische) Machtfrage stellen und den Zionismus und damit „Israel" zerschlagen, aber die Intifada ist ein gewaltiger Schritt in Richtung eines demokratischen, sozialistischen, multikonfessionellen Staates in Palästina, in dem Juden, Moslems, Christen und Atheisten gemeinsam leben können.

Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen Zionismus erfährt als untrennbarer Teil des Kampfes aller unterdrückten Völker deren volle Solidarität.

Die Intifada versteht sich als Teil des internationalen Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus. Deshalb bezieht das palästinensische Volk, wie alle arabischen Völker, in der aktuellen „Golf-Krise" auch eindeutig Stellung gegen die imperialistische Aggression, deren erste Opfer sie ebenso wie die Kurden bereits sind.

Dagegen geht es den imperialistischen Staaten – im Einklang mit den reaktionären arabischen Regimen – auch um das Zurückschlagen der Intifada, darum, ein Überspringen des palästinensischen Feuers auf die Volksmassen in den anderen Ländern zu verhindern. Die Legitimierung und Durchsetzung einer dauerhaften und direkten Nato-Präsenz in der arabischen Region muß als wichtigstes Ziel der Nato-Intervention am Golf verstanden werden. Gerichtet gegen die arabische Nationalbewegung, gegen die revolutionäre Entwicklung des Kampfes in Palästina, gegen den kurdischen Befreiungskampf und für die Absicherung der zionistischen und türkischen Expansion als die besten Garanten für den konterrevolutionären Status Ouo.

Wie sich die militärische Konfrontation in der Golfregion, durch die wieder einiges in Bewegung geraten ist, auf die Intifada auswirken wird, bleibt abzuwarten. Aber eines kann als sicher angesehen werden: Eine militärische Konfrontation wird die bestehenden Verhältnisse in der arabischen Region zum Tanzen bringen, und hinterher wird mit Sicherheit nichts mehr so sein, wie es vorher war. ●

Palästina-Kommitee Heidelberg

Palästinensische Kinder im Flüchtlingslager Jabalia im Gazastreifen

HÄNDLER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT LIBERACION IN LEHRTE

Handeln für Entwicklung und Frieden

Verglichen mit der coop Dortmund-Kassel e.G. ist die Verkaufsstruktur der Liberación e.G. – Handel für Entwicklung und Frieden i.Gr. – auf dem Stand des Jahres 1903 (2 Läden), der Umsatz liegt jedoch immerhin auf dem Niveau des coop-Jahres 1907/08 (ca. 1,3 Mio DM). Das Arbeitsvolumen ist den Jahren weit voraus, der Lohn hinkt hinterher.

Susanne Rieger, Redaktion Genossenschaft ● Die Liberación-Werkstatt für Entwicklung und Frieden e.V. wurde 1982 von verschiedenen lokalen 3. Welt-, Umwelt- und Friedensgruppen in Lehrte gegründet. Der Verein eröffnete einen Dritte Welt Laden, um gleichzeitig auch Räumlichkeiten für die politische Arbeit zur Verfügung zu haben. Durch den Verkauf von Produkten aus Projekten und Cooperativen in Entwicklungsländern sollen die Produzenten/innengruppen gefördert und den Menschen hier weltwirtschaftliche Zusammenhänge "begreifbar" gemacht werden.

Um noch näher an die Menschen in der provinziellen, niedersächsischen Kleinstadt Lehrte zu kommen, erarbeitete der Verein ein erweitertes Konzept. Es sah die Verknüpfung von 3. Welt-Laden mit Buchhandel und Café vor. 1987 zog er dann in eine zentralere Lage, in der auch die Umsetzung dieser neuen Ideen möglich war. Seit zwei Jahren führt nun die Liberación in Lehrte einen Weltladen mit Buchhandlung und Kulturcafe. Nachdem vor allem Hannoversche Besucher die Liberación immer wieder drängten, doch auch in Hannover aktiv zu werden, wurde schließlich als weiterer Schritt im Oktober 1989 in Hannover ein zweiter Laden eröffnet.

Die Stabilität der Liberación seit 1982 und ihr Engagement in überregionalen Zusammenhängen führten, zunächst eher zufällig, zum Aufbau eines Großhandelbereichs. Das erste Produkt war Kaffee aus Nicaragua, den die Liberación vor allem für 3. Welt- und Bioläden der Umgebung importiert.

Nach einer intensiven Perspektivdiskussion wurde entschieden, das Projekt Liberación auch im Großhandelsbereich auszubauen. Ein damit verbundenes Umsatzwachstum bringt Vorteile für die Produzentengruppen. Es ermöglicht zumindest den Leuten, die Arbeitsplätze im Projekt bekommen können, Arbeit und politische Vorstellungen miteinander zu verbinden. Außerdem wird durch besseren Lieferservice den Gruppen aus der Umgebung der Warenbezug und damit die Arbeit erleichtert. Mit einem solchen Wachstum ist auch die Hoffnung verbunden, daß die Liberación politisch die Möglichkeit bekommt, mit stärkerer Stimme zu sprechen.

Arbeitsplätze im Aufbau

Heute hat die Liberación eigene Kontakte zu Cooperativen und Gruppen z.B. in Sizilien (Wein), Italien (biol. Vollkorn-Nudeln), Spanien (biol. Rundkorn-Reis), Kolumbien (Tonketten), Indien (Seidentücher), Nicaragua (biol. Kaffee) u.a. und vertreibt Waren anderer Importeure, die mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt arbeiten. Seit fast drei Jahren koordiniert die Liberación zusätzlich die Aktion „Bananen aus Nicaragua". Die Bananen werden zu einem kostendeckenden Festpreis direkt importiert und mit einem Solidaritätsbeitrag für Nicaraguas Landarbeitergewerkschaft ATC hier verkauft.

Ein fester und einige Aushilfsfahrer wechseln sich auf den 4 Touren quer durch Norddeutschland ab. Im Büro versuchen zwei Leute den täglichen Arbeitsberg zu bewältigen. Nicht ganz einfach, da ein großer Teil der Arbeit nicht direkt kostendeckend ist: Die Liberación arbeitet mit Abnehmern zusammen, die sich aus politischem Interesse für den Absatz der Waren engagieren und deshalb auch einen hohen Informationsanspruch haben. Gruppenbesuche, Vorträge und Seminare sind wichtiger Bestandteil des Projekts, aber aus den Umsätzen (noch?) nicht finanzierbar.

Die Liberación unterstützt Cooperativen in Entwicklungsregionen. Cooperativen besitzen zumeist ein großes Entwicklungspotential zugunsten der Benachteiligten einer Region, die sich zusammenschließen und so als Gegenmacht, politisch wie wirtschaftlich gegenüber Regionen, Verwaltungen, Zwischenhändlern, Banken etc. auftreten können. Das muß auch auf unsere nordeuropäische Situation anwendbar sein, wenn es gilt hier Gegenmacht aufzubauen.

Als es aufgrund der Geschäftsausweitung notwendig wurde, den wirtschaftlichen Teil der Liberación-Arbeit aus dem Verein auszugliedern, entschieden sich die Mitglieder deshalb zur Gründung einer Cooperative, einer Genossenschaft. Von 10 Gründungsmitgliedern, die die Vorarbeit leisteten und mit Hilfe des Bonner Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens die Satzung ausarbeiteten, ist die Zahl der Genossen und Genossinnen der neuen Konsumgenossenschaft Liberación e.G. – Handel für Entwicklung und Frieden i.Gr. auf mittlerweile 200 Leute gewachsen. U.a. auch bekanntere Namen wie Klaus Staeck, Gerhard Schröder, Monika Ganseforth, Ursula Brunner, Jürgen Gotthardt zählen zu den Mitgliedern.

Wirtschaftliche und soziale Ziele

Gegenstand der Genossenschaft ist vor allem der Handel mit Waren aus Cooperativen, besonders aus Entwicklungsregionen, sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel. Der „Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch:

- Versorgung mit preiswerten, qualitativ hochwertigen und/oder weitestgehend umweltschonend hergestellten Produkten aus Entwicklungsregionen und ökologisch wirtschaftenden Betrieben;
- Bereitstellung von Arbeitsplätzen je nach wirtschaftlicher Möglichkeit;
- Unterstützung gerechter Weltwirtschaftsbeziehungen;
- Förderung von friedlichem Zusammenleben, Kulturaustausch und Völkerverständigung;
- Förderung des Umweltschutzes und die Bereitstellung gesunder Produkte zu günstigen Konditionen;
- Förderung des Selbstverwaltungsgedankens und der Selbstbestimmung ihrer Angestellten über Arbeitsmittel und Arbeitsverhältnisse."

Bei positivem Jahresendergebnis schüttet die eingetragene Liberación-Genossenschaft bezogen auf den Umsatz mit der Genossenschaft eine Warenrückvergütung für Privatkunden bis zu 3% und für Großhandelskunden bis zu 1,5% aus.

Augenblicklich befindet sich die Liberación noch im Status einer Genossenschaft in Eintragung. Die Satzung wurde nach Stellungnahme des Revisionsverbandes überarbeitet und ist bereits beschlossen. Neben der täglichen Arbeit kommt der Prozeß der Eintragung jedoch nicht mit der erhofften Geschwindigkeit voran. Der formal-juristische Weg ist aufwendig und die schon jetzt wirtschaftlich rasche Entwicklung erfordert neben hohem Einsatz immer wieder neue Planungsrechnungen.

Projektintern verbinden sich mit der Idee der Genossenschaft viele Hoffnungen, die erst noch in die Tat umgesetzt werden wollen. Ein Großteil der Gründungsmitglieder, die auf einen Arbeitsplatz in der Genossenschaft hoffen, steckt noch in der Ausbildung und versucht neben dem Studium ehrenamtlich oder auf Honorarbasis das Projekt voranzutreiben. Bislang reicht nur die Arbeit für alle, die bezahlten Stellen müssen teilweise erst geschaffen werden. Noch aber scheint der Elan der Liberación-Leute auszureichen, um dabei auftretende Durststrecken zu überwinden. ●

FÜNF ETAPPEN DER VERBRAUCHERGENOSSENSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Überleben in Marktnischen

Einen Überblick über die Geschichte und Gegenwart der Konsumgenossenschaften gibt der Genossenschaftswissenschaftler Joachim Wiemeyer von der Fachhochschule für Sozialpolitik in Osnabrück. Er unterscheidet fünf Phasen. In der gegenwärtigen sieht er für Neugründungen längerfristig nur in Marktnischen eine Überlebenschance.

Joachim Wiemeyer, Redaktion Genossenschaften ●

1) **Rückvergütung als Wurzel des Erfolges:**
Die ersten um 1825 in England gegründeten Kingschen Genossenschaften (Initiator war William King) verfolgten das Ziel des preisgünstigen Einkaufs unverfälschter Güter für ärmere Bevölkerungsschichten mittels eines Verkaufs zum Selbstkostenpreis. Da somit nicht zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern unterschieden wurde, fehlte ein ökonomischer Anreiz für die Mitgliedschaft, so daß diese Genossenschaften nach kurzem Aufstieg wieder verfielen. Erst die ökonomisch-institutionelle Innovation der Rückvergütung durch die redlichen Pioniere von Rochdale ermöglichte den Aufstieg der Konsumgenossenschaften: Die Rückvergütung ist das genossenschaftsspezifische Prinzip der Gewinnverteilung, vergleichbar der Dividendenzahlung der Aktiengesellschaft.(Bei Rückvergütung werden die Mitglieder im Verhältnis zu ihrem Umsatz mit der Genossenschaft an erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.)

Darüber hinaus verwendeten die Mitglieder 10% des Gewinns für Bildungsmaßnahmen. Ergänzende Prinzipien wie die Barzahlung sowie der Antialkoholismus führten zudem zu einer positivem Auswahl der Genossenschaftsmitglieder im Vergleich zum durchschnittlichen Nachfrager, was den ökonomischen Erfolg zusätzlich verstärkte. Diese ökonomisch-institutionellen Faktoren, vor allem die Rückvergütung, waren Grundlage und Voraussetzung des „Genossenschaftsgeistes". Dieser trat, wie der Genossenschaftstheoretiker Oppenheimer bereits 1892 erkannte, erst als Folge hinzu.

2. **Aufschwung durch Einlassen auf die Marktwirtschaft:**
In Deutschand wurde von Eduard Pfeiffer versucht, die mit der liberalen Genossenschaftsbewegung von Schulze-Delitzsch verbundenen Konsumgenossenschaften zu weiterreichenden sozialreformerischen Zielen (Kooperatismus) zu veranlassen. Der eigenständige Weg scheiterte jedoch, so daß die Genossenschaften unter Aufgabe dieser Zielsetzungen in den Schulze-Delitzsch-Verband zurückkehrten.

Bis etwa 1900 war die Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland bei Arbeitern weit weniger als in England verbreitet, weil unter dem Einfluß von Marx und Lassalle die Sozialdemokratie Konsumgenossenschaften ablehnte. Damit wurde für eine Generation in Deutschland die Möglichkeit versäumt, die Realeinkommen der Arbeiter durch Senkung der hohen, durch den überbesetzten Einzelhandel bedingten Vertriebskosten für Güter zu erhöhen. Erst der pragmatische Realitätssinn der Arbeiter führte zum Revisionismus, der mittels staatlicher Sozialpolitik, gewerkschaftlicher Tarifpolitik und genossenschaftlicher Selbsthilfe versuchte, die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer nicht mehr gegen, sondern innerhalb der Marktwirtschaft zu verbessern.

3. **Reformkraft aufgrund von Produktivitätsvorsprüngen:**
Im Rahmen dieser Entwicklung kam es zur Abspaltung der Konsumgenossenschaften vom liberalen Verband. Vordergründig geschah dies aus politischen Gründen, war vor allem aber bedingt durch handfeste ökonomische Interessenskonflikte zwischen den mittelständischen Handwerkern und Händlern und der sie bedrohenden neuen Konkurrenz der Konsumgenossenschaften. Diese erlebten als „Kinder der Not" besonders zwischen 1913-23 einen großen Aufschwung.

Der Produktivitätsvorsprung der Konsumgenossenschaften, die als eine der ersten im Handel ein Ladennetz als Kettensystem aufzogen, ermöglichte neben der materiellen Förderung der Mitglieder durch Rückvergütung auch die Verfolgung weiterreichender Reformkonzeptionen der Arbeiterbewegung. Dies betraf die vorbildlichen Arbeitsbedingungen, die Unterstützung streikender Arbeiter durch Kreditgewährung und die Forderung nach Tarifverträgen bei Lieferanten. Der mit der breiten Aufnahme von Eigenproduktion in der Konsumgenossenschaft latent angelegte Grundkonflikt jeder marktwirtschaftlichen Ordnung zwischen Produktion und Konsum wurde solange nicht manifest, so lange der Produktivitätsvorsprung die Besserstellung beider Seiten im Vergleich zu Marktkonditionen zuließ.

4. **Profitverlust infolge ausgeprägter Nichtmitgliedergeschäfte:**
In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Konsumgenossenschaften von allen Genossenschaftszweigen am härtesten betroffen, was ihren Neubeginn nach 1945 erschwerte. So lange sie aber mit Rückvergütungen von 5-10% um 1950 werben konnten, hatten sie einen erheblichen Mitgliederzulauf. Vor die Wahl gestellt, sich auf das Mitgliedergeschäft zu konzentrieren oder im Rahmen des Rabattgesetzes die Rückvergütung auf 3% zu beschränken, entschied sich die Verbandsführung im Interesse der Expansion für das Nichtmitgliedergeschäft. Dies führte dazu, daß sich die Konsumgenossenschaften zu wenig von ihren Konkurrenten abhoben, so daß das materielle Interesse an der Mitgliedschaft nachließ und seit 1961 die Mitgliederzahl sank.

Zudem verschärfte sich der Wettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt erheblich, was die Margen sinken ließ, und zu Konflikten zwischen sozialreformerischen Zielen wie „sozialer Musterbetrieb" und der Mitgliederförderung führte. Die enge Verbindung zu Gewerkschaften und Sozialdemokratie ließ eine rechtzeitige Senkung überhöhter Personalkosten sowie den Verkauf bzw. die Schließung unrentabler Eigenbetriebe und Läden nicht zu. Damit wurden die Konsumgenossenschaften von früheren Innovatoren zu Nachzüglern im Handel, die bei der Umstellung zur Selbstbedienung und zu größeren Ladeneinheiten zurückfielen und einem erheblich später gestarteten Wettbewerber wie Aldi unterlegen waren.

Die verlustmachenden Konsumgenossenschaften wurden unter Druck ihres Hauptgläubigers, der Bank für Gemeinwirtschaft, der auch vor Pressionen nicht zurückschreckte, in die Coop AG überführt. Dieser gelang es offensichtlich nie, die Rentabilität wiederzugewinnen. Die Coop-Dortmund als bedeutendste überlebende Konsumgenossenschaft zeigt aber, daß durch materielle Förderung der Mitglieder mittels Rückvergütung und mit ausgebauter interner Demokratie einer Großgenossenschaft ein Überleben möglich gewesen wäre.

5. **Neuanfang in ökologischen Marktnischen:**
Die neuen Versuche Verbrauchergenossenschaften häufig in Zusammenarbeit mit Erzeugern zu gründen, sind kurzfristig vorteilhaft: für die Verbraucher, weil sie sich erstmals eigene Beschaffungsmärkte erschließen können, für die Bauern bzw. andere Anbieter, weil ihnen bei der Umstellung auf ökologische Produkte zumindest das Absatzrisiko genommen wird.

Da sowohl die Beschaffungsmärkte wie auch die Absatzmärkte aber nicht vor dem Eindringen der etablierten Anbieter geschützt werden können, muß bei einem hinreichend großen Käuferpotential für Ökoprodukte damit gerechnet werden, daß die kapitalmäßig und organisatorisch überlegenen Handelsriesen in diese Märkte eindringen werden. Daher ist nicht mit einer großen Ausbreitung der neuen Verbraucher (Erzeuger)-Genossenschaften zu rechnen, zumal in ihnen der Konflikt zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen angelegt ist. Die neuen Genossenschaften werden sich lediglich in Marktnischen behaupten können, wenn sie minimalen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen. ●

Wen macht die Banane krumm?

* Informationen zum Bananen-Weltmarkt, Produktionsbedingungen, multinationalen Konzernen, EG-Binnenmarkt, gerechterem Handel, Nica-Bananen etc.
* Medien und Materialien für Unterricht und Aktion
* Projekt-Förderung (Gesundheit, Soziales) in den Bananenplantagen Nicaraguas
* alternative Bananenvermarktung

Arbeitsgemeinschaft Nica-Bananen in der BRD

Solidaridad

Regionalbüro Nord
Liberación
Sedanplatz 6a
3160 Lehrte
☎ (05132) 5 29 80
Fax: (05132) 5 81 60

Regionalbüro Süd
BanaFair
Petersiliengasse 1 * Postfach 1158
6460 Gelnhausen
☎ (06051) 1 63 50 o. 1 51 77
Fax: (06051) 1 62 60

Der Umgang mit Macht

Axel Bretzke, Darmstadt ● Dazu ist es notwendig Macht zu definieren. Es wird vielleicht viele Einwände geben, aber ich definiere Macht zunächst einmal neutral als Maß für „Verantwortung haben". Daß diese Definition nicht so falsch liegt, zeigt sich anhand der Beispiele aus dem alltäglichen Geschehen.

Nehmen wir an, jede/r würde der Verantwortung für sein/ihr alltägliches Tun und Handeln gerecht. Jeder würde seinen Müll beseitigen, seinem Nachbarn auf die Füße treten, wenn er die Umwelt versaut, oder z.B. der Politiker zurücktreten, wenn er/sie der Arbeit nicht gewachsen ist.

Es bliebe nur noch sehr wenig an Verantwortung und Handlungsbedarf übrig, was delegiert werden müßte. Die Machterfüllung dessen, an den delegiert wird, wird also abnehmen, und im Idealfall nicht viel größer sein als die jedes anderen Menschen.

In dem Fall, wo sich Meinungen überschneiden oder gar widersprechen, trägt die Verantwortung zum Handeln dazu bei, einen konsensfähigen Kompromiß zu finden. Denn Verantwortung kann nie einer Idee verhaftet sein, sondern nur der Lösung eines Problems.

Nun ist es aber in der Industriegesellschaft nicht möglich, seiner Verantwortung in jedem Bereich gerecht zu werden, und alle Dinge selbst zu „behandeln". Die **Koordination** der Handlungen aller Verantwortlichen (nicht deren Leitung!), um einer Verantwortung gerecht zu werden (z.B. Müllentsorgung, Güterproduktion, Krankenpflege), muß also delegiert werden.

Meistens wird aber damit auch irrtümlicherweise die Verantwortung delegiert, sei es, um sich selbst davon zu befreien, sei es weil der Delegierte dazu drängt. Er möchte die alleinige Verantwortung für das Tun und Handeln der Menschen haben, mit denen er zusammenarbeitet.

Anstatt also in Konsens mit allen Verantwortlichen nun der-/diejenige zu sein, der durch Ratschläge und Koordination des Handelns aller Verantwortlichen dazu beiträgt, daß ein Problem gelöst wird, versucht der Machtbesessene, die Verantwortung ganz an sich zu reißen. Dies Verhalten wird allgemein positiv als Führungsqualität anerkannt.

Die Delegation der Verantwortung hat die Folge, daß Macht an einer Stelle angehäuft wird. In einer Gesellschaft, in der nicht jeder einzelne seiner Verantwortung gerecht wird, sondern ganz im Gegenteil, sie mit Wonne an eine Führungspersönlichkeit delegiert (Stichwort: Beamtenmentalität, die aber auch bei Arbeitern und Angestellten anzutreffen ist), entsteht ein hohes Maß an Machtfülle.

Da das Streben nach Macht (Karriere) bei uns mit gesellschaftlicher und persönlicher Anerkennung verbunden ist, wird mit allen Mitteln versucht:

1. andere aus bestehenden Machtpositionen zu verdrängen
2. durch Delegation weiterer Verantwortung der Mitmenschen an sich selbst neue oder mehr Machtfülle aufzubauen (Bürokratie, Parteien, Sozialstaat)
3. Mitmenschen daran zu hindern, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und selbst zu handeln (Zerstörung von Selbsthilfeprojekten: Hier bei uns mit bürokratisch administrativen Mitteln, in der Dritten Welt massiv mit Gewalt).

Die letztere Vorgehensweise ist eher ein Ausdruck von Machterhalt. Durch die Machtanhäufung ist es nicht mehr möglich, in vielen Bereichen einen Konsens mit allen Delegierenden herzustellen, bzw. dies ist auch nicht (mehr) gewollt (Machtmißbrauch). Jetzt zeigt sich der Nachteil der Delegation von Handeln **und** Verantwortung. Die Führerfigur mit ihrer „Qualität", alle Verantwortung (Macht) anzunehmen, hat den entscheidenden charakterlichen Nachteil, daß sie nicht oder nur beschränkt konsensfähig mit den Mitmenschen sein kann.

Denn entweder glaubt sie, den Mitmenschen diese „Last" abnehmen zu müssen (weil diese sie (aus Bequemlichkeit) nicht selbst tragen können), oder sie entreißt sie ihnen mit Mutwillen, um selbst in den „Genuß" der Macht und der damit verbundenen gesellschaftlichen Anerkennung zu kommen.

Wird diese Anerkennung und Verantwortungsdelegation von Teilen der Mitmenschen verweigert, so werden (wie in jeder zwischenmenschlichen Situation) verschiedene Zwangsmittel angewandt, um diese Mitmenschen davon abzuhalten, die eigene Verantwortung zu übernehmen („weibliche" Methode per Verführung, durch Anbieten von Macht und gesellschaftlicher Anerkennung oder/und „männliche" Methode, mit Gewalt).

Dazu gab und gibt es allein in Deutschland und gerade auch für Alternative so viele Beispiele, daß ich nur den Werdegang der Grünen als Beispiel zitieren will. Klar sind dadurch zwei Dinge, die ich, Handlungsanweisungen zum Umgang mit der Macht nenne:

1. Machtstreben erkennt mensch daran, daß jemand seinen Mitmenschen nicht nur das Handeln, sondern auch die Verantwortung dazu abnehmen und absprechen will. Er/Sie postuliert die Unmöglichkeit des Konsens, da er/sie nicht an der Lösung des Problems, sondern an der gesellschaftlichen Anerkennung wegen seiner/ihrer Macht interessiert ist.
2. Macht kann nicht durch Beseitigung der derzeit Mächtigen beseitigt werden. Durch dieses Handeln ist auch nicht das Streben nach Macht zu beseitigen.
   Dies ist eher ein Ausdruck von eigenem Machtstreben, nämlich Macht über andere Mächtige zu haben (was eigentlich das Non-Plus-Ultra der Macht darstellt).
3. Die Konzentration der Macht bei wenigen kann nur durch die (Wieder-)Übernahme der Verantwortung durch jede/jeden einzelne/n geschehen. Je mehr Verantwortung der/die einzelne übernimmt, um so weniger Verantwortung bleibt zum Delegieren übrig und kann sich als negative Macht (Machtmißbrauch) ansammeln. Dies bedingt noch lange nicht die Aufgabe einer arbeitsteiligen Gesellschaft. Die Handlung, die aus einer Verantwortung heraus notwendig ist, kann so delegiert werden, daß die Beauftragte zwar KoordinatorIn dieser Handlung ist, aber nicht LeiterIn. Jede/r Einzelne (Handelnde und Verantwortliche) hat weiterhin die Aufgabe, darauf zu achten, ob er/sie die Handlung mitträgt, im eigenen Interesse und im Interesse der Gemeinschaft, für die er/sie auch Mitverantwortung trägt. Seine/Ihre Entscheidung und Handlung kann und muß der/die Einzelne zu jedem Zeitpunkt überprüfen und auch revidieren können. Auf diesem Gebiet deutet sich in der Gesellschaft ein gewisser Wertewandel an, der anerkennt, wenn jemand aus dem Bewußtsein seiner/ihrer Gesamtverantwortung heraus (nicht wegen Einzelinteressen) seine/ihre Entscheidung und Handlung ändert.
4. Grundlage jeder Übernahme von Verantwortung ist die Verantwortung sich selbst gegenüber, gemäß einer christlichen Regel: Du kannst alles andere nur so lieben, wie Dich selbst.

Und so sieht es ja auf unserem Planeten auch aus. ●

KOOPERATIVEN IN DER UDSSR

Kriminelle Bedingungen erschweren die Existenz

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Rund 250.000 Kooperativen mit etwa 5 Millionen Beschäftigten gibt es zur Zeit in der Sowjetunion. Legt man genossenschaftliche Kriterien zugrunde, wie sie in der deutschen Genossenschaftsliteratur formuliert werden, können aber nur etwa 35 bis 40% zurecht als Kooperativen bezeichnet werden. 60% von ihnen sind Produktivgenossenschaften, 30% im Service tätig und 10% in der Landwirtschaft.
Alles in allem haben diese Betriebe in der UDSSR einen harten Stand. Sie gelten in der Bevölkerung als Paradebeispiel katastrophaler Auswirkungen einer kapitalistischen Wirtschaftsreform. Bei einer Befragung nannten 45% der Antwortenden bei dem Begriff Kooperativen negative Assoziationen. Dabei wird vieles getan, um diesen Eindruch zu verstärken:

- Ihre Zulassung müssen sie sich mit hohen Gebühren erkaufen.
- Für die Waren, die sie beziehen, haben sie den drei- bis vierfachen Preis zu zahlen wie Staatsbetriebe.
- Räumlichkeiten bekommen sie oft nur, wenn sie den dafür zuständigen Staatsdiener für seine Bemühungen ausreichend »entschädigen«.
- Das Gesetz über die Kooperativen weist sich als Experiment aus, das vorerst nur für eine Zeit von zwei Jahren zugelassen wird. Erst seit einem Gesetz vom Dezember 1990 ist Eigentum jeglicher Art gesetzlich geschützt.

Bei solchen Bedingungen wundert es, daß es überhaupt zu so vielen Gründungen von Kooperativen kommt. Um in den zwei Jahren nicht nur Verluste zu machen, müssen sie für sowjetische Verhältnisse kriminelle Preise nehmen. Anders wären die genannten Kosten und eventuelle, unter den Voraussetzungen nur unzureichende Investitionen überhaupt nicht bezahlbar. In einzelnen Teilrepubliken, heißt es, wurden deshalb schon Kooperativenmitglieder von aufgebrachten Kaufwilligen erschlagen.

Auch sonst ist die Situation für genossenschaftliche Unternehmen nicht gerade rosig. Eine Art Mafia versucht die weitere Entwicklung von Kooperativen zu unterbinden. Sie erschwert ihren Ausbau durch kriminelle Aktionen wie Erpressungen. Überfälle auf Geschäftsräume und deren Zerstörung sind keine Seltenheit. Selbst körperliche Mißhandlungen gehören dazu.

Die Bürokratie trägt das Ihre bei. Die gesamte Verteilung befindet sich nach wie vor in staatlicher Hand. Leiter des Handels haben deshalb große Macht, den kooperativen Betrieben das Leben zu erschweren, da sie eine Art Nadelöhr für den Bezug von Waren darstellen. Sie geben sich entsprechende Mühe.

Von seiten der Kooperativen wächst deshalb die Tendenz, sich politisch zu engagieren. Verschiedene Verbände, z.B. eine Bucharin-Stiftung oder das Organisationskommitee zur Gründung der freien Arbeit, buhlen um ihre Mitgliedschaft. Eine unabhängige Gewerkschaft der Unternehmer wurde ebenfalls gegründet. Wie bei solch verdrehten Welten die Entwicklung weitergehen wird, weiß zur Zeit keiner so richtig zu sagen. ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Genossenschaften in der DDR

Seminar vor Ort

Vom 15. bis 17.2.1991 plant der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK ein Seminar über Genossenschaften sowie Selbstverwaltungsbetriebe und -projekte in der Ex-DDR. Tagungsort ist Magdeburg oder Dresden. Genauere Informationen gibt Christian Peters, Schloßstr. 37, 1000 Berlin 19.

Filme über Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe

Sehen und nicht nur reden

Die Darstellung von Selbstverwaltungsansätzen und Genossenschaften in Film und Video hat nun schon eine lange Tradition. Diese Tradition aufzugreifen, indem inhaltliche und formale (aus filmerischer Sicht) Kriterien an solchen Filmen erarbeitet werden, um sie anschließend unter diesem Blickwinkel geschärfter zu betrachten, ist Ziel eines Seminars vom 8.5. bis 12.5.1991 in Bremen. Hinweise und Anregungen über vorhandene Filme bitte senden an: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg. Anmeldung und Organisation des Seminars liegt bei Bernd Scheda, Sielpfad 27, 2800 Bremen.

Ostdeutsche Produktivgenossenschaften

Umwandlungen in GmbHs nicht immer rechtens

Vielen der vorschnell in GmbHs umgewandelten ehemaligen PGHs droht eine Anfechtungsklage. In einigen Fällen werden Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen Mitgliedern und den jetzigen GmbH-Gesellschaftern schon vor Gericht ausgetragen. Begründet werden Anfechtungen u.a. mit dem fehlenden Aufzeigen anderer Möglichkeiten. Alternativlos wurde ihnen die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft vorgesetzt. Erst jetzt erkennen manche Mitglieder, daß sie auf diese Weise praktisch „enteignet" wurden. Gleichgültig, ob die Bestrebungen nach Rückabwicklung von Umwandlungen erfolgreich sein werden, auf das Betriebsklima wirken sie sich vermutlich nicht besonders positiv aus. Größere Probleme dürften entstehen, wenn es zu Auszahlungsverpflichtungen des persönlichen Anteils am unteilbaren Fond ehemaliger PGHs kommt. So manchem der neuen Kapitalgesellschaften dürfte dann nicht der erhoffte erfolgreiche Weg in die Marktwirtschaft beschert sein, sondern ein Schleppen zum Konkursrichter, weil sie infolge der entstehenden Überschuldung nicht mehr zahlungsfähig sind.

Europäischer Genossenschaftsverband CECOP

Jahreshauptversammlung in Bologna

Der europäische Produktivgenossenschaftsverband CECOP feierte am 25. und 26. Oktober in Bologna sein Zehnjähriges. 1979 in Manchester gegründet repräsentiert der Dachverband nationaler Produktivgenossenschaftsverbände heute knapp 35.000 Genossenschaften mit rund 700.000 Mitgliedern. Die diesjährige Jahreshauptversammlung stand unter dem Thema „Die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmen. Ein Europäisches Genossenschaftsgesetz zur Förderung der ökonomischen Demokratie und der Verbesserung der Bedingungen für Cooperativen." Bisher sind der CECOP 21 nationale Verbände angeschlossen, unter ihnen kein deutscher. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Verband Deutscher Produktivgenossenschaften (VDP) in Dessau wurde jedoch vereinbart.

Polnisches Genossenschaftsgesetz

Beim zweiten Mal wird alles besser?

Das Anfang 1990 in Kraft getretene Genossenschaftsgesetz in Polen gilt als gescheitert. Die gewünschte Entflechtung und Entbürokratisierung ist nicht gelungen. Bis zu der ersten Novellierung des Gesetzes waren die Genossenschaften zu Regional- und Zentralstrukturen zusammengefaßt, deren Verwaltung jede eigenständige Regung der einzelnen Genossenschaft erstickte. Mit gesetzlichen Veränderungen wurden Möglichkeiten eingeführt sich dagegen zu wehren:

- Selbst eine Minderheit im Verwaltungrat konnte die Aufteilung der Genossenschaft verfügen.
- Bis zum festgesetzten Termin mußten demokratische Neuwahlen durchgeführt werden.
- Die Zwangsmitgliedschaft in den Regional- und Landeszentralen wurde aufgehoben.
- Wettbewerb sollte auch zwischen verschiedenen Genossenschaften möglich sein.

All dies wurde nicht erreicht. Bei den Wahlen blieben die Angestellten der Genosssenschaftsbürokratie unter sich und bestätigten die alte Führung. Die „neu" konstituierten Genossenschaften schlossen sich zu „Genossenschaften juristischer Personen" zusammen, in denen die alte zentrale Steuerung durch Absprache ersetzt wurde. Rechtzeitig vor dem Reformgesetz haben darüber hinaus viele Genossenschaften Teile ihres Vermögens weiterveräußert, vermietet oder verpachtet. Bereicherungen der Leitungsorgane waren und sind dabei keine Seltenheit.

Zwei Initiativen für eine zweite Genossenschaftsgesetzesnovellierung streiten sich nun um den richtigen Weg. Das Finanzministerium will eine völlige Gleichsetzung mit privatkapitalistischen Betrieben erreichen. Wieslaw Chrzanowski, Senatsexperte für Genossenschaftsfragen, lehnt eine solche Entwicklung ab. Genossenschaften dienen nach seiner Auffassung der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder z.B. beim Wohnen, bei der Lebensmittelversorgung oder beim Absatz. Ihr Vermögen müsse, damit sie diese Aufgabe erfüllen können, im Unterschied zu Kapitalgesellschaften unteilbar bleiben. Welche Auffassung sich durchsetzt, ist noch unklar. Auf jeden Fall wird für Anfang 1991 mit einer drastischen Korrektur der gesetzlichen Grundlagen gerechnet.

Badische Raiffeisengenossenschaften

Sie kriseln vor sich hin

Die Zahl der ländlichen badischen Warengenossenschaften wird sich wegen der Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft nicht halten lassen, so die Einschätzung des Präsidenten des Badischen Genossenschaftsverbandes, Egon Gushurst. Nach elf Fusionen hat sich die Zahl der Genossenschaften mit Warengeschäft gegenwärtig auf 172, darunter 50 warenführende Banken, verringert. Ziel bleibe dennoch ein flächendekkendes Netz von Lager- und Verkaufsstellen in Baden. Gründe für den Konzentrationsprozeß sieht Gushurst darin, daß 1990 nicht an die vorjährigen günstigen Entwicklungen angeknüpft werden konnte. Im Jahr zuvor waren die Erlöse noch um 7,3% gestiegen. Der Gesamtumsatz einschießlich der Raiffeisen-Zentralgenossenschaft e.G. in Karlsruhe betrug 1,17 Mrd. DM. Ungefähr in dieser Höhe konnte der Umsatz für 1990 gehalten werden. Der starke Rückgang bei Dünge-, Pflanzenschutz und Futtermitteln wurde durch höhere Verkäufe bei der Agrartechnik, den Raiffeisenmärkten und Brennstoffen in etwa ausgeglichen. Im Absatzgeschäft mit Getreide – rund 400.000 t – sind die Preise laut Gushurst, Vertreter einer der konservativsten bundesdeutschen Genossenschaftsverbände, für Landwirte und Absatzgenossenschaften gleich unbefriedigend.

Genossenschaften im Lebensmittelbereich

Ökonomie der Solidarität

Nur rund 30 Teilnehmer einschließlich Referenten kamen zu der Tagung „Ökonomie der Solidarität" in der evangelischen Akademie in Hofgeismar. Zufrieden aber waren die Besucher trotzdem. Der Rückblick in die Geschichte und die Schilderungen praktischer Beispiele ergaben einen guten Überblick. Besonders positiv wurde die Darstellung der TAGWERK eG. aufgenommen. Ein engagierter Vertreter der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Franz Leutner, stellte eindrucksvoll dar, wie erfolgreich ein ökologischer, regionalwirtschaftlicher Ansatz sein kann. Interessant auch der Bericht über die aktuellen Veränderungen und Konzentrationsprozesse der Konsumgenossenschaften in der ehemaligen DDR, zumal in der Presse über die dortigen genossenschaftlichen Entwicklungen wenig bis gar nichts geschrieben wird. Die Beiträge sollen aufgrund ihres hohen Informationswertes als Tagungsband veröffentlicht werden. Interessenten können diesen vorbestellen bei Herrn Martin Schindehütte, Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar.

Nicaraguasolidarität:

Kaffeeplantagenpflege mit Schafen

Seit drei Jahren unterstützt die Schäfereigenossenschaft Finkhof ein Projekt Kaffeeplantagenpflege mit Schafen in Nicaragua. Bei diesem Projekt geht es um die Mehrfachnutzung der Kaffeepflanzungen. Teure Pestizide und Herbizide, mit Devisen bezahlt, machen den Kaffeebau unrentabel. Gleichzeitig bedrohen die Gifte die Gesundheit der dort Arbeitenden. Durch den Einsatz von Schafen läßt sich zumindest der Einsatz von Herbiziden vermeiden. Gleichzeitig tragen sie durch Fleisch und Häute zu einem besseren wirtschaftlichen Ertrag bei. Eine Technikerin, die die Kaffeeanbaukooperativen bei der Schafzucht berät, wird über einen Verein „Hilfe zur Selbsthilfe e.V." finanziert. Außerdem baut der Verein einen Finanzpool auf, von dem die nicaraguanischen Genossenschaften weitere Kredite zum Kauf von Schafen erhalten. Benötigt werden rund 20.000 DM jährlich. 40.000 Dollar wurden bisher schon durch den Verein in das Projekt investiert. Gegründet wurde dieser Verein von Mitgliedern der Schäfereigenossenschaft Finkhof. Für genauere Informationen und Spenden: „Hilfe zur Selbsthilfe e.V.", St. Ulrich-Str. 1, 7954 Arnach, ☎ (07564) 4530.

Wissenschaft:

Unterstützung für nicaraguanische Genossenschaften

Die Gesamthochschule Kassel hält weiterhin enge Kooperationsbeziehungen zu Hochschulen in Nicaragua. In diesem Zusammenhang wurde vom nicaraguanischen Zentrum für Weiterbildung der Fakultät Ökonomie/Verwaltungswissenschaften (CAP) der UCA um Unterstützung gebeten. Sie will im nächsten Jahr eine umfassende Studie publizieren, der als Basis umfangreiches Material, z.B. zahlreiche Diplomarbeiten, zugrundeliegt. Dieses muß vor allem systematisiert werden. Inhaltlich geht es um einen Vergleich mit anderen zentralamerikanischen Staaten und Mexiko, z.B. im Rechts- und Steuerwesen. Aus der Studie sollen Vorschläge zu Kostenstrukturen, Marktanalysen, Buchführungsvereinfachung etc. erarbeitet werden. Ziel ist es, darüber Anhaltspunkte für das Funktionieren von Genossenschaften für den Gesetzgeber und für jeweils einzelne Genossenschaften in Nicaragua zu erhalten. Wer interessiert ist, hierfür wissenschaftliche Unterstützungsarbeit (beispielsweise durch Diplom- und Doktorarbeiten) zu leisten, wende sich an Frau Maren Bracker, FB 4 der Gesamthochschule Kassel, Arnold-Bode-Str. 4, 3500 Kassel (oder an die Redaktion Genossenschaften).

ÖKOBANKGENOSSENSCHAFT

Kundennähe will gelernt sein

Es grummelt und rumort in der Betriebeszene. Unzufriedenheit mit der Geschäftspolitik der Ökobank wird an allen Ecken und Enden laut. Viele vertreten aufgrund eigener Erfahrungen, Kredite seien überall leichter zu bekommen als bei der Ökobank. Dabei wurde die Ökobank von einigen der Initiatoren gegründet, um gegen die Diskriminierung selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe ein eigenes Finanzierungsinstrument in der Hand zu haben.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Einzelne Betriebe gingen mit ihren Beschwerden schon lautstark an die Öffentlichkeit. Sie versuchen, konkret an ihrem Fallbeispiel die Schwierigkeiten mit der Geschäftspolitik der Ökobank zu verdeutlichen. Der Waschbär-Umweltprodukte-Versand in Freiburg und die Arbeiterselbsthilfe in Frankfurt sind Beispiele hierfür.

Keine Diskussion anhand von Beispielen

Genau hier aber liegt die Crux für die Ökobank. Zu Einzelfallbeispielen darf sie weder öffentlich noch informell Stellung nehmen. Ihre Verschwiegenheitspflicht über jeden Kunden und jede Kundin lassen den gewünschten und geforderten Diskurs anhand konkreter Beispiele nicht zu. Selbst schriftliche Entbindungen von ihrer Verschwiegenheitspflicht sind hierfür aus Sicht der Ökobank nicht der richtige Weg.

Ist somit eine öffentliche Auseinandersetzung zusammen mit der Ökobank „nicht angesagt"? Muß es bei dem Zustand bleiben, daß einzelne Betriebe oder Gruppen ab und zu öffentlich Dampf ablassen, ohne daß es zu einer gemeinsamen Suche nach Lösungen kommt? Sobald die Diskussion von der Ebene des Einzelbeispiels wegkommt, kann (und will?) sich die Ökobank nicht mehr hinter der schwer zu umgehenden Hürde der Schweigepflicht verstecken.

Breite Palette der Kritik

Zu verallgemeinerten Kritikpunkten sind öffentliche Erklärungen möglich und längerfristig oder auch kurzfristig Abhilfen seitens der Bank machbar. Einige Kritikpunkte zum Kreditgeschäft seien deshalb stichwortartig aufgeführt. Sie wurden anhand von Reklamationen und Befragungen einzelner Kreditsachbearbeiter zusammengestellt:

- Gegründet wurde die Bank, um Projekten Kredite geben zu können, die sie von anderen Banken nicht erhalten. Die Realität heute sieht aber ganz anders aus. Die Ökobank sagt viel zu viele Kredite von Alternativ- und Selbstverwaltungsbetrieben ab. Selbst normale, sichere Kredite beispielsweise für Häuslebauer werden oft nicht genehmigt.
- Geld wird von den Antragstellern meist innerhalb eines absehbaren Zeitraums benötigt. Dies ist bei Anträgen an die Ökobank nicht gewährleistet. Im Gegenteil, die Bearbeitungszeiten sind viel zu lang. So kann es passieren, daß jemand, der wegen eines Kredits anfragt, die Antwort erhält, in den nächsten sechs Wochen könnten Anträge nicht entgegengenommen werden. Stellt er dann seinen Antrag sechs Wochen später, besteht die Möglichkeit:
  a) daß er eine Absage erhält;
  b) ihm die Auskunft gegeben wird, seine Unterlagen reichen für eine ordnungsgemäße Prüfung seines Antrags nicht aus;
  c) er nach dem Zusenden weiterer Unterlagen erneut ein Schreiben erhält mit Hinweisen, was noch alles fehlt;
  d) nach diesem Procedere ihm eine endgültige Absage erteilt wird;
  e) ihm die Ökobank eine Zusage gibt unter der Bedingung, daß sie die Hausbankfunktion übernimmt. Das hierfür erforderliche Procedere für die Kontoeröffnung beginnt mit der Einsendung und Prüfung der notwendigen Unterlagen.
- Allgemein wird über die Banken geklagt, sie seien teuer und unflexibel. Die Ökobank stellt hiervon keine Ausnahme dar. Teilweise sind ihre Bedingungen sogar noch schlechter. Sie verpflichtet KreditnehmerInnen, sie als Hausbank zu nutzen. Das bedeutet aufgrund räumlicher Entfernungen muß alles postalisch erledigt werden. Dies bringt höhere Kosten mit sich und längere Laufzeiten. Verschärfend kommt hinzu, daß die Ökobank Überziehungen über ein vereinbartes Limit hinaus sehr unflexibel handhabt. Schecks und Überweisungsaufträge werden, sobald keine Deckung vorhanden ist und keine Absprache darüber existiert, rigoros zurückgegeben.
- Kredite erhält mensch am leichtesten, wenn er sie nicht braucht. Die dieser Erfahrung zugrundeliegende Sicherheitsorientierung und bürokratische Ausrichtung zeichnen auch die Ökobank aus. Alle Kredite müssen hundertprozentig abgesichert sein. Als Finanzierungsinstitut verlangt die Ökobank zudem Schufa und Selbstauskunft sowie die Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Alles in allem sind die Anforderungen an den Kreditnehmer fast immer umfassender als bei der Hausbank vor Ort, die auch einmal einen Blanko-Kredit vergibt.
- Nichts wird in der Marktwirtschaft so oft beschworen, wie der Kunde als König und die Kundin als Königin. Bei der Ökobank ist davon nicht so viel zu spüren. Es gibt unfreundliche, gestreßte SachbearbeiterInnen, die außerdem selten zu erreichen sind. Eine Beratung findet nur nach vorheriger Terminvereinbarung statt. Ansonsten wird der Nachfragende weggeschickt. Der Eindruck einer kleinen Schar von Kreditverhinderern anstelle von Kreditverkäufern läßt sich nicht immer leugnen.

Solidarische Aussprache organisieren

Was also tun? Das Ganze weiter laufen lassen wie bisher ist weder für die betroffenen Betriebe und Projekte noch für die Ökobank eine Lösung. Spannend könnte es deshalb sein, einen Vorschlag aufzugreifen, der seit kurzem durch die „Szene" munkelt: Ein Symposium, ein Hearing, eine Art Kundenforum oder was auch immer zu den Geschäftspraktiken der Ökobank zu veranstalten. So ließe sich vielleicht ein Teil dieser Schwierigkeiten solidarisch bewältigen.

Denkbar als erster Schritt wäre auch eine von der Bank initiierte KundInnenveranstaltung. Gleichgültig, welche Form gewählt wird, Voraussetzung hierfür ist ein moderiertes Pro- und Kontra-Gespräch, bei dem von konkreten Einzelfallbeispielen abstrahiert wird. Nur dann ist die Ökobank in der Lage, zu verschiedenen Schwierigkeiten mit ihrer Kreditvergabepolitik Stellung zu beziehen. ●

(Vermutlich Ende Februar will auch der Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M., eine Veranstaltung zur Ökobank durchführen. Bei Interesse bitte direkt dorthin wenden.)

INTERESSE AN EINEM KONSTRUKTIVEN DISKUSSIONSPROZESS

Die Ökobank lernt: eine Erwiderung

Die Ökobank will sich einer intensiven Auseinandersetzung mit Förderern und Kunden stellen. Dies erfordert umgekehrt aber auch, die Situation eines jungen Kreditinstituts zu berücksichtigen.

Roswitha Beck, Ökobank ● Die Ökobank unterliegt als alternative Bank den in Deutschland üblichen gesetzlichen Bestimmungen für alle Banken. Sie ist gezwungen, eine Gratwanderung zwischen dem Sicherheitsaspekt für diejenigen, die bei der Ökobank Geld anlegen, und ihrem Förderauftrag, selbstverwaltete, ökologisch und feministisch orientierten Betrieben und Projekten zu finanzieren, zu beschreiten. Dabei besteht immer die Gefahr, nach der einen oder anderen Seite abzurutschen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Ökobank in der Anfangszeit verschiedentlich Kredite zu leichtfertig vergeben hat. Teilweise geschah dies aus dem Legitimationsdruck heraus, möglichst rasch schon in der Aufbauphase voll dem Förderauftrag gerecht zu werden. Mit Blick auf das Verhältnis von Spareinlagen und Krediten war schon zu Beginn der Ökobank vorgeworfen worden, die Bank würde zuwenig Kredite vergeben. Die Kritik berücksichtigt dabei nicht, daß die Vergabe von Krediten mehr Zeitaufwand und mehr Arbeit benötigt als die Ausstellung eines Sparbriefes, so daß sich das Wachstum des Kreditvolumens erst allmählich vollziehen könnte. Aufgrund des relativ hohen Wertberichtigungsbedarfs bei Krediten, der sich Anfang dieses Jahres herausstellte, war eine äußerst arbeitsaufwendige Konsolidierungsphase notwendig, um die „Altlasten" zu bereinigen und um die Bonitätsstruktur zu verbessern. Der wesentliche Teil dieser Konsolidierungsphase dürfte bald abgeschlossen sein.

Vorzeigbares Ergebnis für 1990

Trotz dieser Konsolidierungsphase kann sich meiner Meinung nach das Ergebnis dieses Jahres sehen lassen: Das Kreditvolumen der Bank hat sich 1990 mehr als verdoppelt und beträgt Ende des Jahres rund 30 Millionen D-Mark. Ende 1991 – spätestens aber im Jahr 1992 – wird der Anteil der Kredite an der Bilanzsumme mit 60% bis 70% der für Banken üblichen Größenordnung entsprechen. Der Anteil der Förderkredite, bei denen die Zinsen etwa 2 bis 2 1/2 Prozentpunkte niedriger sind als der Marktzins, steigt beständig und beträgt mittlerweile rund 40 %. Während in der Anfangszeit öfters die Meinung geäußert wurde, das Kreditgeschäft würde zu langsam wachsen, gibt es jetzt bei der Bank sogar die gegenteilige Befürchtung, nämlich daß das langsamere Wachstum bei den Spareinlagen bald zu einem Hemmnis für die Vergabe von Krediten werden könnte.

Aber auch dann, wenn die Konsolidierungsphase abgeschlossen ist, lassen sich nicht alle Kreditwünsche berücksichtigen. Aufgrund der Tatsache, daß die Finanzierung über die Ökobank, vor allem wenn es sich um förderungswürdige Projekte handelt, erheblich günstiger ist als die Finanzierung durch andere Banken, sind sehr viele Kreditanfragen zu bearbeiten. Sie stapeln sich auf den Schreibtischen. Allerdings wurden für die Bearbeitung recht klare Prioritäten gesetzt. Zu erst werden Kreditanträge von Betrieben berücksichtigt, die schon seit einiger Zeit Kunde bei der Ökobank sind. An nächster Stelle kommen Projekte, die dem besonderen Förderauftrag der Bank entsprechen. Andere müssen vielfach zu anderen Banken verwiesen oder auf später vertröstet werden.

Verantwortliche Kreditvergabepolitik

Bei all diesen Krediten allerdings sieht die Ökobank in besonderem Maße darauf, daß die Kunden Zinsen und Tilgung auch aus ihren laufenden Einnahmen zahlen können. Deshalb werden vielfach auch 100% abgesicherte Kredite nicht gewährt. Denn die Ökobank möchte nicht in die Zwangslage kommen, beispielsweise wegen Zahlungsunfähigkeit das Häuschen einer Familie zwangsversteigern zu müssen. Es kann auch nicht Aufgabe der Ökobank sein, Projekten, die keine ökonomische Überlebenschance haben und deshalb eher Spenden und verlorene Zuschüsse benötigen als zurückzuzahlende Kredite, noch eine kurze finanzielle Gnadenfrist zu geben, – mit dem Resultat, daß sich die Betroffenen nebst ihren Freunden und Verwandten für den Rest ihres Lebens verschuldet haben.

Ziel der Ökobank ist es vielmehr, in Diskussion mit den Projekten abzuklären, ob und auf welche Weise ihr jeweiliges Vorhaben auf eine vernünftige Grundlage gestellt werden kann. In Hinblick auf diese beratenden Tätigkeiten klafft allerdings noch die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Sie wird wahrscheinlich erst und nach und im ständigen Lernprozeß auch mit der Szene geschlossen werden können.

Die Ökobank vergibt entgegen dem herrschenden Vorurteil schon jetzt sehr viele Blankokredite beziehungsweise Kredite mit Sicherheiten, die bei normalen Banken nicht besonders hochgeschätzt werden. Vielfach sind sie auch nicht als Sicherheit bewertbar, wie beispielsweise Bürgschaften und ähnliches. Dies ist nur dann möglich, wenn die Ökobank eine zeitnahe Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers durchführt, wozu solch lästige Notwendigkeiten wie die Auswertung von Bilanzen, betriebswirtschaftlichen Auswertungen und ähnliches gehört. In diesem Zusammenhang ist die Forderung der Ökobank zu verstehen, daß sie Hausbankfunktion ausüben will, auch wenn dies für den Kunden manchmal etwas beschwerlich ist (was sich allerdings bei Förderkrediten unerheblich gegenüber dem Zinsvorteil darstellt). Über die aktuellen Kontobewegungen ist am raschesten ein Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse möglich.

Wenngleich viele der gegen die Ökobank erhobenen Vorwürfe sich aus den unterschiedlichen Standpunkten von Kreditkunden und Bank erklären, und einige Schwierigkeiten darauf beruhen, daß die Ökobank noch eine relativ junge Bank ist, so läßt sich doch manches Problem in dem vorgeschlagenen Diskussionsprozeß, an dem die Bank interessiert ist, beheben. ●

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

DAS VERFLIXTE GELD – 13. FOLGE

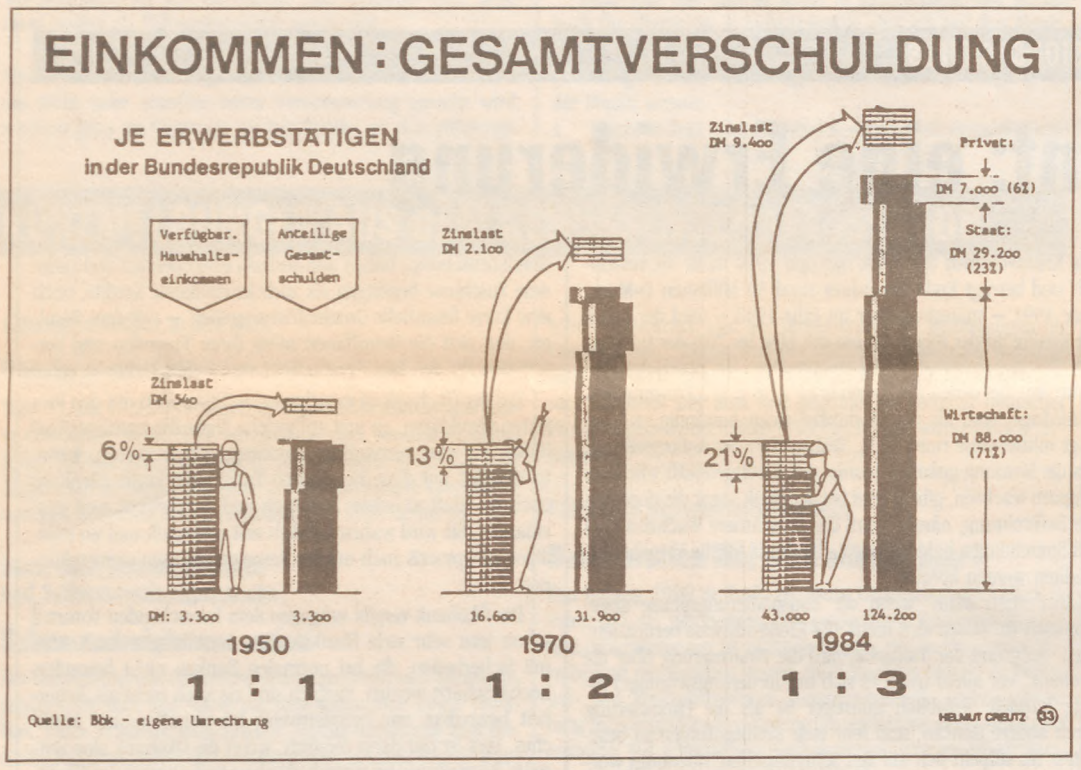
Geld und Krisen II

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Probleme kann man nur nachhaltig lösen, wenn man nicht an Symptomen hängenbleibt, sondern bis zu den auslösenden Ursachenebenen vordringt. Daß die Krisen in den Ostblockländern nicht nur durch Planwirtschaft bedingt sind, sondern auch monetäre Ursachen haben, wurde in der letzten Folge dargelegt. Heute wollen wir uns den Krisen in den westlichen Volkswirtschaften zuwenden. Zuvor jedoch noch ein allgemeiner Rundum- und Rückblick:

Krisen in der Vergangenheit, Krisen weltweit

Versucht man die Krisenentwicklungen in der Welt einzugrenzen, kann man das auf verschiedene Weise tun, z.B. von geographischen, politischen, wirtschaftlich-organisatorischen oder historischen Gesichtspunkten her. Würde man die von Krisen besonders betroffenen Länder auf dem Globus markieren, dann wäre sichtbar, daß man mit dem geographischen Ansatz nicht weit kommt. Krisen gibt es überall, in Nord und Süd, in Ost und West. Daß sie auf der Südhalbkugel gravierender sind, hängt unter anderem damit zusammen, daß der Norden es verstanden hat, manche Krisenfolgen in die südlichen Länder abzuschieben. Denn man kann nicht nur Güter exportieren, sondern auch Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, wenn man anderen wirtschaftlich und politisch überlegen ist.

Der politische Ansatz hilft jedoch bei der Erklärung der Krisen auch nicht viel weiter. Denn wir treffen Wirtschaftskrisen in Demokratien ebenso an wie in Diktaturen, in Feudalsystemen ebenso wie in jenen des sogenannten „real existierenden Sozialismus", der inzwischen nur noch in einigen Restländern existiert. Auch eine Untersuchung der verschiedenen Wirtschaftsformen bringt nicht viel: Ob Planwirtschaften, mehr oder minder „freie" Marktwirtschaften oder irgendwelche Mischmodelle: Alle werden – wie die Erfahrung unserer Tage zeigt – von Krisen heimgesucht, wobei selbst rohstoffreiche Länder ebenso darunter fallen wie rohstoffarme, industrialisierte ebenso wie landwirtschaftlich orientierte. Selbst Sondermodelle mit oft propagiertem Vorbildcharakter, wie Schweden und Israel im westlichen oder Jugoslawien und Kuba im sozialistischen Lager, können sich den zunehmenden Problemen nicht entziehen.



Fündiger wird man auf der Suche nach den auslösenden Krisenursachen, wenn man einmal dem historischen Ansatz folgt, also die großen Krisen der Vergangenheit näher unter die Lupe nimmt. Schon wenn wir uns nur auf unseren eigenen Raum beschränken, werden wir schnell feststellen, daß alle unsere bisherigen Krisenentwicklungen, wie auch die zwischenzeitlichen Aufstiegsphasen, in auffallender Weise mit dem Geld zusammenhängen.

Die großen Krisen dieses Jahrhunderts

Bei der großen Inflation 1923 bedarf der Krisenzusammenhang mit der Geldordnung (bzw. -unordnung) kaum näherer Erklärungen. Aber auch die nächste große Krise, Anfang der dreißiger Jahre, wurde durch geldbezogene Problementwicklungen ausgelöst und verstärkt. Auslöser dieser Depression, in der die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik in kürzester Zeit auf über sechs Millionen anschwoll, waren zwar die Börsen- und Bankenkräche in den USA als Folge überzogener Aktienspekulationen mit geliehenem Geld. Voraussetzung dieser Entwicklungen waren jedoch einmal die überzogenen Geldvermögenseskalationen in den Jahren davor und die Bindung des Geldes an die Goldreserven in den Kellern der Notenbanken. Aufgrund der großen Kreditrückzahlungen, die die ehemalige Reichsbank in Folge der Zahlungsengpässe an die US-Banken leisten mußte, verringerten sich ihre Goldreserven. Und da die herausgegebene Geldmenge an diese Reserven gebunden war, verringerte der damalige Reichsbankpräsident Luther die Geldmenge in der Wirtschaft. Man hatte zwar unter Opfern gelernt, daß man die Geldmenge auf keinen Fall über die Wirtschaftsleistung hinaus vermehren dürfe, aber offensichtlich nicht gewußt, daß eine Geldmengenverminderung zu einem depressiven Zusammenbruch der Wirtschaft führt. Die sowieso prekäre Lage wurde also durch die deflationäre Geldpolitik der damaligen Notenbank noch verstärkt, die „in autonomer Erhabenheit die Weimarer Republik exekutierte", wie das Ehrenberg in seinem Buch „Zwischen Marx und Markt" 1973 treffend schrieb. Da die daraus resultierenden Arbeitslosenheere Hitler an die Macht verhalfen, kann man auch das „Dritte Reich" und den zweiten großen Krieg in diesem Jahrhundert weitgehend auf das Konto jener falschen geldbezogenen Entscheidungen buchen. (Nun ja, auch 'ne einfache Erklärung! Die Endredaktion.)

Die dritte große Krise in unserem Land, die Wirtschaftslähmung von 1945 bis 1948, war ebenfalls wieder währungsbezogen, nämlich die Folge einer rüstungs- und kriegsbedingten Überausweitung der Geldmenge, der nach dem Krieg kein ausreichendes Angebot an Gütern gegenüberstand. Für ein solches Geld aber ist niemand mit Lust und Laune zu arbeiten bereit. Trotz der durch die Kriegszeit entstandenen übergroßen öffentlichen Aufgaben und persönlichen Bedürfnisse, kam die Wirtschaft nicht in Gang. Erst nachdem man das inflationäre Geld gegen ein mengenmäßig reduziertes umtauschte – fälschlicherweise als Währungs„reform" bezeichnet – kam es zu einer wirtschaftlichen Wiederbelebung und zu dem sogenannten „Wirtschaftswunder". Nicht nur die Wirtschaftseinbrüche, auch die Wirtschaftsaufschwünge werden also entscheidend von der Geldordnung bzw. Geldverfassung bestimmt. Das gilt auch für das „Wunder der Rentenmark", also jenem Aufschwung nach der großen Inflation im Jahr 1923.

Haben auch die Krisen in den heutigen Marktwirtschaften mit Geld zu tun?

Hier ist es erforderlich, sich zuerst einmal mit dem Begriff „Marktwirtschaft" zu befassen.

Eine Marktwirtschaft wird – wie das Wort bereits sagt – entscheidend von den Marktvorgängen bestimmt. Hält man den Markt von Monopolen und Oligopolen frei, also von marktbeherrschenden Einzelunternehmen oder Unternehmensabsprachen, dann kommt es auf diesem Markt immer zu einem Tausch vergleichbarer Leistungen und der Wettbewerb sorgt dafür, daß die beste Leistung zum günstigsten Preis das Marktgeschehen bestimmt.

Da sich alle Leistungserbringungen letztlich immer an der Nachfrage orientieren, wird in einer Marktwirtschaft nur das produziert, was der Deckung des Bedarfs entspricht. Marktwirtschaft ist also von ihrer Natur her eine Bedarfsdeckungswirtschaft. Die heute zunehmend installierte Bedarfsdeckungswirtschaft, bei der man versucht, Produkte auf den Markt zu bringen, deren Nachfrage man erst durch Werbung und andere Tricks herauskitzeln muß, ist bereits ein krankhafte Verformung bzw. Pervertierung der Marktwirtschaft, deren Ursachen in der Folge „Geld und Wachstum" dargelegt wurden.

Nochmals: In einer wirklichen Marktwirtschaft kommen immer nur Leistungen zum Austausch, deren Produktion und Angebot an die Nachfrage gekoppelt sind und an die Bereitschaft des Nachfragenden, selber dafür eine vergleichbare Leistung einzubringen. Eine Marktwirtschaft ist also eine Wirtschaftsordnung, bei der alle Tauschvorgänge letztlich immer beiden Seiten gleichermaßen dienen. Das trifft auch dann zu, wenn ein Tausch über die Zwischenschaltung von Geld erfolgt. Geht z.B. jemand in einen Laden um für 20 Mark ein Hemd zu kaufen, dann ist ihm das Hemd mehr wert als der Geldschein in seiner Hand, sonst würde er ihn nicht dafür hergeben. Umgekehrt ist dem Ladeninhaber der Geldschein wertvoller als das Hemd, sonst würde er zu dem Geschäft nicht bereit sein. Alle Geschäfte kommen also nur dann zustande, wenn **beide** Beteiligten in den Tauschrelationen einen Vorteil für sich erkennen. Dasselbe gilt auch für den Tausch von Dienstleistungen gegen Geld oder von Arbeitsleistung gegen Lohn, sofern es keine einseitigen Machtüberlegenheiten gibt.

„Gegenseitigkeit ist die Voraussetzung der Gerechigkeit", hat schon Proudhon vor mehr als 100 Jahren festgestellt und damit genau das gemeint, was vorstehend geschildert wurde.

Was heißt „freie" und „soziale" Marktwirtschaft?

Der Begriff Marktwirtschaft wird heute fast immer mit einem der vorgenannten Attribute verbunden, die jedoch beide nicht zutreffen. Wir haben heute weder eine freie noch eine soziale Marktwirtschaft, sondern eine kapitalistisch verfälschte, deren Folgen immer gravierender werden. Mit „Sozialer Marktwirtschaft" wird nur der Versuch umschrieben, die negativen Folgen der kapitalismusbedingten Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz durch staatlich organisierte Rückverteilung halbwegs auszugleichen. Da jedoch die kapitalbedingten Transfervorgänge rascher zunehmen als Wirtschaftsleistung und Staatseinnahmen, wird dieser Rückverteilungsversuch immer unmöglicher. Damit aber nehmen die sozialen Spannungen in unseren Gesellschaften zu. Auch der Begriff „Freie Marktwirtschaft" ist in Frage zu stellen, und zwar wegen der Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Geschehen, die in den Ansätzen wie den Folgen mit jenen in den Planwirtschaftsländern verglichen werden können.

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich muß sich ein moderner Staat auch um die Wirtschaft kümmern. Z.B. um funktionierende Rahmenstrukturen, um eine gerechte Bodenordnung, um Mißbrauchseinschränkungen durch entsprechende Monopol- und Kartellgesetze usw.. Vor allem aber müßte er für ein funktionierendes neutrales Geld und seine stabile Kaufkraft sorgen. Wovon der Staat jedoch seine Finger lassen soll, sind konkrete Eingriffe in das Marktgeschehen, die – auch bei den besten Absichten – den Bürgern am Ende meist mehr schaden als nützen. Erinnert sei hier nur an den Agrarmarkt und den Wohnungsmarkt, in denen es bei staatlich festgesetzten überhöhten Preisen zu Überproduktionen und bei heruntermanipulierten Preisen zu Mangelerscheinungen kommen muß.

Im übrigen bedarf eine wirkliche Marktwirtschaft keiner schmückenden Attribute. Eine Marktwirtschaft ist immer frei und sie ist keine Marktwirtschaft mehr, wenn man ihr diese Freiheit nimmt. Sie ist von Natur aus auch gerecht und damit im weiten Sinne sozial, sofern sie nicht durch leistungslose Einkommen verfälscht wird. Daß der Staat, über diese Leistungsgerechtigkeit hinaus, sich heute um die Noch-nicht oder Nichtmehr-Leistenden kümmern muß, also um Jugendliche, Rentner und nicht Arbeitsfähige, ändert nichts an diesen grundsätzlichen Gerechtigkeitsprinzipien einer Marktwirtschaft.

Wir müssen also heute, wenn wir die Marktwirtschaft beurteilen wollen, präzise zwischen dieser und dem Kapitalismus unterscheiden. Die übliche Verwischung und Vermischung beider Begriffe, hat in der Vergangenheit viel Verwirrung gestiftet, von den Folgen nicht zu reden.

Was heißt „kapitalistisch verfälschte Marktwirtschaft"?

In einer normalen Marktwirtschaft sind – wie wir gesehen haben – immer zwei an einem Tauschvorgang beteiligt: der Anbieter einer Leistung und der Nachfrager. Der Anbieter hat normalerweise an der Erstellung der Leistung mitgewirkt, der Nachfrager durch die Erbringung einer eigenen Leistung an einen Dritten das Mittel in die Hand bekommen, selber eine gleichwertige Leistung nachzufragen. In einer Marktwirtschaft, die mit dem Kapitalismus verknüpft ist, tritt bei jedem Tauschvorgang ein Dritter anonym hinzu, der ohne eigene Leistungseinbringung an derjenigen der Tauschenden partizipiert. Er fordert praktisch einen „Tribut", den die Leistenden für die Nutzung des zur Verfügung gestellten Kapitals bezahlen müssen, unabhängig davon, wer dieser Kapitalbesitzer letztlich ist. Daß sich Leistende und Kapitalbesitzer in einer Person zusammenfinden können, sowohl auf der Unternehmer- wie der Arbeitnehmerseite, darf uns nicht verwirren. Wir müssen beide **Funktionen** auseinanderhalten, wenn wir die Problemursache einkreisen wollen.

Die Ursachenebene, auf der wir den Auslöser des „Tributs" festmachen können, ist nicht – wie von den Marxisten angenommen – die Produktions- sondern die Transaktionssphäre, das heißt nicht der Sachkapitalbesitz, sondern der Geldkapitalbesitz. Natürlich ist es richtig, daß alle Werte – und damit auch der Kapitaltribut – in der Produktionssphäre geschaffen werden. Der Tatbestand dieses Tributs und seine Höhe wird jedoch von der Geldseite vorgegeben: Solange man für die Hergabe überschüssiger Geldbestände einen Zins bekommt, muß auch jedes wirtschaftlich eingesetzte Sachgut einen Zins erwirtschaften. Das gilt nicht nur für Investitionen mit geliehenem Geld, sondern auch für eigenfinanzierte: Alle Investitionen müssen mindestens jenen Zins abwerfen, den man vorher bei der Bank, ohne Risiko und Arbeit, bekommen hat.

Das heißt, Investitionen und Produktionen kommen nur dann zustande, wenn dieser sich vom Geldzins ableitende „Tribut" gewährleistet ist. So gerne also auch ein Unternehmer produzieren und ein Verbraucher kaufen möchte: Die Absicherung dieses leistungslosen Einkommens ist die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Marktvorganges, so wünschenswert und sinnvoll die Produktion und die produzierten Güter auch immer sein mögen. Der Geldzins bestimmt also die Voraussetzungen jeder Wirtschaftstätigkeit und ist die Hürde vor jeder Investition.

Wie kommt es nun zu den Krisen im Kapitalismus?

Hier müssen wir zwei Krisenentwicklungen unterscheiden: die langfristige Zunahme der Einkommensumschichtungen und damit der sozialen Spannungen und die sich mittelfristig wiederholenden Konjunktureinbrüche.

Die sich langfristig aufbauenden sozialen Spannungen hängen mit der Überentwicklung der zu verzinsenden Kapitalien, vor allem der Geldvermögen, zusammen. So nahm das nominale Bruttosozialprodukt von 1950 bis 1985 auf das 19fache zu, das reproduzierbare Sachvermögen auf das 26fache und das Geldvermögen auf das 56fache. Das heißt, das zinsfordernde Sachkapital stieg in diesen 35 Jahren um 37 Prozent mehr an als die Leistung, das Geldvermögen sogar um knapp 200 Prozent. Da die Zinsansprüche beider Kapitalien aus dem langsamer zunehmenden BSP bedient werden müssen, beanspruchen sie daraus einen immer größeren Anteil. Das hat einmal zur Folge, daß der den Arbeitsleistenden verbleibende „Rest" des BSP relativ zurückgeht. Zum zweiten hat das Überwachstum der zinsfordernden Kapitalien zur Folge, daß die Zinsanteile in den Preisen aller Güter und Leistungen ständig steigen. Eine deutliche Verarmung der Arbeitleistenden kann nur durch eine ständig ausgeweitete Wirtschaftsleistung verhindert werden. Das heißt, das Bruttosozialprodukt muß mindestens jedes Jahr um soviel vergrößert werden, wie es den Mehransprüchen des weiterwachsenden Kapitals, vor allem des Geldkapitals, entspricht. Sollen die gegebenen Relationen der Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Besitz gewahrt bleiben, müßte das BSP jedes Jahr sogar im gleichen Prozentsatz ausgewertet werden, mit dem Geldvermögen zunehmen. Das aber ist schon lange nicht mehr möglich, denn einmal läßt die Umwelt ein solch rasantes Wirtschaftswachstum nicht zu, zum anderen können das auch die Arbeitsleistenden nicht lange durchhalten.

Die Folgen der bedrohlichen Auseinanderentwicklung werden besonders deutlich, wenn man die Entwicklung der verfügbaren Einkommen aller Erwerbstätigen (einschließlich der Selbständigen und Unternehmer) einmal mit der Schuldensäule vergleicht, die auf jeden Arbeitslosen rechnerisch entfällt. (Siehe Grafik)

Während 1950 diese Schuldensäule – die Kehrseite der Geldvermögensmedaille – noch so groß war wie das verfügbare Einkommen und 1970 die doppelte Höhe hatte, lag sie 1984 beim Dreifachen der Einkommenssäule. Entsprechend floß ein immer größerer Teil aus den Arbeitseinkommen zu den Geldvermögensbesitzern ab, die hinter der Schuldensäule stehen. Drückt man die dargestellte Umschichtung in Arbeitszeiten aus, dann mußten die Erwerbstätigen 1950 etwa drei Wochen für die Bedienung der Schulden arbeiten, 1970 rund sieben Wochen und 1984 fast elf Wochen, also ein knappes Vierteljahr!

Mit 0,5 bis 1 Prozent Einkommensverlust pro Jahr ist dieser Prozeß zwar kurzfristig gesehen kaum registrierbar, aber im Laufe der Zeit schlägt er immer mehr zu Buche. Zu welchen fast irrsinnigen Einkommensverschiebungen es in Einzelfällen kommt, machte kürzlich eine Zeitungsmeldung über die Hochzeit der Quandterbin (3 Mrd. DM Vermögen) mit einem kleinen Angestellten (4.600 DM brutto monatlich) deutlich. Die Zeitung rechnete den Lesern vor, daß Fräulein Quandt täglich 560.000 DM Zinsen kassiere und ihr Mann sich zwölf Jahre abplagen müßte, „um die Tageseinnahme seiner Frau zu verdienen."

Rechnet man die 560.000 DM täglich auf Normalverdiener um, die mit etwa 140 DM am Tag nach Hause gehen, dann müssen theoretisch jeden Tag 4.000 Arbeitsleistende ihren ganzen Lohn hergeben, damit die Zinsansprüche der Tochter Quandt bedient werden können. Geht man davon aus, daß im Schnitt heute jeder Beschäftigte jede dritte Stunde für die Verzinsung von Geld- und Sachkapital arbeiten muß, dann müssen 12.000 Beschäftigte jeden Tag ein Drittel ihres erarbeiteten Lohnes hergeben, damit die Rechnung aufgeht. D.h., sie müssen jeden Tag die Hälfte mehr arbeiten als es ihren heutigen eigenen Bedürfnissen entspricht!

Wie diese ganzen Zahlen zeigen, nehmen die Einkommensdiskrepanzen zwischen den Werteschaffenden und Wertebesitzenden in den kapitalistischen Volkswirtschaften langsam aber beständig zu. Daß eine solche Diskrepanzentwicklung irgendwann zu rückläufigen Einkommen der Arbeitenden führen muß, selbst bei weiteren Wirtschaftswachstum, ist mathematisch bedingt und unter den heutigen Gegebenheiten unabwendbar. Doch diese langsam tickende Zeitbombe, die schließlich ähnlich hochgehen muß wie die in den Planwirtschaften, wird bisher noch kaum beachtet. Im Vordergrund der Diskussion stehen vielmehr die mittelfristigen Konjunktureinbrüche, die sich alle sechs bis zehn Jahre wiederholen. Deren Ursachen werden wir in der nächsten Folge nachgehen. ●

Eine Liste der Bücher und Schriften von Helmut Creutz wie auch anderer Veröffentlichungen zu Geld-, Wirtschafts- und Bodenordnungsfragen kann gegen Freiumschlag bezogen werden bei:
Versand Reinhold Hug
Werner-Voß-Damm 54
1000 Berlin 42

BETR.: DISKUSSION MIT KLAUS SCHMITT

Im folgenden antwortet Erich Jungnickel auf die Stellungnahme von Klaus Schmitt zur Diskussion über seinen Beitrag »Kommunismus: Sackgassen- oder Wahnidee«, die wir in CONTRASTE Nr. 75 veröffentlichten.

Klaus Schmitt behauptet in seiner Antwort, daß ich mich mit der Planwirtschaft identifiziere, weil ich nicht an die Marktperfektion glaube. Dabei begibt er sich in die schwarz-weiß-Denkweise orthodoxer Politökonomen. Was nicht Privat ist, ist Staat, was nicht Markt ist, ist Plan. Alles, was nicht in dieses Schema paßt, wird je nach Bedarf oder ideologischem Standpunkt der einen oder anderen Seite zugeschlagen. Daß jemand, der sich selbst als Anarchist bezeichnet, die andersartigen auch von Anarchisten entwickelten Lösungsideen ignoriert, finde ich zumindest seltsam. Über die Funktionsfähigkeit wirklich freier Märkte brauchen wir auch nicht zu spekulieren. Jeder Schwarzmarkt ist ein empirisches Beispiel. Und siehe da, sie sind Urbeispiele kapitalistischer Bereicherung. Woher sich ein Glaube nähren kann, daß dies nach Abschaffung der Geldverzinsung anders wäre, ist mir schleierhaft. Nebenbei scheint auf diesen Märkten das Grehamsche Gesetz nicht zu gelten, bezahlt wird üblicherweise nicht mit weichem schwabbeligem Geld, das permanent an Wert verliert, sondern mit Hardwährungen oder gar Naturgeld. Der MIK der UDSSR soll seine Selbstversorgung momentan mit einer „Kühlschrankwährung" sichern. So werden mich Marktradikale von rechts und links nicht überzeugen können, daß der Markt ein ausgezeichneter Selbststeuerungsmechanismus der Volkswirtschaft sein könnte.

Ich hoffe, daß es nie zu Säuberungsaktionen im Namen „anarchistischer Dogmen" kommen wird. Leider stelle ich eine immer stärkere Tendenz gegenseitiger Abgrenzung innerhalb der äußeren Linken fest. Deshalb finde ich es wichtig, daß in einer Zeitung wie der CONTRASTE die Leute nicht nur im eigenen Saft schmoren.

Erich Jungnickel, Hamburg

JOBS

Wir, W.e.s.p.e. e.V., betreiben in Neustadt/Wstr. ein Projekt zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung, Vernetzung von verschiedenen Betrieben und Einzelprojekten.
Die anfallende Arbeit besonders im Zusammenhang mit Umbau, Finanzierung u. Organisation des „Ökohofes" ist ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen. Deshalb suchen wir für die Bereiche Verwaltung, Finanzierung u. Organisation einen hauptamtlichen Menschen. Sympathie für die Projektziele u. Kenntnisse / Erfahrung in den gen. Bereichen sind erforderlich. Wünschenswert u. denkbar ist es, wenn aus u. neben dieser Arbeit ein neues Kollektiv (Steuerbüro, Betriebsberatung) entstehen würde. Näheres unter ☎ (06321) 3 38 70 Ute, Ede, Christine oder Wespe e.V., Friedrichstr. 36, 6370 Neustadt/Wstr.

JOBSUCHE

Töpfergesellin mit Tochter (14 Mon.) sucht nicht so abgehobenes, gerne größeres Handwerkerprojekt mit Kindern.
Sybille Peter
Norderstr. 26
2950 Leer
☎ (0491) 6 63 95

KULTUR

Ländliche Kulturarbeit
Kulturinitiativen in Baden-Württemberg gesucht! Im Rahmen eines Modellprojektes über „Sozio-Kultur im Ländlichen Raum" suchen wir Kontakte zu und Anschriften von Kulturinitiati-ven, Kulturzentren, Theater- und Filmvereinen, Open-Air-Veranstaltern **auf dem Lande in Baden-Württemberg.**
Infos bei:
Projekt Zukunft e.V.
Gaststätte Maier
Hauptstr. 21
7240 Horb-Nordstetten
☎ (07451) 86 67

SEMINARE

Theorie und Praxis der genossenschaftlichen Selbsthilfe– die vergessene Rechtsform. **Innova** – Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. führt sein bewährtes Existenzgründungsseminar für Genossenschaften durch.
Termin: 22. bis 24. März 1991 in Hattingen.
Anmeldung:
Innova
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1

PROJEKTE

Wir 4 (w., 27, m., 26, w., 7, w., 4) haben genug von Lärm, Dreck, Streß, Konsumzwang... des Stadtlebens und suchen nun dringend irgendwo auf dem Lande Lebensgemeinschaft frdl. Menschen (WG, HG, möglichst mit Kindern), wo wir einen Neuanfang wagen könnten. Haben nicht viel Knete, aber wir sind voller Energie und zu verschiedensten Tätigkeiten bereit! Bitte schreibt uns unter:
Chiffre: **Neue Heimat**

GEGEN DEN STROM

Gegen den Strom – Linker Taschenkalender für 1991. Die 2. Auflage ist da! Themen: Deutschland-Debatte, Neo-Faschismus, Gen-Tech, Ausländergesetz, Startbahn-Prozeß, Tschernobyl u.v.m. HG. von der Göttinger »atom«-Redaktion. Umfassender Service-Teil, Kalendarium, Adressenverzeichnis der linken Bewegungen. Mit 10-Mark-Schein bestellen bei:
Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a
3400 Göttingen.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir sind umgezogen

versiko
- Versicherungsvermittlung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 111

COMPIKO
- EDV-Projektsteuerung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 160

Ökologische Finanzberatung
- Bau- + Gewerbefinanzierung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 180

ökowerk e.V.
- Interessengem. ökol. Betriebe
- Versorgungswerk betriebliche Alterversorgung
Tel.: 0 2 11 / 97 37 150

jetzt:
Fichtenstr. 42
4000 Düsseldorf 1

TRANVÍA Revue der Iberischen Halbinsel
Aktuelles aus Spanien und Portugal zu Kultur und Politik, Hintergrundinformationen und Diskussionsbeiträge, Literatur und Unterhaltung. Tranvía erscheint vierteljährlich und kostet im Abonnement (4 Hefte) 28,- DM.
Probeheft für 5,- DM (in bar oder als Scheck)
TRANVÍA · Postfach 30 36 26 · D - 1000 Berlin 30

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Workcamps - Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1991 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 3,00 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn.

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht

Für politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind:
Für unsere 2-3-wöchigen internationalen Sommerworkcamps 1991 in der Bundesrepublik werden TeamerInnen gesucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen / Selbsthilfegruppen.
TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Mitarbeit kann als 10-wöchiges Praktikum bescheinigt werden! Interessierte können sofort weitere Informationen anfordern bei service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86/7.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 622 90 40; **Grafische Betriebe:** 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur:** 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank:** 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik:** 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1 ☎ (030) 323 75 10; **Kommunen:** 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V, Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost:** 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*
TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496
* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

FRAUEN

Frauenpower im Beruf. Basisseminar vom 22. bis 24.2.91 in der WDÖFF, Bonn.
Unklare Ziele und typische Rollenerwartungen für Frauen sind oft Stolpersteine für eine bewußte Berufs- und Lebensplanung. Den eigenen Standort bestimmen, persönliche und berufliche Ziele setzen und Entscheidungen in konkretes Handeln umsetzen ist Ziel des Seminars.
Kosten: 130 DM zzgl. Übernachtung und Verpflegung ca. 110 DM.
Information & Anmeldung:
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (0228) 67 46 63

HAMBURG

Finanzierungsworkshop.
Um aus innovativen Ideen tragfähige Projekte entstehen zu lassen, ist außer begeisterten und kompetenten Menschen ein gutes Konzept, Ausdauer und Geld erforderlich.
Wir schreiben in diesem Workshop keine Anträge, verteilen keine Schecks, sondern stellen die uns bekannten Finanzierungsinstrumente (Beiträge, Spenden, Förderkreis, Netzwerk, GAL-Initiativenfonds, Selbsthilfegruppentopf, Lawaetz-Stiftung, Sondermittel, ABM, Bußgelder) für Projekte vor und berichten von den Erfahrungen anderer Initiativen im Umgang mit ihnen.
Termin: 2.2.91, 10.30 bis 17 Uhr
Kosten: 20 DM

Selbständigkeit – eine Perspektive?
Der Existenzgründungskurs gibt Informationen zu allen Schritten des Betriebsaufbaus, wie Fragen der Gründungsplanung, Finanzierung, Rechtsform, Steuern etc. Neben den konkreten Gründungsschritten soll die Diskussion von Anspruch und Wirklichkeit alternativer Betriebe aufgrund persönlicher Erfahrungen, eines Films und der Besichtigung eines alternativen Betriebes im Mittelpunkt des Kurses stehen.
Termine: 5.2. bis 16.4.91, immer dienstags um 19 Uhr, sowie Sonnabend, den 9. März 1991.
Kosten: 90 DM

Effektiv und mit Spaß arbeiten – allein, in Gruppen und Gremien, wie geht das?
Auch in selbstorganisierten Betrieben und Vereinen, in denen Menschen den Sinn und den gesellschaftlichen Stellenwert ihrer Arbeit mitbestimmen
- müssen Ziele vereinbart und aufeinander abgestimmt werden
- müssen Spielregeln vereinbart, überprüft und eventuell neugestaltet werden
- mindern Zeitdruck und Streß die Arbeitsenergie
- sind Konflikte zu lösen.

In diesem Seminar werden wir uns mit dem Formulieren und Erreichen von Unternehmenszielen und ihren Teilschritten befassen. Wir analysieren Interaktionsprozesse, um dem Konfliktpotential auf die Spur zu kommen. Wir werden Problemlösungsmodelle vorstellen und einüben. Wenn möglich, bearbeiten wir die Problemfälle und Fallbeispiele der TeilnehmerInnen.
Termine: 8.2. und 9.2., jeweils 9.30 bis 17 Uhr
Kosten: 150 DM

Staatliche Gelder abrechnen
Hat siche eine Initiative oder ein Verein entschieden, staatliche Gelder zu beantragen, so braucht sie /er sie meist auch dringend. Wenn dann endlich der Bescheid kommt, freut man sich, unterschreibt (fast) alles und gibt das Geld aus!
Damit es – z.T. Jahre später – kein böses Erwachen gibt, soll über Bewilligungsbedingungen, Finanzierungsarten (Fehlbedarf etc.), „Nebenbestimmungen" nach den Bedürfnissen der TeilnehmerInnen informiert und diskutiert werden.
Zielgruppe der Veranstaltung sind Verwaltungsfrauen und -männer von Projekten, die Neulinge auf diesem Gebiet sind. Einen Teil der Zeit steht uns ein Prüfer einer Hamburger Behörde für Fragen und Anregungen zur Verfügung.
Termine: 15.2., 16 bis 19 Uhr und 16.2.91, 15 bis 18 Uhr
Kosten: 20 DM

»Sprechen vor und mit Anderen«
Wem kommt das bekannt vor?
Ich habe eine Meinung zu einem bestimmten Thema, eine Idee für etwas Neues, bin voll überzeugt und begeistert. Ich bin sehr gut informiert und habe mir viele Gedanken gemacht; also *kann ich meinen Standpunkt in der Diskussion* mit FreundInnen überzeugend und mitreißend darstellen. – Will ich aber über dasselbe Thema vor mehreren ZuhörerInnen sprechen und mit ihnen darüber diskutieren, werde ich unsicher, kann mich nicht mehr gut ausdrücken. Resultat: „Es kommmt nichts rüber" und ich erreiche nicht, was ich wollte.
Rhetorik?
Rhethorik nicht als Kunst, die ZuhörerInnen einzuwickeln, sondern als die Kunst, ihnen das zu vermitteln, was ich vermitteln will.
Es soll in diesem Seminar nicht darum gehen, bestimmte rhetorische Tricks zu lernen. Ich möchte mit Euch an Eurer individuellen Art, vor und mit anderen zu sprechen, arbeiten. Dazu bekommt Ihr die Gelegenheit, Euch auszuprobieren, selbst zu beobachten (per Video) und Rückmeldungen von anderen zu bekommen. So lernt Ihr Eure Wirkung auf andere einmal ganz genau kennen.
Außerdem will ich mit Euch Eure persönlichen Möglichkeiten weiterentwikkeln, frei und überzeugend zu sprechen. Damit die Absicht, mit der Ihr sprecht, auch die entsprechende Wirkung auf die ZuhörerInnen hat.
Termine: 22.2.91, 16 bis 19 Uhr und 23.2.91, 15 bis 18 Uhr
Kosten: 140 DM

Anmeldung:
Seminar 1, 4.
KISS
Gaußstr. 23
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 57 67
Seminar 3, 5
Zusammen Leben und Arbeiten e.V.
Gaußstr. 25
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 47 65
Seminar 2
VHS-Volkshochschule
Katharinenstr. 29
2000 Hamburg
Kurs-Nummer: 1142

SCHREINEREIENTREFFEN

Vom 12. bis 14. April 1991 im Tagungshaus Bessunger Forst zum Thema: Gründe alter KollektivistInnen auszusteigen
oder: „Das Recht darauf, nicht mehr so anstrengend zu leben."
(Ein/e ReferentIn zum Thema wird noch gesucht, bei Interesse bitte melden!)
Da ein Tagungshaus verbindlichere Bedingungen hat, werden Anmeldungen bis 15. Februar 1991 verlangt, um die Planung zu gewährleisten. Das Wochenende wird ca. DM 100,– kosten. Anmeldungen sind ab sofort zu richten an:
B.A.U.M.
z. Hd. Christine
Hindenburgstr. 37
6730 Neustadt/Weinstr.
Wegbeschreibung und genauere Infos werden nach Anmeldung zugesandt.

SCHREINERINNENTREFFEN

Vom 26.4. bis 28. April 1991 findet ein Schreinerinnentreffen aus selbstverwalteten Betrieben zum Kennenlernen und Austauschen statt.
Ort: Frauentagungshaus Charlottenberg (b. Koblenz)
Kosten: 90 DM (incl. Verpflegung)
Verbindliche Anmeldung bis 15.2.1991 schriftlich an:
Birgit, c/o BIIRABOOM
Mercedesstr. 5
7053 Stetten
Überweisung an:
Birgit Häbich, Sonderkonto „Schreinerinnentreffen",
Kto.-Nr. 217271-704
Postgiroamt Stuttgart, BLZ 600 100 70

NETZPLAN

Sinnvolles Marketing in Klein- und Mittelbetrieben
Marktorientierte Unternehmensausrichtung – Darstellung, Fallstudien und praktische Übungen.
Termin: 16. und 17. Februar 1991
Leitung: Dr. Hans Jürgen Brandtner
Teilnehmerbeitrag: 160 DM

»Was Du morgen kannst besorgen...«, Aufgaben- und Zeitplanung im Kleinbetrieb
Managementtechniken, insbesondere Planung und Controlling, werden diskutiert und eingeübt.
Termin: 18. und 19. Februar 1991
Leitung: Heinz Hütter, Betriebsberater
Teilnehmerbeitrag: 160 DM

»Selbstverwaltung – die Alternative für Frauen im Berufsleben«
Das Weibliche und das Männliche: Rollen, Probleme, Veränderung, Durchsetzung, Präsentation, und Kommunikation im selbstverwalteten Betrieb.
Termin: 18. und 19. Januar 1991
Leitung: Andrea Heinevetter, Dipl. Supervisorin
Teilnehmerinnenbeitrag: 160 DM

Anmeldung und Information:
NETZplan e.G.
Schaetzlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (0821) 51 54 03

OSNABRÜCK

Reflexion der Unternehmensentwicklung mit ganzheitlicher Arbeitsmethodik
Für MitarbeiterInnen und UnternehmerInnen aus sozialen, kulturellen und gewerblichen Projekten und Betrieben im Bereich Ökologie und Selbstverwaltung und aus partnerschaftlich orientierten Unternehmen.
Inhalte: Auseinandersetzung mit dem Thema ganzheitliche Unternehmensführung. Einerseits werden wir uns mit körperorientierten Übungen zur Entspannung und zur Intuitionsschulung beschäftigen und andererseits systematisch, sachliche Problemlösungstechniken anwenden und damit die Unternehmensentwicklung reflektieren.
Kursleiter: Klemens Speer
Termine: 22.2. bis 24.2.1991
und 26.4. bis 28.4.1991
Preis: 160 DM, für Mitglieder des Netzwerk Osnabrück 120 DM. Preis inclusiv Übernachtung und vegetarische Verpflegung.
Anmeldung: Schriftlich bis spätestens sechs Wochen vor Kursbeginn
bei Klemens Speer
Ganzheitliche Unternehmensführung
Katharinenstr. 51
4500 Osnabrück
☎ (0541) 4 98 03

KULTUR

FREIBURG

Erste Freiburger Kulturgespräche: **Was macht das Denken nach der großen Theorie?** Ökonomie, Wissenschaft und Kunst im Gespräch.
Teilnehmer u.a.: G. Bergfleth, D. Kamper, H. Spinner, Jan Hoet, W. Welsch, B. Brock, G. Merz, B. Guggenberger, H.D. Bahr
Öffentliche Podiumsgespräche – vom 31.1. bis 2.2.91 in der Ausstellungshalle Marienbad, Dreisamstr. 21
7800 Freiburg, jeweils 18 Uhr.
Information:
Institut für soziale
Gegenwartsfragen
Prinz-Eugen-Str. 16
7800 Freiburg
☎ (0761) 70 14 62

TAGUNGSHÄUSER

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

GOLFKRISE

Keine toten Zivilisten!
Keine toten Soldaten!
Wir müssen alles tun, um einen Krieg in der Golfregion zu verhindern;
und zwar schnell.

An alle demonstrierenden Organisationen:
1. Macht Veranstaltungen mit Menschen aus der Golfregion.
   Gebt Referenten auch anderen bekannt.
2. Finanziert Anzeigen in vielen Zeitungen.
3. Laßt uns Telefon- und andere Netze bilden.
4. Auf die Straße in Scharen!

Gerhard Kern
☎ (06533) 35 34, Fax 31 05

Golfkrise – Krieg gegen den Islam?
Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt; Islam als fundamentalistischer Protest gegen westliche Moderne; ist Frieden möglich im Industriesystem?
Mit **A. Mechtersheimer, R. Bahro u, A. M. Husseini.**
Termin: Vom 25. bis 27. Januar 1991
Kosten: 170,–/220,– DM.
Anmeldung & Information:
Ökologische Akademie
für Eine Welt
– Lernwerkstatt, 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

ÖKOLOGIE

Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien
Tagung vom 7. bis 9. März 1991 in Bremen. Veranstalter: Informationszentrum Afrika, Bremen und Buntstift e.V., Göttingen
Information & Anmeldung:
Informationszentrum Afrika
Friesenstr. 29
2800 Bremen 1
☎ (0421) 70 12 40

PROJEKTE

Projektpartner gesucht
Der Service Civil International (SCI) sucht Projektpartner für Workcamps mit Jugendlichen aus verschiedenen Ländern. Schwerpunkte des SCI sind Antifaschismus- und rassismus, Ökologie, Friedens-, Frauen- und Solidaritätsarbeit und der soziale Bereich.
Gruppen des SCI haben in den letzten Jahren z.B. in sozio-kulturellen Zentren Renovierungsarbeiten durchgeführt, Selbsthilfegruppen arbeitsloser Jugendlicher beim Aufbau von Ausbildungswerkstätten geholfen und Kinderzentren bei der Gestaltung von Spielplätzen unterstützt.
Nähere Informationen:
SCI, Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 20 86-87

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

ANZEIGE

Flüchtlingsprojekt ► Hilfe zur Selbsthilfe ◄ in der Krebsmühle

FREMD IST DER FREMDE NUR IN DER FREMDE

Wir betreiben integrative Flüchtlingsarbeit, die sich an der Würde des Menschen orientiert, das Asylrecht als Menschenrecht versteht und auch praktiziert.

In der Krebsmühle, am Stadtrand Frankfurts, entsteht neuer Wohnraum für Flüchtlinge. Etwa 20 Menschen – Familien und Einzelpersonen – sollen hier eine neue Heimat finden.

Für den Aus- und Umbau des gesamten Wohnkomplexes suchen wir Kreditgeber, die uns zu sechs Prozent Zinsen das notwendige Kapital zur Verfügung stellen.

Ausführliche Informationen entnehmen Sie bitte unserer Projektbeschreibung, für die wir eine Schutzgebühr von drei Mark erbitten.

JA *Ich interessiere mich für eine Beteiligung als Kreditgeber am Flüchtlingsprojekt*
► HILFE ZUR SELBSTHILFE ◄
Bitte schicken Sie mir die Projektbeschreibung. Die Schutzgebühr von drei Mark in Briefmarken lege ich diesem Coupon bei.

NAME:

ANSCHRIFT:

Darüber hinaus interessiert mich eine weitere Mitarbeit. Mein Arbeitsbereich:

Coupon bitte einsenden an: Flüchtlingsprojekt
► HILFE ZUR SELBSTHILFE ◄
Krebsmühle ● 6370 Oberursel 5